

Arbeiterkunde

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ost Sachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschafts / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich frei Haus 2,50 M. (halbmonatlich 1,25 M.) durch die Post bezogen monatlich 2,20 M. ohne
Bücherbahnhofstr. 2 / Herausgeber: 17250 / Polizeidirektor: Dresden-Nr. 18690. Dresdner Verlagsgesellschaft
Schriftleitung: Dresden-U. Bücherbahnhofstr. 2 / Herausgeber: Amt Dresden-Nr. 17250 / Druckanstalt: Arbeiter
stimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Montag bis Freitag 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Abonnementpreis. Die neuromal gesetzte Monatszeitschrift oder deren Hauptsatz 0,15 M., für Familien-
angehörige 0,20 M. für die Abflanzzeit am Anfang an den dreimaligen Teil einer Zeitung 1,50 M.
Abreise-Abnahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-U. Bücherbahnhof-
strasse 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In allen höheren
Städten besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahraang

Dresden, Sonnabend den 16. Juni 1928

Nummer 139

Hindenburg-Appell für die SPD Um die Amnestie

Genosse Hößlein stellt die SPD

Bei Eröffnung der gestrigen Reichstagssitzung liegt auf dem Platz des aus der Untersuchungshaft freigekommenen Genossen Kippenberger ein Strauß toter Rosen. Auf dem ersten Punkt der Tagesordnung steht die Amnestiefrage. Unter großer Spannung des Hauses eröffnete Genosse Hößlein den Reigen der Sprecher. Er wird dabei ebenso oft durch Beifallsbezeugungen seiner Fraktionsgenossen, wie durch blöde Zwischenrufe der Sozialdemokraten unterbrochen. Auch der unbescholtene Tri-Bühnenbesucher muß feststellen, daß diese Herrschaften die erneute Anprangerung ihres Amnestieantrates ebenso unangenehm ist, wie die Zwangslage, in der sie sich durch die Neufassung des kommunistischen Amnestieantrages befinden. Besonders getroffen scheint sich hierbei wiederum der Verfasser der (Weiland) „Sünden der SPD“ zu fühlen. Aber der überlegene Spott des ehemaligen Klassenkämpfers Hößlein und die ährenden Zitate aus den kommunistischen Reihen lassen ihn alsbald verstummen.

Genosse Hößlein:

Der Klassencharakter dieser Republik, dessen Reichskanzler selbst jetzt Hermann Müller bestreiten will, wird gefestigt durch die Tatsache, daß die Tagungen des Reichstages ständig wiederholt von dem Schrei Hundert und aber hundert Proletarier nach Amnestie. Ohne das traurige Verhalten der SPD bei der Schlusstagung des letzten Reichstages hätten wir es nicht nötig gehabt, auch diese Tagung mit derkeben Forderung zu beginnen. (Abg. Crispin mit Everling) Herr Abgeordneter Crispin, gegen Ihnen Geist kann ich nicht austrommen. (Große Hinterkeit.) Ich strecke die Waffen. (Erneute Hinterkeit.)

Es wäre möglich gewesen, eine allgemeine Amnestie in Deutschland herbeizuführen, ohne die Verfolgung der Mordverbrechen der Schwarzen Reichswehr usw. in Zukunft zu verhindern. Ohne die Haltung der SPD wäre auch hier immer eine Mehrheit von 2/3 zustande gekommen. Die Sozialdemokraten haben damals und besonders im Wahlkampf das feierliche Versprechen gegeben, doch sofort nach Zusammensetzung des neuen Reichstages eine Amnestie durchgesetzt werden sollte.

Wir Kommunisten stellen die Amnestieforderung als Klassenforderung auf. Zur Erfreichung dieses Ziels — darüber sind wir uns klar — ist der außenparlamentarische Druck der Arbeiterschaft notwendig, denn auch die Sozialdemokraten und die Bourgeoisie weichen müssen. Wer, wie gewisse Sozialdemokraten, den Mut und die Stirn hat, zu behaupten, daß die Kommunisten nichts getan hätten, um die Opfer der Klassenjustiz zu befreien, beweist, daß er im Sehne der Bourgeoisie dermaßen die Tatsachen zu verbrechen gezwungen ist. (Zuruf Crispin: Ihr habt keinen Mut, zu euren Taten zu stehen.) Herr Abgeordneter Crispin, reden Sie nicht von Mut, der Kohlenteller ist doch bisher Ihr bestes Werkzeug gewesen. (Seht gut bei den Kommunisten.)

Die Sozialdemokratie hat mit der Gesundheit, mit dem Seelenleben der proletarischen Gefangenen unerhörte Schindläder getrieben. Selbst wenn sie jetzt ihr Versprechen einlösenbleibt der Vorwurf bestehen, daß über 300 Proletarier weitere drei Monate hinter Kerkermauern haben schmachten müssen. (Seht wohl bei den Kommunisten.) Weil die Sozialdemokratie behauptete, nur einer Amnestie unter Ausschluß der Hemmörder zustimmen zu können, darum haben wir unseren neuen Antrag unter Ausschluß der Hemmörder usw. formuliert. Wir haben die Aufnahme der sogenannten Rotkette in unsern Amnestieantrag unterlassen, nicht, weil uns diese Justizopfer gleichgültig sind, sondern, um den politischen Amnestie nicht unüberbrückbare Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Wir werden im Ausschluß auch diesbezügliche weitere Anträge unterbreiten.

Man kann uns nicht irgendwelcher Sympathien mit den Hemmörtern beschuldigen. (Zuruf Crispin: Mit Everling!) Bitte, fragen Sie Ihren Parteigenossen, der Innenminister werden soll. Wir werden die Amnestie nicht zum zweiten Male durch ein hinterhältiges Verhalten der sozialdemokratischen Fraktion verzögern lassen. Wir fordern, daß der Reichsausschuß sofort keine Sitzungen aufnimmt, um die Opfer der Klassenjustiz keinen Tag länger schmachten zu lassen. Das ist eine grundäthliche Forderung aller ehrlichen deutschen, sowohl sozialdemokratischen, wie kommunistischen und unparteiischen Arbeiter. Der Schrei: Heraus mit den politischen Gefangenen! wird Ihnen dorthin in die Ohren gelangen, daß Ihnen dabei das Trommelfell platzieren soll. Der Ruf: Heraus mit den proletarischen Gefangenen, wird zu einem Orkan anschwellen, der Sie mit Ihrer herrlichen Republik zum Teufel jagen wird, — und dann werden wir die Richter sein! (Stürmischer Beifall und Handklatschen bei den Komm.)

Hierauf beglückwünscht Everling (Deutschland) und Fried (Naz) ihre Amnestieanträge, wobei sie die vaterländischen Verdienste der Hemmörder hervorheben. Ersterer hält bei dieser Gelegenheit auch eine ehrerbietige Länge für den nichtverurteilten politischen Verbrecher Wilhelm der Löwen, während Fried den

Sozialdemokraten abermals ihre Mitschuld an den schlesischen Hemmörtern ins Gedächtnis ruft.

Landsberg (SPD) polemisiert aus taktischen Gründen hauptsächlich gegen Everling und seine Hemmordihältinge. Der Nazi Strasser erhält hierbei wegen des mehrfachen Jurafes: „Judentum“ mehrere Ordnungsrufe. Redner erklärt, die SPD habe den leichten Amnestieantrag hauptsächlich deshalb zu Fall gebracht, weil nicht nur die Hemmörder, sondern auch die Mörder von Gareis und Erzberger Straftreit erhalten

sollten. Mord und Totschlag müssen von der Amnestie ausgenommen werden. Redner ist für Überweisung der Anträge an den Rechtsausschuß.

In einer persönlichen Bemerkung nagelt Genosse Hößlein eine bewußte Unwahrheit Landsbergs fest. Der Wortlaut des seinerzeitigen Kompromissantrages Rösenfeld-Hößlein-Everlinglich ausdrücklich ausdrücklich der Verfolgung der Erzberger-Mörder usw. zu. Genosse Stoecker beantragt, daß der Rechtsausschuß bereits morgen sich mit den Anträgen beschäftigen solle. Präsident Löbe macht darauf aufmerksam, daß dazu notwendig die sofortige Nominierung der Ausschuhmitglieder durch die Parteien erforderlich sei. Die Anträge werden darauf dem Rechtsausschuß überwiesen.

Hindenburg lädt die Parteien

Die Wirtschaftspartei coalitionsbereit

Berlin, 16. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Gestern fand eine Sitzung der Wirtschaftspartei und Volks-
partei statt. Erstere erklärte sich zur Teilnahme an der Regie-
rung einverstanden. Letztere hingegen brachte zum Ausdruck,
daß sie auf dem Standpunkt der Regierungsumbildung in Preu-
sen bestehen bleibe. Der Vorsitzende möchte jetzt den Rückzug und
läßt ganz klar erkennen, daß die SPD-Führer sich der Volkspar-
tei fügen werden. Der Vorsitzende schreibt, daß man selbstverständ-
lich auf der anderen Seite davon festhalten muß, wonach sich an-
dere Parteien in die preußische Angelegenheit nicht einzumischen
haben. Wie sich Preußen die Regierung gestaltet, so ist das ihre
Sache und wir haben abzuwarten, zu welcher Entscheidung es
gelange. Mit solcher Rechtsäuerlichkeit glaubt der Vorsitzende
seine Leute täuschen zu können.

Hindenburg hat die Parteien zu einer nochmaligen Aus-
sprache über programmatische Fragen geladen, um so auf sie
einen Druck ausüben zu können.

Große Koalition in Preußen

Die SPD ersucht um eine Gnadenfrist

Berlin, 15. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Stresemann hatte heute vormitig auch eine Unterredung mit dem preußischen Staatssekretär Dr. Weizmann. Weizmann soll zwar wiederholt haben, daß es die preußische Staatsregie-
rung ablehne, auf sich irgendeinen Druck ausüben zu lassen. Un-
dankt habe er aber klar ausgeprochen, daß der Ministerpräsi-
dent Braun die Kabinettsumbildung spätestens im Frühherbst

bestimmt durchführen werde. In diesem Sinne werden die Vor-
stände der Landtagsfraktion die Verhandlungen über die Um-
bildung der preußischen Regierung vornehmen und die neue
preußische Regierung wird sich dann dem Landtag bereits bei
seinem Wiederzulammtreffen am 2. Oktober vorstellen. Auf
diese Weise hat die Volkspartei auch erreicht, daß sich die preußi-
schen Kommunalwahlen, die Ende Oktober stattfinden, nicht mehr
unter der Parole „hier Bürgerkertum — hier Sozialdemo-
kraten“ abspielen, sondern unter der Parole der Großen Koal-
ition.

In parlamentarischen Kreisen herrscht nach wie vor eine
„optimistische Auffassung von der Weiterentwicklung“, d. h. die
Wünsche des Zentrums und nun auch der Volkspartei sind nun
fast restlos von den Sozialdemokraten erfüllt.

Um das Arbeitsministerium

Die christlichen Gewerkschaften verlangen Verantwortung der

SPD

TU. Köln, 15. Juni.

Das Bezirkstattle der christlichen Gewerkschaften landet ge-
stern an Siegerwald, der mit an den neuen Regierungsverhand-
lungen beteiligt ist, ein Telegramm und betonte, daß die Auflösung
der Sozialdemokraten, Brauns solle das Arbeitsministe-
rium wieder übernehmen, von ihnen mit Protest entgegen-
genommen wird. Die Sozialdemokraten versuchen sich von der
Verantwortung im Arbeitsministerium zu drücken. Die christ-
lichen Gewerkschaften werden den scharfsten Widerspruch erheben,
wenn ihnen die Sozialdemokraten die Verantwortung für das
Arbeitsministerium überlassen.

Wie die „Scholzianer“ erzogen werden

Der Stahlhelmflügel der Deutschen Volkspartei hat die Koalitionsverhandlungen um einen, vielleicht einige Tage ver-
zögert. Aber, wie eine SPD-Zeitung ganz richtig schreibt, „die Scholzianer werden erzogen werden. Sie haben uns einen Tag
geraubt, und sie werden uns die Regierungsbildung nicht ver-
eiteln“. Es ist Tatsache, daß der Tagesbefehl des Schnapsdrin-
kers Seldje die volksparteilichen Abgeordneten seiner Couleur zum „Widerstand bis aufs äußerste“ anstachelte, daß der Stahl-
helmführer Dr. Campe, zugleich Fraktionsvorsitzender der preußi-
schen Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei, sogar alle
seine „Kamer“ niederrangt und im letzten Augenblick mit Schol-
zienkampf und den anderen, die nicht ganz so unvorsichtig waren,
die Reichstagssitzung der Deutschen Volkspartei da-
durch zwang, trotz bereits abgeschlossener Verhandlungen in der
Preußenfrage intrasistent zu sein. Die Lösung der Schwierig-
keit wird vermutlich so erfolgen, daß wenn die von Hermann
Müller angeregte Vermittlung Stresemanns nicht ausreicht,
„ein Appell des Kettlers“, ein Appell Hindenburgs der
Deutschen-Volkspartei-Fraktion das Alibi vor den Männer
Selsches verschaffen wird.

Dieser großartige Sieg — noch nicht einmal der ist errun-
gen — wird der SPD erst so recht die Fülle für die endgültige
Bildung ihrer glorreichen „Linke“-Regierung geben. Morgen
jähn, oder in nächster Zeit, wird die gesamte Sozialdemo-
kratische Presse ihren herzlichen Sieg über die finsternen Mächte
der Reaktion entsprechend ausposaunen, wie gesagt, wenn ihr
auch „dieser Sieg“, die „Erziehung der Scholzianer“, gegönnt
wird. Nicht einmal das ist sicher.

Sicher aber ist, daß durch das Stahlhelmintermessezo die
ungeheure Tatsache der vollständigen Kapitulation der
Sozialdemokratie vor allen Forderungen der Bürgerblod-Frac-
tionen nur sehr ungerecht selbts für die blindesten SPD-Un-
abhängig verdeckt werden wird. Tatsache ist, daß alle Verhand-
lungen bereits auf der Grundlage der Kapitulation der SPD
zur Schulversetzung-Forderung des Zentrums, der ge-

derung auf Erweiterung der Preußen-Koalition, der Forderung
auf die völlige Unantastbarkeit der Reichswehr und des Panzer-
kreuzerbaus, der Forderung „Hilfe für Landwirtschaft und
Mittelstand“, d. h. neue Korruptionserwendung an großbür-
gerliche und großgrundbesitzende Schichten, wie sie die Volkspar-
tei stellte, abgeschlossen waren und daß auch auf dieser und auf
keiner anderen Grundlage die Regierung gebildet werden wird.
Das ist der wahre Hintergrund des frechen Siegeschwinds
über die „Erziehung der Scholzianer“.

Diese von uns seit Tagen festgenagelten Tatsachen bestä-
tigen jetzt wörtlich einen Teil der sozialdemokratischen Presse,
die den Zwischenfall der „Erziehung der Scholzianer“ zu einem
impotenten und demagogischen Gerüunze gegen die Kapitula-
tion ihrer Partei benutzt.

Die Leipziger Volkszeitung schreibt am 14. Juni: „Wenn
sich die Sozialdemokratische Partei auf alle Forderungen, auf
die geringste programatische Festigung Verpflichtet setzte, da-
mit haben die bürgerlichen Parteien noch lange nicht das
gleiche gelan...“ Je weiter die Verhandlungen fortschreiten,
desto bestimmter und klarer formulieren die Gegner die For-
derungen, die sie der Sozialdemokratie für ein gemeinsames
politisches Leben präsentieren... Für das Zentrum geht
der Kampf um die Schule oben an, und wenn es die völlige
Beschlagnahme der Schule durch die Kirche jetzt nicht restlos durch-
führen kann, so ist es auf den Fall entschlossen kleinen freiheit-
lichen Ausbau der deutschen Schulgelehrten zu zulassen. In den
finanziellen und wirtschaftspolitischen Fragen stimmen die
Wünsche des Zentrums und der Deutschen Volkspartei sehr
weit überein. Die Deutsche Volkspartei stellt Forderungen, die
für die Sozialdemokratische Partei einfach unannehmbar sind...
Doch im Reichsjustizministerium jener Herr Joel Staatssekretär
bleiben soll, der nicht zuletzt für die emporenden Ausschreitun-
gen der deutschen Justiz in den letzten Jahren und für die faul-

... zu neigende Justizreaktion verantwortlich zu machen ist. Ein Bleiben bedeutet also auf dem Gebiete der Justiz: es bleibt alles beim alten! Dann soll die Sozialdemokratie den Volksarbeiter zuwenden, daß im neuen Reiche keine Arbeitnehmer werden. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion soll läufig den Dreiviertel-Milliarden-Gast des glorreichen Heeres freitlich bewilligen. Nicht genug damit. Die Sozialdemokratie soll den beschleunigten Bau des Panzerkreuzers ermöglichen, und damit natürlich auch den Bau der noch kommenden Panzerkreuzer. Und zu allerleicht kommt der Hauptkämpfer der Partei des Stahlhelmmannes Scholz: im Preußen muß die gleiche Regierung gebildet werden wie im Reiche ... Mit den aufgezählten Forderungen ist der Anspruch der Volkspartei noch nicht erschöpft, sie betont mit besonderem Nachdruck, daß sie auch für die Reichswohren, für die Steuer- und Wirtschaftspolitik und für die Sozialpolitik Zuflüchtungen haben will.

Alles an dem, was die Leipziger Volkszeitung hier schreibt, ist nichts als die Wahrheit. Nur eines muß noch hinzugefügt werden: alles das „soll“ nicht bewilligt werden, alles das ist von der SPD bereits gehakt. Die Leipziger Volkszeitung weiß das so gut wie wir. Wenn sie schreibt, „durch den Gang der bisherigen Verhandlungen wird dem Vorwärts die Lehre erteilt, daß weder Persönlichkeiten noch ihr guter Wille die aus den Klassegegnären sich ergebenden Interessen gegenübe in der Politik einfach beseitigen können“, so vergibt sie hinzufügen, daß die sozialdemokratische „Führung“ der kommenden Koalitionsregierung, die sie gestern noch verlangte, bereits alles getan hat, um zwar nicht „Klassegegnätheit zu beseitigen“, aber alle Forderungen der Bourgeoisie bedingungslos anzunehmen. Es ist darum nur ziemlich schriftlich noch als der Verrat Hermann Müllers und Konsorten, wenn die L. B. ihrem Gesändnis den Satz anfügt: „Für die Sozialdemokratie glaubt der Sozialistische Presseclien aus sprechen zu können, daß sie in den noch bevorstehenden Verhandlungen bis an die Grenze des für sie Möglichen gehen wird, aber darüber, daß es eine solche Grenze gibt — fügt er hinzu —, werden sich die anderen, für eine Regierungsbildung in Frage kommenden Parteien höchstens im Fluren sein.“ Aus dem ganzen Reich blühen die Parteigenossen in diesen Tagen mit der Erwartung nach Berlin, daß die Grenze von den führenden Genossen nicht für weiter gegeben werde als sie tatsächlich ist.

Das ist ein ebenso niederrückiger wie ausichtsloser Versuch, die sozialdemokratischen Arbeiter über den tatsächlich bereits erfolgten Verrat des Parteivorstandes, wenn auch nur einen Tag lang, hinwegzutäuschen.

*
Was die Leipziger Volkszeitung preisgibt, wird unterstrichen und noch erweitert durch ein anderes „linkes“ Blatt, die Breslauer Volkswacht. Sie schreibt: „Es muß deutlich ausgeprochen werden, daß es durch die ungeschickte (!) Taktik unserer leitenden Parteiinstanzen nun wirklich dahin gekommen ist, daß nicht entsprechend dem Wahlergebnis wir unsere Bedingungen stellen für die Bildung der Regierung und daß die Regierungsbildung unter dem Zeichen unserer Forderungen zustande kommt, sondern daß umgekehrt die anderen ... ihrerseits versuchen (sie „versuchen“ nicht nur), der Sozialdemokratie Vorwürfe zu machen ... Die Forderungen der Volkspartei sind für uns ganz unannehmbar. Daselbe gilt für die Zentrumsforderungen. Das Zentrum hat unseres so überzeugt nach der Regierungsteilnahme drängenden Genossen einen niedlichen Ratschläger zuteil werden lassen ... da sehen die Genossen, wie weit sie mit ihrer Methode gekommen sind.“ Die Breslauer Volkswacht befiehlt sich dann noch besonders mit dem Verbleiben von Braun: „Nicht nur, daß die Arbeiterschaft nach den Erfahrungen des letzten Jahres das tiefste Misstrauen gegen diesen Vater des Bürgerblocks und einer ganz sozialreactionären Schlichtungspolitik empfindet, die Partei kommt dadurch auch in eine unmögliche Lage, die sie seit Jahren aus energischster gegen diesen Mann gekämpft hat. Hermann Müller hat denn auch seine Quittung vom Zentrum schon erhalten. Der „Deutsche“, das Blatt Stegernwalds, hält ihm das bereits vor ... Nun, was will Hermann Müller daraus erwarten?“

So vernichtet ein Teil der SPD-Presse selbst den Schwund von der „Erziehung der Scholzianer“, so gerichtet sie selbst die ungeheurende Verräterei ihrer Partei an den 9 Millionen Wählern ein. Das Echo in den Massen wird nicht ausbleiben. Die von uns wiedergegebenen Stimmen der sozialdemokratischen Zeitungen beweisen am besten, was in den Massen vor geht.

3000 Mark Geldstrafe gegen die Rote Fahne

wegen Beleidigung des Oberlandföhlers v. Epp

München, 15. Juni. (Eig. Drucksbericht)

In den Verhandlungen im Amtsgericht München gegen die verantwortlichen Redakteure, J. Raich der Rote Fahne, wurde wegen Beleidigung und übler Racherede das Urteil gefällt, und zwar erhält je 3000 M. Geldstrafe oder 30 Tage Gefängnis. In der Urteilsbegründung wird betont, daß die Angeklagten den General von Epp als Arbeiterschädler und Mörderseite bezeichnete. Das wäre zweifellos eine schwere Beleidigung. Der General von Epp ist damals beauftragt gewesen, Panzer von den roten Borden zu betreiben und Ordnung zu schaffen. Hinzu käme noch, daß der Artikel im Wahlkampf geschrieben sei, was verschärfend wirkte.

Geraus mit Max Hoelz?

Vor sieben Jahren wurde Hoelz durch das Annoncengericht zu lebenslanger Zuchthausstrafe verurteilt. Hoelz wurde nicht nur für seine Beteiligung am Auslaufen des mitteldeutschen Proletariats verurteilt, er wurde auch beschuldigt den Guischescher Heß erschossen zu haben. Hoelz hat sich zu allen politischen Handlungen, die sich aus der revolutionären Aktion ergaben, befreit, aber die Tötung des Heß als entschiedene bestätigt. Obwohl schon während der Hauptverhandlung begründete Zweifel an der Mordabschuldigung gegen Heß geäußert wurden, hat das Ausnahmegericht Max Hoelz wegen Totschlags verurteilt und auf dauernden Verlust der politischen Rechte erkannt. Max Hoelz hat diese Verurteilung wegen Totschlags als ein Fehlerurteil betrüpf. Im Herbst 1922 hat der frühere Hauptbefestigungswege Arbeiter seine Hoelz belastende Aussagen widerufen und gleichzeitig das Zeugnis der Witwe des Getöteten von der Verteidigung als völlig unglaublich nachgewiesen. Der Oberstaatsanwalt in Halle, Dr. Luther, hat eine neue öffentliche Verhandlung über die standeswidrigen Vorgänge bei der Verurteilung durch Abwürfung des Freiheit-Prozesses zu verhindern versucht. Er wurde hierbei durch die Hallenser Richter gedemütigt.

Der Oberrechtsanwalt hat sich jetzt gewungen gesehen, die Befreiung des Wiederaufnahmeantrages der Verteidigung an-

zuhören. Aber es ist weitesten noch nicht genau! Jeder Arbeiter kann es deshalb in seine Pflicht halten, in seiner Organisation darauf zu dringen, daß von ihr aus ein Vertreter zur ersten Sitzung des Komites gesucht wird, die am Donnerstag den 21. Juni 1928, 19.30 Uhr, im Restaurant „Brandenburger Hof“, Berliner, Ecke Peterstraße, stattfindet. Niemand aus den Parteien müsse Vertreter nominieren. Keiner klassenbewußte Vertreter darf sich einschließen!

Die Funktionäre der Roten Hilfe fordern wir auf, am Montag den 18. Juni, 19.30 Uhr, im „Brandenburger Hof“, in Berlin, wo die Durchführung des Komites um die Amnestie bis ins einzelne besprochen werden wird. Mitgliederbuch ist vorzulegen!

Genossen, arbeitet! Wir haben eine schwere Aufgabe! Zeigt alle, daß ihr sie zu lösen vermögt! Läßt euch durch die Feinde der Amnestiefeinde nicht bremsen; keiner darf auf seinem Posten fehlen, denn es kommt auf jeden an!

Dresden, am 15. Juni 1928.

Der Bezirksvorstand
der Roten Hilfe Deutschlands,
Bez. Ost Sachsen.

Zum Fall Körner

Eklärung zu dem Ausschluß Körner aus der Internationalen Arbeiterhilfe

Der Landesvorstand der Internationalen Arbeiterhilfe Sachsen hat auf Grund des Berichtes der Revisionskommission für Kreisal und im Zusammenhang mit den bei früheren Revisionen festgestellten Ergebnissen einstimmig beschlossen, Max Körner aus der Internationalen Arbeiterhilfe auszuschließen.

Max Körner hat durch unerantwortliche Nebenahme von größeren Darlehen zu Lasten des Kinderheims und durch eine nach keiner Seite hin zu vertretende Schuldenwirtschaft sowie durch die dem QB verschwiegene Verpfändung des Heimes (die nach Bekanntwerden vom QB sofort aufgehoben wurde) den Stand der Ortsgruppe Freital und des Landeswanderinderheims auf das schwerste geschädigt. Trotz wiederholter Aufrüttungen, die nach mehrmaligen Revisionen durch den Landesvorstand an ihn ergangen sind, hat er es unterlassen, eine ordnungsgemäße, den Betrieb des Heimes klar erkennensende Buchführung durchzuführen. Der Landesvorstand würde dies für Unfähigkeit gehalten haben, wenn er nicht durch eingehende Belehrung und Befragung Körners und bestimmte von Körner durch Unterschrift anerkannte Vorschläge diesem die Möglichkeit einer geordneten Kassen- und Buchführung gegeben hätte.

Hinzu kommt weiter, daß Körner wissentlich den Landesvorstand durch unwahre Angaben über den finanziellen Stand der Ortsgruppe und des Heimes auf das größtmöglichst gefälscht hat und noch in allerleiter Zeit bei einer der Revisionen erklärt, keine Auskunft über die offenstehenden Verpflichtungen geben zu können. Er hat es weiterhin unterlassen, durch eine genaue Eintragung der gekauften Waren, die Möglichkeit einer Berechnung von Einnahme und Ausgabe zu geben. Dabei wurde in der Heimstätte ein falschlicher Fehlbetrag bis zum 22. Oktober 1927 von 162 Mark ohne den erzielten Verdienstausfall, der mit etwa 220 Mark angesetzt werden muß, festgestellt. In derselben Höhe wurde in der Zeit vom 22. Oktober bis 1. April ein weiterer Fehlbetrag von 60 Mark festgestellt. Infolge der von Körner nicht angelegten Warenbücher, die der Landesvorstand verlangt hat, konnte ein heute noch offenstehendes Konto von 45 Mark nicht aufgelöst werden. Obwohl der Landesvorstand an geliebter dieser schweren Beleidigungen Körners Unterschlagungen nicht angenommen hat, muß er eine schwere Schädigung der Organisation in finanzieller und ideeller Art und ein an Betrug grenzendes Täuschungsmanöver Körners der Ortsgruppe Freital wie auch dem Landesvorstand gegenüber feststellen.

Zu dieser Eklärung des Landesvorstandes wird uns weiter mitgeteilt, daß Körner bei den mehrfach stattgefundenen Revisionen reichlich Gelegenheit gehabt hat, sich zu rechtfertigen. Er ist auf der erweiterten Landesvorstandssitzung der IAH im Februar d. J. auf der die Ortsgruppe Freital mit acht Vertretern anwesend war, verheimlichte er immer noch den wirtschaftlichen finanziellen Stand des Freitaler Unternehmens und verschwieg offenstehende Rechnungen. Diese Methode wunderte er bei den nachfolgenden Revisionen an. Als ihm dies durch Herbeizeitung von Kontoauszügen unmöglich wurde, versuchte er die Schuld von sich abzuwälzen und andere Funktionäre zu belästigen. Körner hat heute weder bei der Partei noch bei dem Landesausschuß der IAH Einspruch gegen seinen Amnieschluss erhoben. Wir beginnen uns heute mit dieser Feststellung, sind aber in der Lage, mit der Veröffentlichung weiteren Materials Körner vor der Arbeiterschaft in das richtige Licht zu rücken.

Die Malgreen-Gruppe der Nobile-Expedition gefunden?

TU. Kopenhagen, 15. Juni.

Nach einer bisher noch unbestätigten Meldung des Berichterstatters der Zeitung Politiken, soll die von der „Hoben“ ausgeschickte Hundeschlitten-Hilfsexpedition, die aus drei Mann bestehende Malgreen-Gruppe, die sich nach dem Schiffbruch der „Italia“ in südlicher Richtung in Marokko gesetzt hatte, gefunden haben.

Wie aus Kingsbay gemeldet wird, hat die Gitta di Milano“ eine Verbindung mit der Italia-Mannschaft gehabt. In seinem Funkspruch erklärte Nobile, daß er und die seinesgleichen sich sicher fühlten. Man weiß nicht, ob man daraus folgen kann, daß es ihm gelungen ist, so weit in die Nähe der Küste vorzudringen, daß er Hoffnung hat, das Land zu erreichen, oder ob Nobile damit nur andeutet will, daß er mit voller Hoffnung rechnet. Seit der Strandung der „Italia“ hat Nobile die beiden anderen Gruppen nicht mehr gesehen. Die Sachverständigen unterscheiden sich dahin aus, daß der Teil der Besatzung des Schiffes, der mit der „Italia“ abgetrieben wurde, möglicherweise sehr weit nach Osten verschlagen worden ist und sich in der Gegend des König-Karl-XII.-Landes befindet. Die Braganza hat am Donnerstag morgen auf der Fahrt nach Nordosten die Norwegerinseln passiert. Nördlich der Moesien-Gruppe hat das Schiff starke Eis gefunden und macht jetzt den Berlich, die Eismassen zu durchbrechen. Der russische Eisbrecher steuert direkt auf Kap Snæfells zu. Ritter Larsen hat gemeldet, daß er ein Hundespann mit 2 Begleitern an Land gesetzt habe. Sie sollen durch das Norrland vorrücken und dort Betons auslegen.



Flugzeugabsturz im Häusermeer in Kopenhagen

Boullerfest spricht heute Bezirks-Parteiarbeiter-Konferenz abend in der
im Lübecker Hof / Thema: Bericht vom ROG-Kongress, der Gewerkschaftsiongkongress des ADGB, unsere nächsten gewerkschaftlichen Aufgaben, erneut Vollmächtig! / Partei- und Verbandsbuch legitimiert

Das Dresdner Stadtparlament aufgesessen

Rößl denunziert / Döllnisch lädt die Tribüne räumen / Ungeheure Erregung der Kriegsbeschädigten

Am Donnerstag ist die Dresdner Stadtverordnetenversammlung aufgesessen. Ohne nennenswerten Grund ließ der sozialdemokratische Stadtverordnetenvorsteher Döllnisch bei der Beratung des Kapitels Wohlfahrtssamt — da von der Tribune einige Zwischenrufe gemacht worden waren — die Tribune räumen. Den wirklichen Anlaß zu den Zwischenrufen hatte das provokatorische Verhalten der sozialdemokratischen Fraktion, die während der Ausschüttungen des Großen Reichstags sich in wütenden Wimpern erigma, ergeben. Insbesondere war es der Fraktionsführer der S.P.D., Rößl, der dem Vorsteher einen Kriegsbeschädigten zum Kauschmiff denunzierte. Zweifellos hatte es andere Mittel gegeben, wenn es der S.P.D. und ihrem Stadtverordnetenvorsteher daran gelegen hätte, die Ruhe herzustellen. Daran aber hatten sie gar kein Interesse! Wenn es nach dem Willen dieser Sozial-Demokraten gegangen wäre, hätte das Stadtparlament unter Ausschluß der Oeffentlichkeit weiter getagt. Das lehnten die Kommunisten selbstverständlich категорisch ab!

Interessant war, daß Rößl mehrmals den sozialdemokratischen Stadtverordnetenvorsteher ansforderte, von sich aus die Tribune öffnen zu lassen, was dieser aus Prestige-gründen (!) den Kriegsbeschädigten gegenüber (!) ablehnte. Natürlich billigten die Sozialdemokraten die Haltung von Döllnisch. Auch hier zeigte sich dabei ganz deutlich, daß die angeblichen „Linken“ sich geradezu überflügeln in der Beweisführung, daß sie die Politik des Hauptvorstandes: Ziel Große Koalition, nicht nur im Landtag, sondern auch in den kleinen Parlamenten durchzuführen bemüht sind. Die Werkstätigen — besonders aber die Kriegsbeschädigten — werden der S.P.D. auf ihr schamloses Verhalten die Antwort nicht schuldig bleiben.

In der am Donnerstag stattgefundene Sitzung der Dresdner Stadtverordneten sollte vor allem die Fortsetzung der Ersatzberatungen durchgeführt werden. Vorher kam eine Anzahl Dinge zur Sprache:

Der Rat sabotiert die Einführung des Arbeitskundentages.

Gedrehter ein Skandal ist es, wie der Rat die Beschlüsse der Stadtverordneten, sowohl die im Interesse der Arbeiter liegen, sabotiert — so lehnt er z. B. die Durchführung eines Antrags der Stadtverordneten vom 8. März, der folgende Maßnahmen zur Beschaffung von Arbeit für die Erwerbslosen fordert:

- a) dafür zu sorgen, daß in allen städtischen Betrieben und Institutionen und in den für die Stadt arbeitenden Unternehmen einschließlich Postanstalten bei Arbeitskundentag eingehalten wird;
 - b) bei der Reichsregierung und dem Reichstag mit Unterstützung des Deutschen Städteverbandes die strenge Durchführung des Arbeitskundentages sowie die des Siedlungskundentages für die Bergarbeiter zu fordern;
 - c) auf demselben Wege wie unter b) für dafür einzulegen, daß der reichsgerichtliche Arbeitsrat für Jugendliche unter 18 Jahren rechtsgeradlinig festgelegt wird.
- Ansatz ob. Die Stadtverordneten blieben bei nochmaliger Abstimmung auf ihrem Standpunkt stehen.

Für Erhöhung des jahrl. Fleischkontingents.

Einen entsprechenden von der kommunistischen Fraktion gestellten und angenommenen Votum erklärte der Rat ironisch für erledigt. Jedoch wurde folgenden Gutachten (ursprüngliches Minderheitsgutachten des Genossen Schneider)

Entscheid:

„Collegium wolle beurteilen,

1. nach dem Schreiben des Rates Kenntnis zu nehmen;
2. die Eingabe des Konsumvereins „Vorwärts“ für Dresden und Umgegend vom 27. März 1928 und die der Dresdner Fleischzerrinbung und der Bezirksgruppe Sachsen des Reichsverbandes des deutschen Getreide-, Fleisch- und Großhandels e. V. Hamburg vom 9. Juni 1928 als erledigt zu erklären;
3. erneut vom Reichstage die Erhöhung des jahrl. Fleischkontingents zu fordern und weiter zu fordern, daß der Dresdner Bevölkerung mindestens dasselbe Quantum wie vor der Herabsetzung zugewiesen wird;
4. den Rat zu eruchen, dem Beschuß unter 3. beizutreten, mit Mehrheit angenommen. Daraufhin folgte die

Fortsetzung der Erarbeitung.

Zum Kapitel Volksküche wiesen ergibt:

Genosse Schwarze

das Wort. Er geißelt, daß wiederum bei wichtigen Positionen große Summen gestrichen worden sind. Bei anderen muß festgestellt werden, daß viel zu wenig Geld zur Verfügung gestellt wird. Insbesondere fordern wir, daß der handwerkliche Unterricht mehr ausgebaut und ausgebildet wird. Um dies zu ermöglichen stellt Genosse Schwarze entsprechende Anträge. Auch die Schulärzteklinik muß ausgebaut werden, vor allem in notwendig, daß dem Personalmangel leichter abgeholt wird, damit eine fachgemäße Behandlung der Kinder ermöglicht wird.

Kurz vor seinem Antritt hat der sozialdemokratische Bürgermeister Dr. Bühlert einmal erläutert: „Die Volksschulen sind noch oft das Sichtfeld der Gemeinden.“ Wenn man den Schulen an sieht, dann muß man schon sagen, daß Dr. Bühlert die Schulen nicht bloß wie Stiefkinder, sondern noch idyllische „Altenbrüder“ behandelt. Die Streichungen sind geradezu katastrophal. Während bei den Volksschulen 161 000 Mark gestrichen werden sollten, beträgt die geätzte Summe bei den höheren Schulen — obwohl dort viel weniger Schüler sind — nur 168 000 Mark.

Das ist charakteristisch! Franks (S.P.D.) erzählt etwas von „Beschäftigungsnachweis“ und „Bruderkampf“, um dann die niedrigere Streichung bei den höheren Schulen zu verteidigen. Im übrigen schwiegt er sich über alles anderes aus.

Genosse Schrapel

sagt den Grund dieses Schweigens auf. Die S.P.D. ist mit den Streichungen, die der Sozialdemokrat Dr. Bühlert zur Balancierung des Etats durchgeführt, einverstanden, daher das Schweigen! Was die Frage des Wertunterrichts betrifft, so stellt Genosse Schrapel nochmals den Antrag, für ungelernte Jugendliche — nicht nur Burschen — mindestens zwei Stunden Wertunterricht auf Kosten der Stadt durchzuführen. Vergleichlich suchen nach diesen Ausführungen Bürgermeister Dr. Bühlert und Stadtkonsulent Dr. Hartmann zu beweisen, daß sie „Freunde der Volksschule“

und auf diese Förderung beracht leisten. Daraufantwortet er mit dem Beweis der Nichtigkeit ihrer Ausschüttungen Dr. Bühlert gleich, besleudert hörend zu erwähnen, daß in Dresden nur ein ganzes Vierteljahr 200 Mark in einem Jahr ausgegeben werden. Nicht ihm möchte allerdings vorgedrängt — Stadtkonsulent Dr. Hartmann bestätigt, daß

für einen höheren Schüler 191 Mark ausgegeben werden. Das ist das Doppelte von dem, was jetzt einen Volksschüler übrig ist. Kann das? stand's und die Gewinnziffer der Bildungs-Büro-Leute selber geschildert werden?

Bei der Abstimmung werden die kommunistischen Abgeordneten die Stimme räumen. Die Sitzung wird daraufhin auf kurze Zeit unterbrochen.

Wohlfahrtssamt.

Als Redner der kommunistischen Fraktion spricht

Genosse Neuhof.

An Hand von Dokumenten Beispiele der einzelnen Positionen beweist er, daß auch hier ganz ungewöhnlich gestrichen worden ist. Zedrich bestreitet, daß der Rat nicht nur daran, Mit allen möglichen Mitteln werden die Kriegsbeschädigten, Autoregelebenen, Invaliden usw. „beglückt“, um ihnen die bewilligten Beihilfen zu verleihen, vor allem in idiomaten. Gewiß ist bei einigen Positionen die Summe erhöht worden, doch werden sich die betreffenden Kategorien vor allem die Kriegssozialen nicht ausdrücken lassen.

Wie die Kriegsbeschädigten behandelt werden

zeigt ein Fall drastisch: Seit Jahren lämpft ein Kriegsbeschädigter um Anerkennung seiner Kriegsbeschädigung. Endlich gelingt ihm dies. Eine Nachzahlung, die er zu erhalten hätte, wird vom Kanzleirat für bezogene Unterstüzung ganz sturz geprägt! Doch damit nicht genug: Ein Geluch um Bewilligung eines Nachzahls entzieht daselbst Fürsorgeamt, das die Nachzahlung geplant hat, mit dem Bemerkern, daß er ja eine Nachzahlung zu erwarten habe! Höher geht der Standort wahrscheinlich nicht! — Während dieser ruhigen, sachlichen, aber scharfen Ausschüttungen des Genossen Neuhof unterhalten sich die Sozialdemokraten ganz laut und rühen in ziemlich provokatorischer Weise. Darüber geriet die Tribünenbesucher, die ihm vor allem aus Kriegsbeschädigten zusammengestellt, in bestürzten Zorn und machten einige Zwischenrufe. Darüber wirkte ausgerechnet die S.P.D.

Rößl „entdeckte“ den Kriegsbeschädigten, rückt und forderte den sozialdemokratischen Vorsitzer, ohne daß dazu ein Grund bestand, auf, ihn von der Tribune zu verweisen!

Genosse Denunziation hatte Erfolg:

der sozialdemokratische Vorsitzer Döllnisch rief die Tribünenbesucher kurz zur Ordnung. Als die Ruhe nicht schnell genug hergestellt wurde,

lädt er zurzeit die Tribünen räumen! Gegen viele ungewöhnliche, ohne tatsächlichen Grund aufzutretende Zwischenrufe erhebt die gesamte Kommune einen leichten Tadel. Sie verlangt die sofortige Verlassen der Tribünen.

Die Sitzung wird daraufhin auf kurze Zeit unterbrochen. Es ist dies das erstmal in Dresden! Solten haben die Sozialdemokraten im Dresdner Rathaus sich so trüppellos und so offen für die Polizeiaufmerksamkeiten ausgespielt wie hier. Daß es ausgetanzt mit den Leibern des Krieges istem, weiß, wie weit sie sich schon von den Ausgebeuteten entfernt. Die Handlungsmöglichkeiten der angeblichen „linken“ S.P.D. im Sächsischen Landtag und im Dresdner Rathaus zeigt mit aller Klarheit die schwere Rücksichtslosung, die die S.P.D. in Sachen vollzieht.

Große Koalition im Reich!

Große Koalition in Ländern und Kommunen!

das ist ihr Ziel!

Nach Wiedereröffnung der Sitzung fordert die kommunistische Fraktion die formelle Teilnahme der Tribünen. Frante (S.P.D.) erläutert, daß dazu ordnungsmäßig keine Möglichkeit sei (!), das könne nur der Vorstand von sich aus tun. Im Übrigen habe der Vorstand ganz richtig gehandelt. Ausgerufen Rößl, der von den Kommunen bewegt zur Räumung der Tribünen drängte und einzelne denunzierte, nimmt moralisch Empfehlung über die Tribünenbesucher, um dann dem Vorstand ebenfalls ein Vertrauensvotum auszutragen. Er forderte — weil er die schwache Haltung der S.P.D. erkannte — den Vorstand dazu auf, von sich aus die Tribünen zu öffnen. Sein Vorschlag konnte darüber nicht leben!

Der sozialdemokratische Vorsitzer Döllnisch lehnt dies fettig ab und sieht etwas von „Aurieren“ die, in einer wüsten Art und Weise gemacht werden sollen. Dabei vergißt er, daß seine eigenen Parteiknechte dies erst bewußt provoziert haben.

Nach einer nochmaligen kurzen Unterbrechung, bei der die S.P.D. insdeondere Döllnisch, auf ihrem Standpunkt — aus Prinzipielle gegen die Arbeit! Motto: Der Dank des Vaterlandes ist euch gewiß — verharren, erklärt die kommunistische Fraktion, eine Tötung unter Ausschluß der Oeffentlichkeit unter freiem Umhänget mitzumachen.

Lendel (Aufwarter) beantragt Abbruch der Sitzung

Ein Manöver der S.P.D.

Rößl beantragt die Abwicklung der Erarbeitung und Errichtung der rechtlichen Lageordnung unter Ausschluß der Öffentlichkeit!

Bei der Abstimmung wird der Votrag Lendel mit Mithaben angenommen und damit gegen Mitternacht die öffentliche Sitzung abgebrochen.

doreus Metallwaren, Haushaltungsartikel und Bekleidung gekauft. Der Kriminalpolizei gelang es nunmehr, durch ungewöhnliche Erkundungen den Täter in einem 20 Jahre alten Schmiedegesellen Kurt Schlegel von hier zu ermitteln und festzunehmen. Es konnte bisher zu 15 derartigen Einbrüchen überführt werden, die er auch wahrgegeben hat. Das umfangreiche Diebesgut hatte er in seiner Wohnung und in einer Fuge auf der Rückseite versteckt. Weiter gelang es der Kriminalpolizei den dreifachen Einbrecher festzunehmen, der, wie berichtet, am vergangenen Dienstag zwischen 10 bis 12 Uhr auf der Sonnenstraße von der Straße aus durch das offene Fenster in die Erdgeschosswohnung eines Kaufmanns eindringt und Kopfüber Tüden und Schmutzbachen kauft. Es handelt sich in diesem Falle um den bereits wegen gleicher Straftaten vorbestraften Hausdienst Paul Bernhardt von hier.

Der Geißelgelddieb in Schrebergärtchen. Von einem sogenannten Geißelgeld dieb beim Heimgeluk werden gegenwärtig die Garantenkolonien der südl. und westl. gelegenen Vororte Dresdens. Der Dieb tritt in farben Zeithunden bald hier und dort auf und übt sein lächerliches Gewerbe nach einer bestimmten Arbeitsmethode aus. Er kreist durchweg über die Räume von einem Garten zum anderen, nimmt das erreichte Handwerkzeug, insdeondere Stemmen, holen, Boile in Sägen mit und sucht sich eine Laube heraus, wo er glaubt, daß ein Einbruch in die lohnt. Danach erbricht er den Gehalt und läßt die schunglos alles ab, was ihm in die Hand fällt, in der Hauptfläche aber Süßigkeiten und Zäpfchen. Auf die Weise erbeutet er fettig in der Kolonie an der Adelburgstraße im Vorstadt Treptow ungefähr 15 verschiedene Sachen herunter 3 Rosländer. Um Totsot kann man verdreifachend handwerkzeug vor, das er aus einem anderen Abteil entzogen hatte. In einem Halle steht er auch ein Milchfass aus Aluminium mit brauner Gläserfassung und Tragarmen. In einigen Tagen wurde der dreifache Dieb bei einem verdeckten Einbruch von einem Gartendieb überrollt, doch gelang ihm, zu entkommen.

Die „Stula“ in Dresden. Am 21. und 22. Juni soll die Studiengemeinde für Automobiltechnik (Sitz Berlin-Gesundbrunnen) in Dresden ihre vierte Hauptversammlung abhalten. Die öffentliche Tagung findet am 21. Juni, mormittags 10.30 Uhr im Konzertsaal des Ausstellungspalastes, Lenbachstraße 3 statt. Es sprechen u. a. Prof. Dr. O. Höhne, über „Geopolitik und Akteure beim Ausbau des deutschen Hauptstraßennetzes“, und Prof. Dr. Hirsh, Berlin, über „Finanzierungsprobleme des Deutschlands Verkehr“.

Tödlicher Unfall

Rönigstein. Am Donnerstag abend wurde bei Rönigstein wohnhafter Arbeiter Otto Regel beim Radfahren auf der Görlitzer Straße von einem Pkwauto überfahren. Die Verletzungen waren so schwer, daß er auf dem Transport nach Rönigstein starb. Er war im Radfahren noch nicht sicher.

Brände

Sanda. Am Donnerstag mormittag brannte das Wohnhaus, Stollstraße und die Scheune des Wittenhoferstr. 100. Die Brandfläche ist noch nicht festgestellt.

Niederbörnbach. Am Donnerstag früh brannte das Wohngebäude Bühlert im Niederbörnbach gehörige Wohnhaus bis auf die Grundmauern nieder. Die Ursache des Brandes ist unbekannt.

ALLER GUTEN DINGE SIND DREI:



Zum 1. Deutschen Arbeiter-Sängerbundesfest in Hannover

16. bis 18. Juni 1928

Vom 16. bis 18. Juni wird in Hannover das 1. Bundesfest des "Deutschen Arbeiter-Sängerbundes" (DAS) stattfinden, zu dem nach Angabe der vom Bundesvorstand herausgegebenen Propagandabücher etwa 40.000 Arbeiterländer aus allen Teilen Deutschlands ihre Mitwirkung angelegt haben. Ein breit angelegtes Fest, dessen organisatorische Durchführung allein schon eine beachtliche Leistung ist, kann nur den einen und haben, der breitesten Öffentlichkeit zu zeigen, was das Ziel des DAS ist und inwiefern die Mitgliedlichkeit des DAS dieses Ziel bereits erreicht hat.

Da der DAS eine Arbeiterorganisation ist, die sogar tatsächlich nur organisierte Arbeiter aufnimmt, so sollte man erwarten, daß das Programm des 1. Arbeiter-Sängerbundestages vor allem zeigen würde, in welcher Hinsicht sich die Arbeiter-Sängerbewegung von der bürgerlichen Sängerbewegung unterscheidet, und zwar kann es hierbei natürlich nicht genügen, daß eben in der bürgerlichen Sängerbewegung Bürger singen, während in der Arbeiter-Sängerbewegung Arbeiter singen. Man sollte vielmehr erwarten, daß sich das Ziel der Arbeiterländer grundsätzlich von dem der bürgerlichen Sänger unterscheidet, da die organisatorische Trennung der gesamten Sängerbewegung sonst sinnlos sein würde. Wir müssen also erwarten, daß das Ziel der Arbeiter-Sängerbewegung in irgendeiner Weise mit den Zielen der gesamten Arbeiterbewegung, d. h. mit dem Ziele des Sozialismus in Zusammenhang steht und dadurch nicht nur von dem rein gesellschaftlichen Vergnügungsziel der bürgerlichen Liebhaberländer, sondern auch von dem kulturellen Ziel der ersten bürgerlichen Chorvereinigungen grundsätzlich abweicht.

Wie sieht das Programm des 1. Deutschen Arbeiter-Sängerbundestages nun tatsächlich aus? Das Programm ist laut Propagandabücher Nr. 2 in folgende Gruppen eingeteilt:

1. Acht Spikenkonzerte mit Orchester,
2. ungesäuberte Saalkonzerte ohne Orchester,
3. Blaskonzerte und
4. ein Massenkonzert im Stadion.

Daneben figura als "Sonderveranstaltung" eine Aufführung der sozialistischen Kantaten "Arbeiter-Auferstehung" und "Erlöse Welt".

Schon die Tatsache, daß man die Aufführung der sozialistischen Kantaten mit Orchester nicht in die Gruppe der Spikenkonzerte aufgenommen hat, beweist, daß es sich hier nur um eine Konzession an unbehagliche proletarische Arbeiterländer handelt, denen man auf diese Weise den Mund vollstophfen hofft, ohne doch durch das "Sonderkonzert" den bürgerlich-kulturellen Charakter des ganzen Festes wesentlich zu stören. Zum Überfluß wird aber dieses Sonderkonzert in Nr. 2 der Propagandabücher auch noch mit folgenden Satz angekündigt:

"Ein interessantes Experiment (!) ist auch die Aufführung zweier neuer Kantaten, die Probleme der Arbeiterschaft behandeln."

Wer die Aufführung von Kantaten, die Probleme der Arbeiterschaft behandeln, lediglich als ein "interessantes Experiment" wertet, der beweist damit, wie vollauf fern ihm unsere Anliegen liegen, daß die Förderung einer die Probleme der Arbeiterschaft behandelnden Kunst die zentrale Aufgabe der Arbeiter-Sängerbewegung sein müsse. Und so sind auch die an den Sängern abzählbaren proletarischen Chorwerke, die innerhalb des umgehenden umfangreichen Programms der Saalkonzerte, der Blaskonzerte und des Massenkonzerts vorgesehen sind, lediglich als schwache Konzessionen zu bewerten, die der aus bürgerlichen Ausleihen zusammengelebt, trotzdem aber aus Veranlassung der Bundesleitung faktisch völlig selbstständig handelnde Mußtauschafft den noch proletarisch eingestellten Arbeiterländern glaubte machen zu müssen. Und die außerordentlich Karo Herzerhebung dieser wenigen proletarischen Chorwerke in allen für die Arbeiterschaft bestimmten Propagandakonzerten ist ein klarer demagogisches Manöver zur Herstellung der Scheinfreiheit über den wahren Charakter des Programms.

Zweitens kann jetzt der Sängerkonvent Hamburg, die das DAS'ige Programm bestreitet und nach der Solinger Volksbühne mit ihren Konzerten bezeichnet war, nach der Solinger Volksbühne mit einem Programm "Arbeit, Kamerad und Freiheit" und der Gau-Sinfonie mit Kinderabend in der Gruppe Saalkonzerte auf. Statt des Schändenkonvents im Solingen, aber bringt in der Abteilung Schiedsgericht zwei die Internationale in der Beurteilung der Sängern, aber dann den Einleitungsschlag "Das ist nicht mehr kulturpolitisches Neutralität", sondern "Kunst im Dienste der religiösen Propaganda". Und mag das Plaut noch so wertvoll sein, um so härter wird die religiöse Propagandawirkung sein, die seine Kantaten ausüben. Und selbst, wenn man aus künstlerischen Gründen auch einem Arbeiter-Sängerbundestag mit gefestigt freidemokratischen Anschauungen die Verpflichtung mit bürgerlichen Kantaten gefallen wollte, so gehören doch solche Werke unter keinen Umständen auf das 1. Deutsche Arbeiter-Sängerbundestagsfest. Denn hier sollte gezeigt werden, wie sich die Arbeiter-Sängerbewegung von der bürgerlichen Sängerbewegung unterscheidet, und nicht, daß sie sich völlig im Schleppzug der bürgerlichen und religiösen Kunst befindet. Man wollte ancheinend gerade der breitesten Öffentlichkeit beweisen, daß die deutschen Arbeiterländer bei der dauernden Beschäftigung mit bürgerlicher und religiöser Kunst den letzten Rest von proletarischer Empfindung eingebracht haben und deshalb sogar stets darauf sind, mit der Aufführung geistlicher Werke ihrer eigenen freidemokratischen Aussage in ihrem Interesse "Kunst" ins Gesicht zu schlagen.

Von Beethoven, der bestimmt zeitlich ein Revolutionär war (wenn auch selbstverständlich der Zeit entsprechend ein bürgerlicher Revolutionär mit zwar lichenfeindlichen, aber nicht gerade religiösen Ansichten), von Beethoven, der die 9. Symphonie geschrieben hat mit ihrem Hymnus an die Verbündung aller Menschen durch die Freude, von diesem uns so nahestehenden Beethoven bringt das 1. Deutsche Arbeiter-Sängerbundestagsfest als Spikenkonzert ausgetragen die "Missa Solemnis", ein Werk, das Beethoven unter der Einwirkung eines äußerst lebhaften Lebensumstände und unter Einwirkung einer längeren Laubheit in völliger Vergeistung über seine hoffnunglose Vereinigung zur Zeit vor seinem Tod schrieb und das daher ganz im Gegensatz zu allen früheren Werken des revolutionären Meisters von mollisch-religiösem Charakter ist und auch fiktivlich feineswegs etwas als Meisterwerk allgemein erkannt wird.

Wir stehen keineswegs auf dem Standpunkt, daß alle Kantatoten grundsätzlich aus den Programmen der Arbeiter-Sängerbewegung ausgeschlossen werden müßten. Aber auf einer Demonstration des DAS haben ausgeprochene religiöse Propagandawerke nichts zu suchen. Und wenn man schon Spikenkonzerte nicht ausschließen möchte, so hätte man die

Arbeiterschach

Bearbeitet vom Deutschen Arbeiter-Schachbund, Sitz Chemnitz, Zwischenstraße 152, Volkshaus

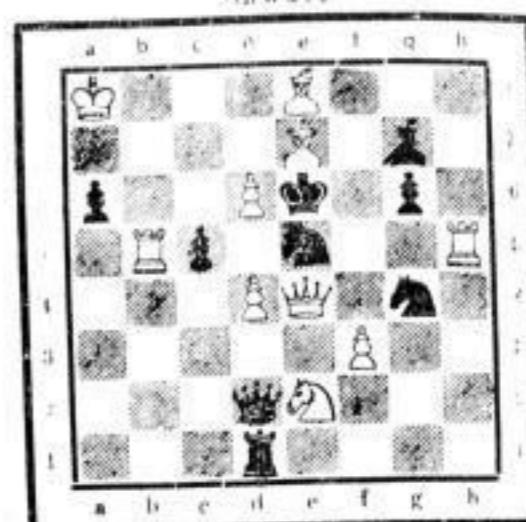
Dresden, den 15. Juni

Ausgabe 55 und Partie 12.

Rich. Büdner, Erdmannsdorf.

Dresdner Volkszeitung, Mai 1926, Nr. 292.

Schwarz



Weiß

Matt in 2 Zügen!

Das "Schweizer Gambit"

Aus der Wingenfeldischen "Deutschen Arbeiter-Schachzeitung" vom Jahre 1912 bringen wir folgende höchst ungewöhnliche Partie, welche am 16. Oktober 1912 im Gewerkschaftshaus in Stuttgart gespielt wurde.

Weiß: H. Martin. Schwarz: K. Kaiser.

1. f2-f4 f7-f5
2. e2-e4 f5x e4
3. Sb1-c3 Sg8-f6
4. g2-g4 d7-d5
5. g4-g5 e7-e6!

Das "Montenegriner Gambit". Schwarz opfert ein Rook und "stiehlt" dafür zwei "Hammer" (oder auch - Rammel).

6. g5x f6

Besser ist es wohl, wenn Weiß nicht so willig auf die Taktik der Schwarzen Berge eingeht und entweder 6. d2-d3 oder Sg1-h3 zieht.

6. Dd1-h5+ e7x f6

Auch jetzt wäre Figuren-Entwicklung gesünder als -Verwicklung!

7. Dh5-h4 g7-g6

8. Dh5-h4 Lf8-e7

9. Sg1-e2 f6-f5

Diese Stellung ist den schönsten arabischen Rappen seit

10. Dh4-h6 Le7-h4+

11. Se2-g3 Dd8-e7

12. b2-b3 d5-d4

13. Sc3-e2 d4-d3

14. Se2-d4

Vorausichtiger wäre Sc3 gewesen, denn der Bauerzug e2-e3 ist gleichbedeutend mit Selbstdrosselung.

14. ... h4-f6

15. e2-e3 Sb8-a6

16. Lc1-h2 Le8-d7

17. c5-c4! Durchbruchsvorstoß des Generals Bourbaki! Wenn ob -c5, so Sxh3! Aber Schwarz denkt: "Komm nur - der Radk!"

17. Lh2-h4 Th8-f8

18. b5-b4 0-0-0

Um den Turm ist auch ein wenig in Bewegung zu bringen.

19. Sb4x b5 Sab6x b4

20. Ta1-b1 Lf6xd4

21. Lc2x b4 cb-c5

22. Lb4-a3 Ld7-n4

23. h2-h4 e4-e3

Weiß gibt auf, denn es droht Matt durch e3x d2+ nebst

De7-e5#.

(Anmerkungen von K. Kaiser)

18. Lh2-e5

19. b5-b4

Um den Turm ist auch ein wenig in Bewegung zu bringen.

19. Sb4x b5 Sab6x b4

20. Ta1-b1 Lf6xd4

21. Lc2x b4 cb-c5

22. Lb4-a3 Ld7-n4

23. h2-h4 e4-e3

Weiß gibt auf, denn es droht Matt durch e3x d2+ nebst

De7-e5#.

Lösung zur Aufgabe von Szameit aus der vorletzten Nummer.

1. Te6-e4!

Ein schmuckes Hineinziehungsopfer im einfachen Drückspiel. Feldverlust, Linienöffnung, Hinlenkung und Weizlenkung zieren dieses schöne Stück.

Aufgabe 53 haben die Genossen A. Sachse, E. Leudke, M. Gallo, J. Fleischer, R. Wieland und P. Jahr (Dresden) richtig gelöst.

Schachnachrichten

Belegschaftseröffnung. In der am 10. Juni stattgefundenen Sitzung des 6. Kreises wurde Gen. R. Augustin, Großröhrsdorf

Kreis 148 als Bundesjugdleiter gewählt. In der Frage Kreis- und Belegschaftsermittlung drang der Wunsch der Mehrheit

durch, dieselben, wie in anderen Jahren auszuwählen. Statutarisch wurden noch andere wichtige kommende Ereignisse in Erwägung gezogen, so daß ein gleichmäßiger Rhythmus im 6. Kreis vorhersehen wird.

Belegschaftsergebnisse: Robenau-Heidenau 5½:4½.

Dr. Heide 1-Meilen 1:5, Dr. Heide 2-Wehlen 2:7½:2½.

Meilen 1-Rabenau 6½:3½, Freital 1-Dr. Heide 1:5½ (kein Hänge) und Freital 2-Dr. Heide 2:0:10. Radsch. Kamptal

am 21. Juni in Riesa, Meilen 2-Riesa, und in Heidenau (Gastplätzenrestaurant) Heidenau-Freiberg. — Dresden-Auswahl

mannschaft des 5. Bezirks endete in der A. mit 8:2, in der B. 8½:1½ und in der C-Mannschaft 2:1 für Dresden. Gesam

Ergebnis 18¾:4½.

Wettbewerbswertung 1928. Resultate der A-Klasse:

Friedrichstadt-Leuben 1:4 (1. Hänge), Witten-Neustadt 2:7

Striesen-Johannstadt 4½:4½, Briesel-Ödön 6½:1 und

Altstadt-Kaditz 4:6 (Endergebnis). — In der B-Klasse gewint

Katz 1 gegen Trachenberge mit 6:3 sowie Kampfbogen

Gießen und jetzt führt dadurch an die Spitze. — Am Sonntag bei

Geisen 26. Juni, früh 9 Uhr, wird im Kristallpalast Schäfersche. Die

letzte Runde gespielt; es spielen dabei alle Mannschaften.

Montag den 18. Juni, 20 Uhr, wird im Weittinckhof der

Blickmeister ausgespielt. — Vorträge finden am 20. Juni im

Reit-Palast, Peterstraße 1, und am 21. Juni im Görtsch

Garten, Görtscher Straße, statt.

Pirna. Am 19. Juni findet im Reit-Waldpark ein Vortr

über allgemeine Großfingertotheorie statt.

Heidenau. Im Heim des Stadiions werden Alternations

partien am 21. Juni gespielt. Ueberrall sind Gäste willkommen.

Übungen und Anfragen an Gen. Ritter, Heidestr. 1, Heidestr.

Heide. — Siehe Tafel — zu finden. Auch Tanzabzeichen al

der Ritter — zu finden.

Bogewiese.

Heidenau. Der alte Rummel kann beginnen. Von überall

her sind die Feieranten geistig; die Buden stehen fit und fest

da. Für Belustigungen aller Art ist wie immer gesorgt. Reiten

den Pusschaufen, Karussells ist auch diesmal wieder die

bahn — siehe Tafel — zu finden. Auch Tanzabzeichen al

der Ritter — zu finden.

SLUB

„August Bebel vor die Pistole fordern“

Aus der Geschichte des Niederganges der deutschen Sozialdemokratie / Wie die Revisionisten die Partei von innen her vergisteten / Die Zerstörer der Einheit der Arbeiterbewegung am Werk

Wir haben in den letzten Tagen mehrfach der Arbeiterschaft Vorgänge in Erinnerung gebracht, die für die Geschichte der proletarischen Bewegung Deutschland von unauslöschlicher Bedeutung waren: den Kampf, den die Sozialdemokratie damals noch eine revolutionäre, marxistische Partei, unter August Bebels Führung auf dem Dresdner Parteitag im Jahre 1903 gegen die revisionistischen Elemente und ihre Tendenzen zur Verbürgerlichung der sozialistischen Bewegung führen musste.

Heute ist die Saat, die die Revisionisten seit Jahrzehnten jüten, aufgegangen. Die Sozialdemokratie hörte lange unter der Einwirkung der revisionistischen Begrüßung auf eine Klassenpartei des Proletariats zu sein, und schwante voll und ganz in die Reihen der bürgerlichen Parteien ein. So muß es für jeden Arbeiter von ungeheurer Bedeutung sein, den Kampf, den heute die Erbin der revolutionären Traditionen der Partei August Bebels, die K.P.D., gegen die Nachfahren jener Revisionisten, die Führer der heutigen SPD, auskämpft, an dem damaligen Ringen Bebels und der Mehrheit der Sozialdemokratie um die unverfälschten Grundsätze der Partei zu messen.

Der Rückblick auf die Vergangenheit der deutschen Arbeiterbewegung, in der gerade der Dresdner Parteitag einen besonderen Gipelpunkt darstellt, ist um so notwendiger in einem Zeitpunkt, da die SPD-Führer im Begriff stehen, ihre bisherige verräderische Politik durch den Pakt der Großen Koalition mit der Bourgeoisie öffentlich zu tragen und damit aufneue das Andenken jener Partei zu schänden, die einst die Hauptpartei des deutschen Proletariats darstellte und deren Namen die Hermann Müller und Sering, Stampfer und Wels in ihrer ehrlichen für ihre bürgerliche und arbeiterfeindliche Koalitionspolitik in Anspruch nehmen.

Der Dresdner Parteitag der SPD stand unmittelbar nach dem großartigen Wahlkampf statt, den die Partei nach dem Zollkampf des Jahres 1902 bei den Reichstagswahlen zu erringen vermodete. Ein Stimmenzuwachs von über 900 000 oder etwa 13,7 Prozent war erzielt worden. Die Abstimmung hatte statt 58 Abgeordnete nunmehr 81. In dieser Situation meldete sich Eduard Bernstein, der Theoretiker des Revisionismus, mit einem Vorschlag zum Wort, der nicht als solcher, als vielmehr wegen der sich daraus ergebenden Konsequenzen bedeutungsvoll war. Der Erfolg der Wahl müsse kein, so erklärte Bernstein, daß die Partei den Posten des ersten Vizepräsidenten im Reichstag besetze, auch wenn damit der übliche Besuch bei Hofe für den betreffenden Sozialdemokraten verbunden sei. Hierin liege ein starker Machterweiterung der Partei, ein strategischer „realpolitischer“ Schritt vorwärts auf dem Wege zum Ziel.

Bernsteins Vorschlag, der keiner ganzen Theorie der allmählichen schrittweisen Entwicklung zur Macht an Stelle der marxistisch-revolutionären Theorie entsprang, löste in der Sozialdemokratie einen Sturm der Entrückung aus. Dieses tatsächliche Problem bildete die Hauptfrage des Parteitages, an der der Gegenzug zwischen der revolutionären Klassenpolitik, die damals noch die Politik der Partei war, und der revisionistischen, verbürgerlichen Entartung des rechten Flügels, in voller grundjähiger Schärfe zur Ausprägung gelangte.

Die weitere Frage war die Mitarbeit von Sozialdemokraten an bürgerlichen Organen, wie Hardens „Zukunft“, wobei es sich hauptsächlich um die Mitarbeit extremen Revisionisten, wie Heinrich und Lily Braun, Wolfgang Heine, den ehemaligen Pastor Götz, den damaligen Sozialdemokraten Georg Bernhard, heutigen Chefredakteur der Volksblätter Zeitung, und einige andere handelte. Auch in dieser Frage rollten sich die grundlegenden Gegensätze zwischen den Revisionisten und der Partei auf, so dass sieben bis acht Abstimmungspunkte, zu dem der Parteitag diese Frage mache, zu scharfen prinzipiellen Auseinandersetzungen kam.

Wie diese Vorgänge sich bei den Revisionisten spiegelten, in welcher feindlichen Verbissenheit und welchem abgrundtiefen Hass die gräßigen Väter der heutigen SPD-Politik schon damals gegen die revolutionäre proletarische Klassenpolitik antampften, das schildert in mehr als lehrreicher Klarheit die Lebensbeschreibung Lily Brauns, die bekannten „Memoiren einer Sozialistin“. Lily Braun stammte aus einer aristokratischen Familie, war die Tochter eines Generals und schloß sich auf dem Umweg über die bürgerliche Frauenbewegung der Sozialdemokratie an. Sie heiratete in zweiter Ehe den Schriftsteller Heinrich Braun, einen der führenden Revisionisten der Partei wurde. Sie selbst gehörte auch zum extremeren Flügel der Revisionisten, führte einen ununterbrochenen Kampf in äußerster Gehässigkeit gegen Genossen Clara Zetkin, die in ihren Memoiren unter dem Namen „Wanda Ordin“ vielfach unflätig geschmäht wird. Am Dresdner Parteitag nahm sie wegen der Entkrönung ihres Kindes nicht teil. Sie lebt gütig in ihrem Buch folgenden charakteristischen Ausdruck: „Und wenn die ganze Partei darüber zugrunde ginge, — ich bleibe hier.“

Neukirch aufschlüssigend sind Lily Brauns Darlegungen über die Taktik der Revisionisten. Sie selbst vertrat einen schamlosen und draufgängerischen Standpunkt, wünschte, daß die Revisionen nicht vor dem Bruch mit der Partei zurücktreten sollten. Die Revisionisten aber betrieben eine andere, schlätere und gewölktere Taktik. Sie gaben scheinbar klein bei, stellten momentan die Prügel ein, um nur in der Partei bleiben und sie lang-

sam mit dem Gift ihrer bürgerlichen Tendenzen zerlegen und eröbern zu können. Diese zerstörende Taktik, deren schließlich Erfolg der Buntkampf der SPD am 4. August 1914, die Verschlagung der deutschen Arbeiterbewegung und die heutige verräderische SPD-Politik werden sollten, spiegelt sich scharf in Lily Brauns Memoiren, die deshalb heute für die deutsche Arbeiterklasse, zumal für die SPD-Arbeiter außerst lehrreich sind.

In den Abläufen dieses Buches die wir nachfolgend zum Abschluß bringen, lernt der sozialdemokratische Arbeiter die Anfänge des Niederganges der ehemals revolutionären Partei des

deutschen Proletariats kennen, sieht er die Zerstörer der Einheit der deutschen Arbeiterbewegung am Werke. In der weiteren Entwicklung schwanden die SPD-Führer immer mehr in die Front des Sozialimperialismus ein, statt dem Imperialismus revolutionär zu begegnen.

Die Kenntnis dieser vergangenen Dinge werden es jedem klassenbewußten Arbeiter in der SPD erleichtern, heute den Weg zu jener Partei zu finden, die allein die guten revolutionären Traditionen der Sozialdemokratie aus ihrer Glanzzeit verkörpert und fortführt: der Kommunistischen Partei Deutschlands.

Peter.

Der Dresdner Parteitag und die Revisionisten

Aus Lily Brauns „Memoiren einer Sozialistin“

Lily Braun schreibt: „In einem kurzen Brief, den ich von Heinrich über den Parteitag erhielt, hieß es: ... Die Lage der Dinge ist unbeschreiblich. Die eingeholste Luft in diesem halbdunklen Saal scheint gefüllt mit Sprengstoff. Das gewogene Dickebeinansetzen erholt die Reizarbeit ... Bebel ist selbst für Freunde, die ihn beruhigen wollen, unnahbar. Er hat sich stundenlang in sein Hotel zurückgezogen und hat den Ausdruck eines Rachegeistes, wenn er wieder erscheint. Warum? Niemand weiß es. Er soll sich während der Wahlkämpfe überstrengt haben, lagen die einen; die Erbhaber, die ein beträchtliches Eigentum ihnen hinterließen, und das, was an Projekten mit den Verwandten dieses Offiziers darum und daran hängt, soll ihn aufregen, meinen die anderen. Jedenfalls kommt mehr denn je alles auf seine Haltung an, und sein Benehmen mir gegenüber läuft wenig Gutes hoffen. Leiderwohl! Ich erinnere mich, als ich sieben Jahre später wieder in die Parteitagsberichte kam, daß Bebel, von so kleinlicher Empfindlichkeit, sein Bebel, der große Bebel, von so kleinlicher Empfindlichkeit, als er vergleichende Nebenähnlichkeiten als unantastbare Künftigkeit empfand? Und im vorjährigen Jahre, während des Zollkampfes, hatte der kleine Redakteur sich gegen die Obstruktionspolitik der Sozialdemokraten ausgesprochen. War das nicht ein gutes Recht? Sollte er jetzt mit seiner Überzeugung hinter diesen Männern halten, wenn er allen seinen Mitarbeitern die volle Meinungsfreiheit gewährte?“

Seltsam, wie fühlt, fast gleichgültig ich dieser Möglichkeit gegenüber mich.

Gegen Abend überflog ich zerstreut den neuen Parteitagsbericht. Es ist Bebels Rede sing an mich zu hören. Er schüttete die Sünden jener Wochenzeit auf, für die wir fünf Angeklagten geschriften hatten. Vor genau zehn Jahren hatte deren Herausgeber ihn als „rote Primadonna“ verurteilt. Ich staunte: sollte Bebel, der große Bebel, von so kleinlicher Empfindlichkeit sein, daß er vergleichende Nebenähnlichkeiten als unantastbare Künftigkeit empfand? Und im vorjährigen Jahre, während des Zollkampfes, hatte der kleine Redakteur sich gegen die Obstruktionspolitik der Sozialdemokraten ausgesprochen. War das nicht ein gutes Recht? Sollte er jetzt mit seiner Überzeugung hinter diesen Männern halten, wenn er allen seinen Mitarbeitern die volle Meinungsfreiheit gewährte?“

Ich las weiter. Ich rieb mit den Augen. — vielleicht war ich es jetzt, die sieherte. — der Kopf sing an, mir zu dienen. Ich las noch einmal. Aber ich irrte mich nicht. Hier stand es, ganz deutlich und noch unbestritten durch den „für mich“-Beispiel“, mit dem es begrüßt worden war: „Es gibt unter uns Morodene, die ein solches Blatt unterstützen.“ „Elemente, die moralisch fest gesunken sind“ — „ Ihnen gebührt nichts anderes, als ein kräftiges Blatt.“

Griff mir nicht eine rohe Faust an die Kehle —, traten die Augen nicht schon aus ihren Höhlen? Und der Boden unter mir, auf dem ich stand, schwante er nicht? — Meine Familie, meine Freunde, meine Existenz — alles hatte ich der Partei gesetzt, — und jetzt kam dieser Mann und beschimpfte mich weil ich ein paar literarische Kritiken in ein Blatt geschrieben hatte, das ihm nicht passte! Er, dieser Ritter der Freiheit, hatte den traurigen Mut, mich vor der ganzen Welt für erblos zu erklären? Ich sprang vom Stuhl — vergaß mein französisches Kind, — und ließ ins Nebenzimmer. Dort in der alten Truhe lag sie noch, — meines Vaters Pistole. Wenn ich ein Mann wäre! Meine Hand klammte sich um ihren Griff, mein Körper suchte den Hahn. Wenn mein Vater noch lebte! Vor ihre Mündung würde er den Räuber meiner Ehre fordern!

„Mama,“ rief es von nebenan. Ich rutschte mit der Hand über meine heiße Stirn und warf mit einem spöttischen Achselzucken über die romantische Anwendung, die ich eben gehabt hatte, die alte Pistole in die Truhe zurück.

Inzwischen war die Abstimmung über die Erklärung des Parteivorstandes zur Frage der Mitarbeit von Genossen an bürgerlichen Presseabteilungen vor sich gegangen. Mit überwältigender Mehrheit war sie zur Annahme gelangt. Ich lachte unwillig laut auf. So orthodox war bisher nicht einmal die Kirche gewesen! Sie war viel zu tug zu tun; sie benutzte jedes Tribüne, wenn es galt, auch nur eine Seele zu gewinnen.

Nicht darauf kommt es an, wo Parteigenossen schreiben, sondern was sie schreiben. Je mehr sie mit ihrer Überzeugung und ihrer Persönlichkeit den uns noch feindlich Gesinnten eindringen, desto besser ist es für unsere Sache, denn wir sind keine Sekte, die sich in ihrem Gottesdienst in ihrer Kapelle versammeln, sondern eine Bewegung, die der ganzen Menschheit dienen und die Welt erobern will.

Das wäre eine unerhörte sozialistische Grundsäule würdige Erklärung gewesen! Niemand beantragte sie. Nur vierundzwanzig — unter ihnen mein Mann Götz, Vollmar — hielten den Vorkundesbeschluss abgelehnt.

Und nun stand der zweite Streitpunkt: die Taktik der Partei, die Vizepräsidentenfrage, auf der Tagesordnung.

Bebel reagierte. Nach allem Vorhergegangen erwartete ich eine wütende Philippika. Aber das, was er sagte, übertroff jede Erwartung. War das der kleine Bebel, der in Hammor soslug und einsichtig gewesen war?

„Wie und zu seiner Zeit waren wir in der Partei uneinig als jetzt!“; das erklärte er, nachdem wir eben gänzlich den größten politischen Sieg erfochten hatten! „So geht es nicht weiter, — jetzt müssen wir endlich reinen Tisch machen!“ und: „Wer nicht variert, der steigt hinaus!“ Was das noch die Sprache des Führers einer demokratischen Partei, oder nicht vielmehr die eines Diktator? Er sprach von den Revisionisten als den Leuten, die mit der Bourgeoisie liebgängeln, und verlangte, daß man sie öffentlich denunzieren müsse, damit die Genossen sich vor ihnen fürchten könnten. Er erklärte auf der einen Seite, um einen Gewerkschaftsbeitrag zu füllen zu bringen, daß es für die Fraktion viel zu schwierig sei, ganze Gewerkschaftsverträge auszuarbeiten, und verzichtete auf der anderen, daß wenn die Partei heute zur Herrschaft im Staate käme, sie schon morgen wissen würde, was sie zu tun habe. Der heimliche Hass gegen die Akademiker, durch den er die Massen des Proletariats ungern reibbar mit sich verband, ohne zu fühlen, daß er dem ersten Grundzirkel des Sozialismus dadurch ins Gesicht schlug, durchdrückte seine Rede.

„Scheid euch die Akademiker dreimal an, ehe ihr ihnen Vertrauen schenkt!“ Stürmischer Weißfall stand daneben. Und doch waren es Akademiker gewesen, die dem Proletariat die Organisation, seiner Bewegung die Grundlage und das Ziel gegeben

hatten. Schließlich warnte er noch vor „dem anderen Teil der Revisionisten, den Proletarien in gehobenen Lebensstellungen“. Und niemand lachte ihm ins Gesicht — und niemand wies mit den Fingern auf die, die Beifall jauchzten: Gastwirte, Redakteure, Parteidame, lauter ehemalige Proletarier in gehobenen Lebensstellungen, — und ihn selbst, der ein wohlhabender Mann geworden war. Hielen denn heute lauter Schleier vor meinen Augen, war ich nur vorher blind gewesen?

Nach ihm sprach Vollmar. Er zeigte, wie die Partei seit Jahren angeholt der praktischen Forderungen des Tages einen Vorurteil nach dem anderen habe fallen lassen, wie zum erstenmal ihrer Bestand ihrer Taktik geworden sei, was kurz vorher als hochverräderliche Forderung gebrandmarkt worden war. Dann aber wandte er sich schilderisch gegen Bebel, der erste und der einzige, der es mit der Autorität seines Namens zu tun vermochte. „Ein ungewöhnliches Temperament schaute nicht nur auf Führerthronen, sondern auch auf denen der Partei,“ rief er aus. „In welchem Ton hat Bebel sich an die Partei gewandt?“ „Ich werde nicht dulden.“ „Ich werde den Kopf waschen.“ „Ich werde Abrechnung halten.“ „Ich, ich, ich — io hat der Vorsitzende Cromwell zum langen Parlament gesprochen.“

Ich atmete tief auf. Auch eine Befriedigung meiner Ehre war diese Anklage gewesen. Nur eins verstand ich nicht: er betonte die innere Einheit der Partei mit derselben Schärfe, wie Bebel sie gelegnet hatte. Wie konnte er nur? Waren alle die Amtsbrüder des Parteitages möglich gewesen, wenn eine innere Einheit bestanden hätte? Sie waren doch nichts anderes als Symptome der Zerrissenheit. Aber die Revisionisten schienen sich das Wort geben zu haben, Vollmars Ansicht nicht nur zu teilen, sondern zu unterstützen. Dasselben Männer, die händig und, wie mit Schien, mit Recht die und jene Programmforderungen der Sozialdemokratie kritisierten und einer Umänderung für bedürftig hielten, erklärten plötzlich, daß prinzipielle Gegenseite nicht vorhanden seien. War das Freiheit oder nur Schwäche? Schwäche, die in ihren Folgen viel gefährlicher ist als sie? Und ich befand mich plötzlich in Übereinstimmung mit einem der schärfsten Radikalen in der Partei. Das ist ja der Hammer des deutschen Revisionismus, daß er nie mit einem bestimmten Programm hervortrete! sagte Kaufka, nachdem er verlustig hatte, den auch keine Ansicht nach vorhandenen Gegenstand als zwischen der Zusammenbruchs- und der Evolutionstheorie zu kennzeichnen, „die einen erwarten die Befreiung von der sozialen Revolution, die anderen von der allmählichen Entwicklung.“

Mein Mann schrieb mir noch einmal: „Für die Partei wird diese traurige Tagung mit ihren zahllosen Hintergründen von Gemeinde, Klaß und Verhetzung schließlich noch zum guten Ende führen. Der Resolution des Parteivorstandes zur Frage der Taktik sind ihre schärfsten Spuren, auf denen wir gespielt werden sollten, genommen worden, und ihre einmütige Annahme schien danach gesichert, was den Frieden in der Partei wiederherstellen wird.“

Ich antwortete umgehend: „Ich verstehe Dich und die anderen nicht. Selbst wenn die Revolution ihrem Wort laut nach annehmbare wäre, so ist sie es ihrem Sinn nach nicht, und Euer Ja bedeutet keinen Frieden, sondern Unterwerfung. Ich bedaure, bei der Abstimmung nicht zugegen zu sein. Ich würde — und wenn ich die einzige bliebe — laut und deutlich Nein sagen.“

Als ich den Wortlaut der Resolution zu Geist bekam, wurde mir die Haltung der Revisionisten vollends unverständlich. Wie viele unter ihnen hatten dem Eintritt des Sozialdemokraten Millerand (des heutigen extremen Reaktionärs) in das französische Ministerium zugestimmt, hatten eine allmähliche Erweiterung der Regierungsgewalt (?) überall für möglich, ja für wahrscheinlich erklärt, und jetzt bewegten sie sich einer Resolution, in der es blieb: „Die Sozialdemokratie kann einen Anteil an der Regierungsgewalt innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft nicht erstreben. Wie viele vereiteln laut und leise die lediglich negierende Haltung der Partei gegenüber der Kolonialpolitik (?), und jetzt verpflichten sie sich selbst zum „neuerlichen Kampf“ gegen sie. Aber das dreihändig Ja sagten, traf mich immer noch nicht so tief, als daß Heinrich unter ihnen war.“

Zuweilen trafen wir mit unseren politischen Freunden zusammen — zufällig nur, denn die Revisionisten schienen sich nach Dresden noch mehr zu gehen, als vorher. Einmal fanden wir in einer ernsthaften Unterhaltung, und ich verurteilte unumwunden ihre Annahme der Dresdner Resolution.

„Mir ist es sogar tragisch,“ sagte ich, „als ob ihre Abstimmung nicht von einem gemeinsamen Ausdruck aus der Partei hätte begleitet werden müssen.“ Aber ich stieß auf allgemeinen Widerstand.

„Damit hätten die Radikalen erreicht, was sie wollten,“ rief der eine.

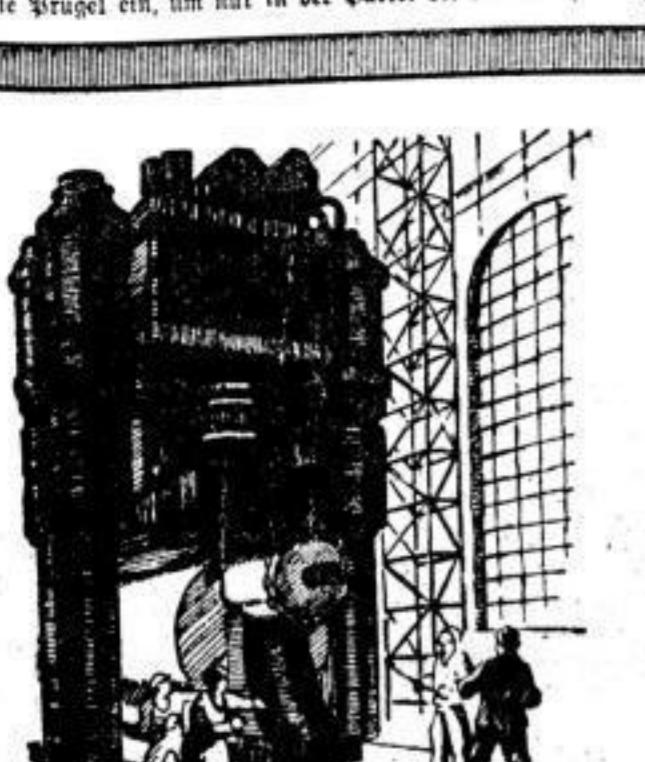
„Wege einiger Gegenstände in tatsächlichen Fragen werden wir doch die Partei nicht im Stiche lassen,“ sagte der andere. „Es wäre nichts als Fahnenschlacht,“ erklärte einer der Gewerkschafter.

„Und wir würden zurückbleiben, als Offiziere ohne Armee,“ meinte mein Mann. Ich ließ mich nicht überzeugen.

„Sie haben trotz allem Bekanntnis zum historischen Materialismus aus der Geschichte nicht allzuviel gelernt,“ entgegnete ich. „Noch immer ist die Entwicklung die gewesen, daß eine große Bewegung aus sich heraus neue Bewegungen erzeugt, deren Träger zunächst nichts sind als ein paar Vorläufer, als Offiziere ohne Armee. Und was nun gut die Gegenstände betrifft, so glauben Sie doch nicht ernsthaft an ihre Geringfügigkeit.“

„Nein,“ antwortete einer der anderen, „aber ich glaube, und habe nach unserer bisherigen Entwicklung ein Recht dazu, daß unsere Ideen sich im Proletariat (? Die Red.) von unten herausdrücken. Wir schließen Lohnarbeitsverträge mit den Unternehmen, und niemand zieht uns deshalb eines Bertuschens der Klassengesetze; wir arbeiten in den Gemeinden, in den Dörfern, und leider wagt uns deshalb wegen des Faktorens mit der bürgerlichen Gesellschaft anzufallen. Unsere Genossenschaften fangen an, wie unsere Gewerkschaften, zu einer einheitlichen Macht zu werden, und sein Radikalismus hat uns noch vorgehalten, daß das gegen die Zusammenbruchstheorie verstoßt und wir damit bis zum großen Kladderadatsch martern müssten.“

Ich schwieg. Der Mann der praktischen Arbeit mochte gegenüber meinen unklaren Theorien wohl recht haben.



Unsere Schwächen in der Gewerkschaftsarbeit

Aus dem Bericht des Genossen Polowits auf dem 4. Kongress der Roten Gewerkschafts-Internationale.

Wir wollen mit unseren Schwächen beginnen. Sie beginnen darin, daß sogar bei der Avantgarde, d. h. in den kommunistischen Parteien, noch immer in solchen Fragen Gewerkschaften bestehen, die meines Erachtens vollkommen klar sind.

Da ist z. B. die Frage der Zwangsmobilisierung. Kann es noch Anrecht darüber haben, daß wir категорisch gegen die Zwangsmobilisierung des kapitalistischen Staates Stellung nehmen müssen? Ancheinend nicht. Es gibt aber noch Mitglieder der RGI, die in dieser Hinsicht noch immer schwanken. Sie meinen, sobald der Schiedsspruch gefällt ist, dann ist es das Ende, um zu unterwerfen. Sie betrachten sogar die Zwangsmobilisierung als einen gemissen Segen. Das ist die erste, sehr ernste Schwäche.

Die zweite Schwäche und der zweite taktische und politische Fehler besteht darin, daß unsere Avantgarde jedesmal, wenn eine Massenbewegung beginnt, nicht genau weiß, wo sie ihre Energie entziehen muß. Während des letzten Konfliktes in der Metallindustrie entstand sogar eine ganze Theorie, die Aussage der revolutionären Arbeiter bestände darin, die reformistischen Führer zum Kampf zu zwingen. Das Jenseitorgan der RGI, Die Rote Fahne, proklamierte eine Volung, die durchaus so lautete: „Zwingt die reformistischen Führer, den Kampf zu übernehmen!“ Die übrigen Provinzzeitungen schrieben noch analogischer: „Die Arbeiter müssen die Reformisten mit allen Mitteln veranlassen, in den Kampf zu treten.“ Es steht im heraus, daß unsere Avantgarde, die flächendeckenden Teile der Arbeiterbewegung, anstatt die Arbeiter zum Kampf aufzufordern, ihnen sagt: „Ihr müßt die reformistischen Führer zwingen, die Streiks zu leiten, ihr müßt sie zwingen, sich an die Spitze der Streiks zu stellen. Sie sind die Führer eurer Bewegung und müssen die Streiks leiten.“ Und anstatt eigene Aktionen in die Wege zu leiten, nahmen wir die Illusion, daß die Sozialdemokraten und die Amsterdamer Streiks leiten können. Sie können es nicht, denn sie wollen nicht die Streiks leiten. Sie wollen zum Streik ein möglichst rasch Ende herstellen. Sie wollen die Bewegung möglichst rasch ihrer Führer berauben, denn ein Abkommen ist in allen Fällen gegen die Reformisten, die Nationalisten sind jetzt dem linken Flügel der Arbeiterbewegung dienlich. Wir aber weisen die Massen an die reformistischen

Führer, als ob man die anderen hätte den Kampf zu führen und als ob man alles im Gedankenvorwurf wär. Tatsächlich verfügt sich unsere taktische Linie. Dem Schein nach ist das ehrlich, im Wirklichkeit aber hat es nichts mit unserer taktischen Linie gemein, die darin besteht, daß wir bei jedem einzelnen Konflikt die Massen mobilisieren und sie in Bewegung bringen. Das bedeutet, daß wir den Arbeitern sagen müssen: „Wie ihr kämpft durch euren Kampf gegen die Reformisten und die Arbeitgeber etwas erreichen, dann ist es, wie mir zu leben scheint. Wenn wir aber anfangen, eine so isoliert eingesperrte Feste durchzuführen, wie ich keinen darlebe, dann verlieren wir uns selbst, wir verbreiten Illusionen. Das ist keine Strategie der Siege, sondern eine Strategie der Niederlage.“

Wenigen während desselben Konfliktes in der Metallindustrie geschehen noch andere, höchst interessante Dinge. Wenn besteht das Wesen der modernen revolutionären Feste? — doch besteht das Wesen der modernen revolutionären Feste? — doch darin, daß wir von den Forderungen aussehen, die die Arbeitgeber an meisten benötigen und ausführen, doch wie die Zahl des Konflikts erweiterter vorstehen, um erklären wir den Arbeitern, die in einer Lohnbewegung stehen oder für die Fortführung des Arbeitstages kämpfen, das sei nicht so wichtig, wir müssen möglichst alle unsere ganzen Forderungen auf einmal aufstellen. In wäre das vielleicht eine sehr revolutionäre Tat, doch ist und kreativ jedoch ein Schritt, der keiner Kritik standhält. In Deutschland wurde aber eine solche Feste durchgeführt. In Deutschland wurde aber eine solche Feste durchgeführt.

Gärtnerliches Finanzministerium

In der Wettbewerbshilfe des Haushaltswesens A des Saar Sonntags gelangt das Statistikamt Finanzministerium mit Berichtigung. Der Verfasser hat kein Recht, um die Ansprüche der Regierung Auskunft, was neueren habe, um die Ansprüche des Landesberichts bezüglich der Verwaltung im Finanzministerium durchzuführen. Vorher kontrahiert die Zusammenfassung der drei Abteilungen des Finanzministeriums zu zwei Abteilungen. Keiner fordert der Verfasser keinen Auskunft, aber die in der Presse enthaltenen Mitteilungen bezüglich der Auskunft der Gelehrten über die Auskünfte in Sachen und Themen. Die Entlastung einzelner Beamter als Vertreter der Regierung in Aufsichtsräten und öffentlichen Unternehmen gibt zur Identität eines Amtes. Der Landtag muß auch unterscheiden werden über den Stand der letzten Anleihe Finanzminister Dr. Weber anmerkt, daß das Finanzministerium eine Denkschrift über die Bereinigung der Verwaltung im Finanzministerium ausgearbeitet habe; die Denkschrift ist jedoch nicht vorgelegt worden, da erst die vom Reich geplante Vereinheitlichung der Landesverwaltungen abgewartet werden müsse. Die Bekanntmachungen über die Verhandlungen zwischen Sachsen und Thüringen entsprechen bezüglich der Steuererleichterung nicht der Wahrheit. Die Beamten erhalten für ihre Teilnahme an Aufsichtsräten u. s. v. einen Betrag, der nicht über ein Drittel ihres Gehaltes hinausgeht. Die letzte Anleihe steht augenblicklich leicht tiefer im Kurs. Nachdem ein Föderalist nochmals die Höhe des Bevölkerungsstandes hinaus erhöht über den Rahmen der Bevölkerungsordnung hinweg, in Folge ihrer Tätigkeit in Aufsichtsräten u. s. v. festgestellt hat, wird das Kapitel gegen die Stimmen der Kommunisten genehmigt.

Neuerungen in der Postbestellung. Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost hält eine Tagung ab, bei der Beratungen über verschiedene Neuerungen im Postverkehr stattfinden. Unter den Beratungsgesprächen nahm die Vorlage über die Einführung einer Kleinabfindung eine bevorzugte Stellung ein. Beschlusser wurde die Zulassung eines Briefpäckchens bis zu einem Gewicht von 1 Kilogramm, das in größeren Abmessungen als das bisherige Päckchen befördert werden soll. Ferner wurde — als neuer Sendungsgegenstand — die Schaffung eines mit der Postkarte zu bezeichnenden Paketkastens im Gewicht bis zu 2 Kilogramm und mit den Abmessungen von 30:20:10 Zentimeter gegen eine Einheitsgebühr von 50 Pf. beschlossen. Die beiden Gebühren gelten für alle Entnahmen. Die Neuerung fand Anfang bei allen Beteiligten.

Korparteur-Konferenzen

Meissen. Montag den 25. Juni, 19 Uhr — Stadt Magdeburg. Wien. Mittwoch den 27. Juni, 19 Uhr — Polizeihaus. Freiberg. Dienstag den 29. Juni, 19.30 Uhr — Lokomotive-Jüting-Ebersbach. Sonntag den 1. Juli, 11 Uhr — Ebersbach — Stadt Leipzig. Dresden-Bautzen-Liebenau. Montag den 2. Juli, 19.30 Uhr — Hause-Lindenauplatz. Bautzen-Wilschendorf. Dienstag den 3. Juli, 19.30 Uhr — Sonne-Gew.-Haus. Freital. Mittwoch den 4. Juli 19.30 Uhr. ZfH — Ritterheim.

Zentrale Befreiungsmachungen

— Freital —

Die Malerarbeiten für den Neubau des 9-Familienwohnhauses an der Georgstraße und die Schlosserarbeiten für den Neubau des 12-Familienwohnhauses an der Genossenschaftsstraße sollen vergeben werden. Kostenvorläufe können im Stadtbauamt, Rathaus, Zimmer Nr. 10, entnommen und dort bis Dienstag, den 28. d. M., 12 Uhr wieder abgegeben werden.

Die Offnung der Angebote erfolgt zur angegebenen Zeit im Postamt etwaiger Bewerber und die Auskündigung nach den Feststellungen über die Vergabe von Leistungen und Lieferungen für die Stadt Freital.

Rat der Stadt Freital, am 15. Juni 1928.



Chabeso

des alkoholfreie, milchsaurhaltige
Volksgetränk für Sport und Telefon

Verlangt überall Chabeso

Möbel-Lager

Richard Weber, Laubegaster Ufer 28

Zigaretten / Zigaretten / Tabake
KURT LINDNER

Maternstr. 12, vis à vis d. Arbeitsamt

Alle Posten

Farben, Lacke, Pinsel

Kaufen Sie preiswert in der
Brüder-Drogerie, Dresden-A.
Große Brüdergasse 16

Herren- u. Damen-Frisier-Salon

Moritz Richter

Josephinenstraße 5

2 Mark Zähne

einschließlich Platte. Für sämtliche Facharbeiten zu mäßigen Preisen bei achtmonatiger Behandlung aus. Beratung kostenlose Telefonnummern nach Übereinkunft

Zahnpraxis Wünsch, Zschaditz
Niedersedlitz Straße 11
Vorschriften: Amt. Niedersedlitz Nr. 1000

Central - Drogerie

Niedersedlitz

Drogen, Farben, Seifen, Photohaus

Schnitt- und Wollwaren

Spez. Arbeiter-Garderobe

HEINRICH EBLEN

Heidenau-Süd, Pirnaer Straße 30

Photographisches Atelier

A. Rosenkranz
Heidenau-Süd

Nur Pirnaer Straße 2
an der Müglitzbrücke

Hermann Eppendorfer

Klotzsche, Königstraße 1, Tel. 227

Drogerie Rähnitz

Drogen / Farben / Chemikalien
Sämereien / Weine / Photoartikel

Bettledern-Reinigung mit elektr. Betrieb (hygienisch)

Marie Steiner

Meissen, Blossenweg 2

Schwarzes Ross

Offendorf-Okrilla

empfiehlt seine Lokalitäten, jeden Sonn-

tag eine Ballmusik

Berufs-Kleidung

Handelswaren
Mauerblätter
Mauerblätter
Gummibänder
Gummibänder

Berufsmäntel

blau, grün und weiß

Arbeitshosen

blau, grün und weiß

Ernst Klaar

Liliengasse 52

Telephoninennummer: 1000

Preise duften unten zu

Drogen, Farben, Lacke

E. Stephan

Dresden-Richterstr. 8b

Wilhelm Schubert

Zschachwitz

Buchhandlung

Papierwaren

Instrumentensaiten

Tabakwaren

Steppdecken

Ewald Kluge

Pirna, Landstraße 17

Curt Hille

Heidenau, Heinrichstr. 3

Holz, Kohlen und Brikette

Karl Schachitz

Heidenau

Güterbahnhofstraße 41

Fahrräder

Nähmaschinen

Sprechapparate

Schallmeierplatten

neueste Aufnahmen

Reparaturen

Fallenfest, Autoreifen

Das gute Döhlener Bier

Zum Freitag, dem 18. Juni 1928 berücksichtigt, planmäßig und unverzerrt nach längerem Herkunftsland unsere gute Biere, Großmutter, Schwester und Tochter.

Frau Auguste Selma Neumann
geb. Eifler

im Alter von 36 Jahren.

Die Beerdigung findet Montag, den 18. Juni, 19.30 Uhr, im Friedhof, Borsdorf, Ziff. 100, aus.

Familie Schubert u. Angehörige
Borsdorf bei Zittau Nr. 108

Ich bin wieder da mit der

Verlosungsbude

neben der Polizeiwache

Pa. Gummibälle und Revue-Puppen

gesetzl. gesch. dekorative Eimer

Wo gehen wir zur Vogelwiese hin? In altbekanntes

Bratwurst-Glöcklein

von EMIL LAUE

H. Thüringer Bratwurst und Würstchen

Gutgepflegte Biere Stimmungsmusik

Schützenplatz Heidenau

Großes lustiges Taufenteufelsrad!

Alles Jubelt, alles lacht,

Alles amüsiert sich!!

Kein kommt man rein, kann man vor Lachen schreien

Die angenehmste Vergnügungsfahrt

für jung und alt bietet

Müllers Riesen-Rad

Vogelwiese Heidenau

Meyer Bruno

Und das genügt

Im Plantenbow's Kippenhaus,

da ist 'ne Hasenjagd, o' Graus

Es sei besonders darauf hingewiesen

man kann gewinnen

denn es ist Preisstückchen

Das altebekannte Köhlers

Bratwurst-Glöcklein

steht neben der Auto-Bahn

Um jüngsten Zuspruch bitten

Gebrüder Köhler

<p

F

Günstige Einkaufsquellen für Arbeiter, Angestellte und Beamte in der Oberlausitz

LEUTERSDORF

Hugo Voos, Spiegelmüller
Brotbäckerei und Getreidemühle
63570

Lebensmittel / Delikatessen
Rohfleisch- und Wurstverkauf
Paul Müller, Elbt. C. 80
63571

Nieder-Kretscham emp. seine Lokalitäten
+ Fremdenzimmer Familie QUEISSE, C. 87.
63578

Milch- und Wurstwaren
A. Kretschmer, G. M. Nieder-Kretscham
63578

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
ALFRED HERFURTH
Ortsbld. D. 31b
63571

Colonial- und Grüngüterwaren
Rohlenhandlung
Julius Rohleder, Ortsbl. D. 31c
63578

Ofen- und Fleisengeschäft Max Haschke
Oberstaatsmeister, Hauptstraße 75c
63578

Spezial-Geschäft sämtl. Herrenartikel
Kraw. Salomo, Hauptstraße, Abt. C. 82
63578

Kraw. Niemeyer, Herren- und Damen-Frisur
werk, Robekopfseiden, Platz, Bahnhofshotel
63578

KIRSCHAU

Drogen, Photohandlung
Erich Wagner, Bastei
Str. 34a
63581

Lebensmittelhaus
Johann Meineke (Inh. R. Goldberg)
Bastei Straße 30C
63582

Milch, Grüngüterwaren, Lebensmittel
Reinholt Müller
63582

Gasthof „Erbgericht“
Koncert- und Ballaal
63582

Kauf bei den Inserenten der

Arbeiterstimme

HIRSCHFELDE

Ernst Halangk, Friedländer Str. 81a
Gasthof und Fleischerei
63581

C. A. Fressel & Sohn, Rosengr. 77, Webwaren
und Weberst., chemische Reinigung
63582

Milch- und Schweinefleischerei
Arthur Vollprecht
63582

Möbel- u. Polsterwaren / E. Fink
63582

Herren- und Damen-Frisier-Salon
Willy Nergler, Görlitzer Straße 37
63582

Gasthof „Zum Hirsch“
mit Fleischerei, Am Markt
63582

Rudi Neugebauer
Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
63582

ERICH WENDLER
Tabakwaren-Groß-
und Kleinverkauf
63582

Johannes Renzsch
Spirituosen / Weine / Liqueure
63581

GUSTAV BÜRGER
Textil- und Kolonialwaren
63581

Alwin Neumann
Gastwirtschaft und
Elektro-Installation
63581

Gustav Rönsch
Riemer u. Sattler
Lederwaren
63581

OLBERSDORF

Möbel kaufen Sie am billigsten
beim Selbstzerzeuger @
Gebr. Heidrich
63581

MARIENTHAL

Beereweinschänke
63512

B. Kurze Kohlenhandlung
63512

Adolf Scholze
Fleisch- und Wurstwaren
63513

Arthur Schwedler
Brot- und Weißbäckerei
63515

Martha verw. Hiltischer
Gasthof und Fleischerei
63517

Paul Glausch, Gasthaus
63514

FRISEUR BLAU

GÄBLER-
STRASSE 6
63515

InnFleisch- u. Wurstwaren sehr preiswert
Herr. Clemens, Breite Straße 19
Filiale A. d. Heimatstube
63522

Schokoladen und Lebensmittel
von GEORG KLEMMS, Wettinerstraße 1
63517

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
Dona 20 Minuten (Zuh. 10:00-20:00h)
Friedrichstraße 15
63517

Bäckerei, Konfiserie und Café
(geöffnet von 6-21 Uhr)
von Alfred Liebsch, Bahnhofstr. 22, Tel. 7428
63516

NEU SALZA-SPREMBERG

Herren-, Damen-, Kinderjeroben, Arbeits-
kleidung, Mandatikwaren / Karl Fleißiger,
Neusalza-Spremberg
63529

Lichtspielhaus Max Weinhold
Schützenstraße 68
63530

• Brot- und Weißbäckerei, Materialwaren
Herrn. Strehla, Zittener Straße 22
63531

Arno Bebold, Obermarkt 7, Uhren, Gold- &
Silberwaren, optische Waren, photographische
Artikel, Sprechmaschinen, Schallplatten
63531

LOBAU

ROBAUER LICHTSPIELE

Die vornehme Stätte für
Kunst und Unterhaltung
63535

Adolf Gocht, Bahnhofstraße
der Eigene Anlieferung in guter Weise erw.
63537

Restaurant „Merkur“
Inhaber Hans Melzer @ Spezial-
Ausschank Löbauer Bergbiere
63538

**Kauf im Löbauer Waren-Kredit-
Geschäft**, Inh. Bastei Straße 29
63538

Molkerei P. Friedrichs
Hobengasse 7
64050

Rob-Fleisch- u. Wurstwaren
Carl Kauschke, Töpferstr. 7
64051

Damen- und Herrenfriseur
Mag. Baulig, Schülertor 15
64055

Fleisch- und Wurstwaren
Joh. Günther, Moltkestr. 7
63535

Fahrräder, Nähmaschinen,
Sprechapparate
Schallplatten / Alle Reparaturen
Richard Weiß, Moltkestr. 13
63537

Ebenenmittel
Aug. Wolf, Schülertor 9
63538

Alfred Wolf
Schülertor 7
Uhren, Goldwaren
63539

Eisenwaren
Werkzeuge
Paul Seidler, Außere Lauenstr. 16
63540

Zigarren, Zigaretten
A. Winkler, Außere Lauenstr. 7
63541

Damen- und Kindertadelung
D. Hölzer, Kornstraße 7
63542

Billige Wäsche,
Kleider, Strumpfwaren
Walter Noebel, Reichesstraße 14
63542

Wäsche, Damen-, Herren- und Kinder-Konfektion
J. Sebastian, Steinstr. 12
63544

Zigarren, Zigaretten
Iabke in Rollen, Grub-, Mittel- u. einschält
Hermann Gerlich, Tuchmacherstraße 7
63545

GÖRLITZER SCHUHHAUS

A. JACOBSSON
REICHENSTR. 24 KAISERSTR. 22
63545

Fahrtradions Kührmann
Reparaturwerkstatt
Zöpferstraße 10
63548

BROT-, WEISS- UND
FEINBÄCKEREI
Oskar Volgt, Wendischer Graben 22
63547

Trinkt die erstklassigen Biere der
Bautzener Brauerei und Mälzerei A.-G.
63548

ZITTAU

Restaur. Tabak, Zigarren, Zigaretten
für Max Legemann, Leipziger Straße 6
63523

Restaur. Stadt Wien embt. Inn.
Gaststätte
Inh. Dr. Wulfmann, Schönauer Straße 4
63524

EW. Schmidt, Größen Str. 17, Kolonialwaren
Spezialgeschäft für Holzschuhe, Stiefel und
Pastorelli
63525

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei, Spezial-
Bäckerei, Nähmaschinen, Sprechapparate
Bahnholzstraße 4 und Lekarstr. 6
63526

PETHAU b. Zittau

Rud. Riemer Salz- Tabakwaren
Hauptstraße 6
63526

NEU SALZA-SPREMBERG

Material- und Grüngüterwaren
Reinhold Hille, Schülertor 4
63528

Karl Symank Fahräder und
Nähmaschinen
63529

Spit-, Woll-, Karr-, Schuh- und Galanterie-
waren / ERNST MARTIN, Bautzner Str. 1
63529

Milchgeschäft und Grüngüterwaren
Clara Bindermann, Obermarkt 12
63529

LOBAU

Karl Eisner
Konfektionshaus
Nicolestraße 8
63530

Paul Krebs, Rittergasse 5
@ H. Fleisch- und Wurstwaren
63531

P. Wilkering Nacht., Bahnhofstraße 21
Spirituosen-Haus- und Kolonialwaren von Holz
Artikel für Tee- u. Dekorat.
63530

Schuhhaus Reiner
am Arbeitsbeschaff. Reparaturen get. u. billig
63530

Roßschäftelei Löbau
Mühweg und Schulstraße
63530

BAUTZEN

Buchbinderei — Papierhandlung
Willi Gräbner, Edt. Stein- und Holzwaren
64058

Hüte, Mützen, Pelzwaren
C. E. Rinke
Reichenstraße 5
64054

Drogerie u. Photohandlung
Liebe, Mönch Nach.
Inhaber: Erich Winter, Kornmarkt 30
64067

Schuhgeschäft Mag. Behner
Schülertor 5
63546

Kolonialwaren, Spirituosen
C. F. Dietrich, Heringstraße 3
63546

KURT MAUER
Uhrmacher, Steinstr. 17
(neues Hotel Kreuz)
63545

Konfektionshaus Karl König
Kornstraße 6
63550

Kleiderstöcke und Konfektion
Paul Otte, Kornstraße 10
63551

Berufsgarderobe
H. Engler vorm. Joh. Marschner, Steinstraße 19
63557

Tabak- und Schreibwaren
M. und A. Zocher, Kornmarkt 16
63559

Ich diene dem Volke!
Meine Preise beweisen es stets!
Schleinitz, Hint. Reichenstraße 8
Lebensmittel, Margarine, Fettwaren
63562

NÄHMASCHINEN
SPEZIALGESCHÄFT
Clemens Jackel, Seminarstraße 5
63563

Lederhandlung W. CHRIST
Kreuzstraße 16
63564

Herrenkonfektion
Wäsche, Berufskleidung
Hugo Pachaly, Schülertor 1
63564

Fahrtradions Kührmann
Reparaturwerkstatt
Zöpferstraße 10
63548

BROT-, WEISS- UND
FEINBÄCKEREI
Oskar Volgt, Wendischer Graben 22
63547

Kalteeröserei u. Kolonialwaren
Georg Nitsche, Reichenstraße 8
63561

Ronfettions- und Wäschehaus
Müller, Kornstraße 6
63560

Herrenartikel-Spezialgeschäft
Hans Walther, Kornmarkt 5
63561

Fleisch- und Wurstwaren
R. Babowsky, Schülertor 4
63543

Qualitäts-Schuhwaren
auf eigener Fabrikation
Gebhard Mohr, am Steintor
63543

NEUGERSDORF

Hirsch-Lichtspiele
Seifhennersdorf
Neugersdorfer Lichtspiele
Inh. Waldemar Geiß, Hauptstraße
63543

Der Ameise Gewebe

aus der Oberlausitz.

Für Wahrheit und Recht! Den Schwachen zum Schutz! Den Mächtigen zum Erzug!

- eingetragenes freies Haus monatlich 2.50 M. Durch die Post bezogen 2.20 M. ohne Bezugsgeld. Verlag Dresden-Derlagsgesellschaft, Dresden-Lützschae 1. Güterbahnhofstraße Nr. 2. Herausgeber Dr. 17259. Reichsdruckerei Dresden-Nr. 18690

Sonnabendausgabe der Arbeiterstimme
★ für die Oberlausitz ★

- eingetragenes freies Haus monatlich 2.50 M. Durch die Post bezogen 2.20 M. Reichsdruckerei Dresden-Nr. 17259. Die Arbeiterstimme erscheint zweimalig. Im Falle höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Überleitung der Zeitung oder Abtretung des Bezugspreises

4 Jahrgang

Bittau den 16. Juni 1928

Nummer 139

Hindenburg-Appell für die SPD

Um die Amnestie

Genosse Hölllein stellt die SPD

Bei Eröffnung der gesetzlichen Reichstagsitzung liegt auf dem Platz des aus dem Untersuchungshof befreiten Genossen Kippenberger ein Strauß roter Rosen. Auf dem ersten Punkt der Tagesordnung steht die Amnestiefrage. Unter großer Spannung des Hauses eröffnete Genosse Hölllein den Reigen der Sprecher. Er wird dabei ebenfalls durch Beifallsbezeugungen seiner Fraktionsgenossen, wie durch blöde Zwischenrufe der Sozialdemokraten unterbrochen. Auch der unbefangene Triebwagenfahrer muß feststellen, daß diese Herrschaften die erneute Anstrengung ihres Amnestievertrages ebenso unangenehm ist, wie die Zwangslage, in der sie sich durch die Neufassung des kommunistischen Amnestieantrages befinden. Besonders getroffen scheint es hierbei wiederum der Verfasser der (Weiland) „Sünden der SPD“ zu fühlen. Aber der überlegene Spott des ehemaligen Klassenkämpfers Hölllein und die ökenden Zurufe aus den kommunistischen Reihen lassen ihn ohnselig verstummen.

Genosse Hölllein:

Der Klassencharakter dieser Republik, dessen Reichskanzler jetzt jetzt Hermann Müller bestreiten will, wird gekennzeichnet durch die Tatsache, daß die Tagungen des Reichstags häufig widerhallen von dem Schrei Hundert und aber Hunderte Proletarier nach Amnestie. Ohne das traurige Verhalten der SPD bei der Schluttagung des letzten Reichstages hätten wir es nicht nötig gehabt, auch diese Tagung mit derartiger Härte zu bestrafen. (Aha! Crispin mit Ewerling!) Herr Abgeordneter Crispin, gegen Ihnen heißt kann ich nicht auskommen. (Große Hellekeit!) Ich strecke die Waffen. (Erneute Hellekeit.)

Es wäre möglich gewesen, eine allgemeine Amnestie in Deutschland herzustellen, ohne die Verfolgung der Mordverbrechen der Schwarzen Reichswehr usw., in Zukunft zu verhindern. Ohne die Haltung der SPD wäre auch hier immer eine Mehrheit von 2/3 zu stande gekommen. Die Sozialdemokraten haben damals und besonders im Wahlkampf das feierliche Versprechen gegeben, daß sofort nach Zusammentritt des neuen Reichstages eine Amnestie durchgesetzt werden sollte.

Wir Kommunisten stellen die Amnestieforderung als Abschaffung auf. Zur Erreichung dieses Ziels — darüber sind wir uns klar — ist der außenparlamentarische Druck der Arbeiterschaft notwendig, denn auch die Sozialdemokraten und die Bourgeoisie weichen müssen. Wer, wie gewisse Sozialdemokraten, den Mut und die Ehre hat, zu behaupten, daß die Kommunisten nichts getan hätten, um die Opfer der Klassenjustiz zu beseitigen, beweist, daß er im Falle der Bourgeoisie herzlich die Tatsachen zu verdrehen gewünscht. (Aha! Zuruf Crispin: Ihr habt keinen Mut, zu euren Toten zu stehen.) Herr Abgeordneter Crispin, reden Sie nicht von Mut, der Kohlentester ist doch bisher Ihr bestes Beispiel gewesen. (Sehr gut bei den Kommunisten)

Die Sozialdemokratie hat mit der Gelundheit mit dem Seelenleben der proletarischen Gefangenen unehrt Schindluder getrieben. Sollte wenn sie jetzt ihr Versprechen einhält, bleibt der Vorwurf bestehen, daß über 300 Proletarier weitere drei Monate hinter Kerkermauern haben schmachten müssen. (Sehr wahr bei den Kommunisten.) Welt die Sozialdemokratie behauptete, nur einer Amnestie unter Ausschluß der Kriminellen zustimmen zu können, darum haben wir unseren neuen Antrag unter Ausschluß der Kriminellen usw. formuliert. Wir haben die Aufnahme des sogenannten Radikalismus in unsern Amnestieantrag unterlassen, nicht, weil uns diese Zulassung gleichgültig sind sondern, um der politischen Amnestie nicht unlösbarbare Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Wir werden im Ausschluß auch diesbezügliche weitere Anträge unterbreiten.

Man kann uns nicht irgendwelcher Sympathien mit den Kriminellen beschuldigen. (Zuruf Crispin: Mit Ewerling!) Bitte, fragen Sie ihren Parteigenossen, der Innenminister werden soll. Wir werden die Amnestie nicht zum zweiten Male durch ein hinterhältiges Verhalten der sozialdemokratischen Fraktion verschlagen lassen. Wir fordern, daß der Rechtsausschuss sofort seine Sitzungen aufnimmt, um die Opfer der Klassenjustiz keinen Tag länger schmachten zu lassen. Das ist eine grundjährige Forderung aller ehrlichen deutschen, sowohl sozialdemokratischen, wie kommunistischen und unparteiischen Arbeitern. Der Schrei: Heraus mit den politischen Gefangenen! wird Ihnen dergesten in die Ohren fallen, daß Ihnen dabei das Trommelfel platzt soll. Der Ruf: Heraus mit den proletarischen Gefangenen, wird zu einem Orton anstecken, der Sie mit Ihrer herrlichen Republik zum Teufel jagen wird, — und dann werden wir die Richter klein! (Sturmischer Beifall und Handklatschen bei den Komm.)

Hierauf begründen Ewerling (Deutschland) und Fried (Nazi) ihre Amnestieanträge, wobei sie die vaterländischen Verdienste der Kriminellen hervorheben. Echterer bricht bei dieser Gelegenheit auch eine ehrbietige Parole für den nachverurteilten politischen Verbrecher Wilhelm der Türmer, während Fried den

Sozialdemokraten abermals ihre Mischung an den schlesischen Hememorden ins Gedächtnis ruft.

Landsberg (SPD) polemisiert aus taktischen Gründen hauptsächlich gegen Ewerling und seine Hememordhüllinge. Der Nazi Stroher erhält hierbei wegen des mehrfachen Zusatzes: „Judenlümmel“ mehrere Ordnungsstrafe. Redner erklärt, die SPD habe den letzten Amnestieantrag hauptsächlich deshalb zu Fall gebracht weil nicht nur die Hememörder, sondern auch die Mörder von Garels und Erzberger Straftreue erhalten

sollten. Mord und Toischlag müssen von der Amnestie ausgenommen werden. Redner ist für Überweisung der Anträge an den Rechtsausschuss.

In einer persönlichen Bemerkung nagelt Genosse Hölllein eine bewußte Unwahrheit Landsbergs fest. Der Wortlaut des jetzigerzeitigen Kompromißantrages Rosenthal-Hölllein-Ewerling ließ ausdrücklich eine Verfolgung der Erzberger-Mörder usw. zu. Genosse Stroeder beantragt, daß der Rechtsausschuss bereits morgen sich mit den Anträgen beschäftigen solle. Präsident Löbe macht darauf aufmerksam, daß dazu notwendig die sofortige Nominierung der Ausschusmitglieder durch die Parteien erforderlich sei. Die Anträge werden darauf dem Rechtsausschuss überwiesen.

Hindenburg lädt die Parteien

Die Wirtschaftspartei koalitionsbereit

Berlin, 16. Juni. (Eig. Drahtbericht)

Gestern fand eine Sitzung der Wirtschaftspartei und Volkspartei statt. Letztere erklärt sich zur Teilnahme an der Koalition einverstanden. Letztere hingegen brachte zum Ausdruck, daß sie auf dem Standpunkt der Regierungsbildung in Preußen bestehen bleibe. Der Vormärz macht jetzt den Rückzug und läuft ganz klar erkennen, daß die SPD-Führer sich der Volkspartei fügen wollen. Der Vormärz schreibt, daß man selbstverständlich auf der anderen Seite daran festhalten muß, wonach sich andere Parteien in die preußische Angelegenheit nicht einzuwirken haben. Wie sich Preußen die Regierung gestaltet, so ist das ihre Sache und wie haben abzuwarten, zu welcher Entscheidung es gelangt. Mit solcher Roktausführpolitik glaubt der Vormärz seine Peiner tieflich zu können.

Hindenburg hat die Parteien zu einer nochmaligen Aussprache über programmatische Fragen geladen, um so auf sie einen Druck ausüben zu können.

Große Koalition in Preußen

Die SPD erachtet um eine Gnadenfrist

Berlin, 15. Juni. (Eig. Drahtbericht)

Stresemann hatte heute vormittag auch eine Unterredung mit dem preußischen Staatssekretär Dr. Weizmann. Weizmann soll zwar wiederholt haben, daß es die preußische Staatsregierung ablehne, auf sich irgendwelchen Druck ausüben zu lassen. Allerdings habe er aber klar ausgesprochen, daß der Ministerpräsident Braun die Kabinettsumbildung spätestens im Frühjahr

bestimmt durchführen werde. In diesem Sinne werden die Vorbände der Landtagsfraktion die Verhandlungen über die Umgestaltung der preußischen Regierung vornehmen und die neue preußische Regierung wird sich dann dem Landtag bereits bei seinem Wiederzulammtritt am 2. Oktober vorstellen. Auf diese Weise hat die Volkspartei auch erreicht, daß sie, die preußischen Kommunalwahlen, die Ende Oktober stattfinden, nicht mehr unter der Parole „hier Bürgeramt — hier Sozialdemokrat“ abspielen, sondern unter der Parole der Großen Koalition.

In parlamentarischen Kreisen herrscht nach wie vor eine optimistische Auffassung von der Weiterentwicklung“ d. h. die Wünsche des Zentrums und nun auch der Volkspartei sind nun fast restlos von den Sozialdemokraten erfüllt.

Um das Arbeitsministerium

Die christlichen Gewerkschaften verlangen Verantwortung der SPD

TU. Köln, 15. Juni.

Das Bezirkssparteil der christlichen Gewerkschaften lud gestern an Stegerwald, der mit an den neuen Regierungsvorhandlungen beteiligt ist, ein Telegramm und besetzte, daß die Aufforderung der Sozialdemokraten Brauns, daß das Arbeitsministerium wieder übernommen, von ihnen mit Protest entgegengenommen wird. Die Sozialdemokraten versuchten sich von der Verantwortung im Arbeitsministerium zu drücken. Die christlichen Gewerkschaften werden den härtesten Widerstand erheben, wenn ihnen die Sozialdemokraten die Verantwortung für das Arbeitsministerium überlassen.

Wie die „Scholzianer“ erzogen werden“

Der Stahlhelmflügel der Deutschen Volkspartei hat die Koalitionsverhandlungen um einen, vielleicht einige Tage verzögert. Aber, wie eine SPD-Zeitung ganz richtig schreibt, „die Scholzianer werden erzogen werden“. Sie haben uns einen Tag geraubt, und sie werden uns die Regierungsbildung nicht vertreten“. Es ist Tatsache, daß der Tagesschreiber des Schnapsbrechers Selbie die volksparteilichen Abgeordneten seiner Couleur zum „Widerstand bis aufs äußerste“ anstachelte, daß der Stahlhelmführer Dr. Compe, zugleich Fraktionsvorsitzender der preußischen Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei, sogar alle seine „Ametter“ unterlegte und im letzten Augenblick mit Stahl, Kuhlenkamp und den anderen, die nicht ganz so unvorsichtig waren, die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei dadurch zwang, trotz bereits abgeschlossener Verhandlungen in der Bremerfrage intranständig zu sein. Die Lösung der Schwierigkeit wird vermutlich so erfolgen, daß, wenn die von Hermann Müller angerufene Vermittlung Stresemanns nicht ausreicht, „ein Appell des Retters“, ein Appell Hindenburgs der Deutschen-Volkspartei-Fraktion das Ablib vor den Männer Seldtes verschaffen wird.

Dieser großartige Sieg — noch nicht einmal der ist errungen — wird der SPD erst so recht die Hoffnung für die endgültige Bildung ihrer glorreichen „Linke“-Regierung geben. Morgen schon, oder in späterer Zeit, wird die gesamte sozialdemokratische Presse ihren herrlichen Sieg über die finsternen Mächte der Reaktion entsprechend ausposaunen, wie gesagt, wenn ihr auch „dieser Sieg“, die „Erziehung der Scholzianer“, gegönnt wird. Nicht einmal das ist sicher.

Sicher aber ist, daß durch das Stahlhelmintermesse die ungeheure Tatsache der vollständigen Kapitulation der Sozialdemokratie vor allen Forderungen der Bürgerblock-Faktionen nur sehr unzureichend lebt für die blinden SPD-Anhänger verdeutlicht werden wird. Tatsache ist, daß alle Verhandlungen bereits auf der Grundlage der Kapitulation der SPD vor der Schulverfassungs-Forderung des Zentrums, der For-

derung auf Erweiterung der Preußen-Koalition, der Forderung auf die völlige Unantastbarkeit der Reichswehr und des Panzerkreuzerbauens, der Forderung „Hilfe für Landwirtschaft und Mittelstand“, d. h. neuer Korruptionssummen an großbürgerliche und großagrarische Schichten, wie sie die Volkspartei stellte, abgeschlossen waren und daß auch auf dieser und auf keiner anderen Grundlage die Regierung gebildet werden wird. Das ist der wahre Hintergrund des frechen Siegeschwindsels über die „Erziehung der Scholzianer“.

Diese von uns seit Tagen festgenagelten Tatsachen bestätigen jetzt wörtlich einen Teil der sozialdemokratischen Presse, die den Zwischenfall der „Erziehung der Scholzianer“ zu einem impotenten und demagogischen Geraune gegen die Kapitulation ihrer Partei benutzt.

Die Leipziger Volkszeitung schreibt am 14. Juni: „Wenn schon die Sozialdemokratische Partei auf alle Forderungen, auf die geringste programmatische Forderung Verzicht leistete, damit haben die bürgerlichen Parteien noch lange nicht das gleiche getan...“ So weiter die Verhandlungen fortsetzen, desto bestimmter und klarer formulieren die Gegner die Forderungen, die sie der Sozialdemokratie für ein gemeinsames politisches Leben präsentieren... Für das Zentrum geht der Kampf um die Schule oben an, und wenn es die völlige Verflüchtigung der Schule durch die Kirche jetzt nicht restlos durchführen kann, so ist es auf jeden Fall entschlossen keinen freiheitlichen Ausbau der deutschen Schulgelehrte zugelassen. In den finanziellen und wirtschaftspolitischen Fragen stimmen die Wünsche des Zentrums und der Deutschen Volkspartei sehr weit überein. Die Deutsche Volkspartei stellt Forderungen, die für die Sozialdemokratische Partei einfach unannehmbar sind... Daher im Reichsjustizministerium jener Herr Joel Staatssekretär bleibt wohl der, der nicht zuletzt für die empörenden Auskünfte der deutschen Justiz in den letzten Jahren und für die

noch zu folgende Justizreaktion verantwortlich zu machen ist. Sein Blüden bedeutet also auf dem Gebiete der Justiz: es bleibt alles beim alten! Dann soll die Sozialdemokratie den Volksparteien zulassen, daß im neuen Reichstag keine Abstimmungen vorgenommen werden. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion soll künftig den Dreiviertel-Milliarden-Gesetzes des glorreichen Hauses fristlos bewilligen. Nicht genug damit. Die Sozialdemokratie soll den beschleunigten Bau des Panzerkreuzes ermöglichen, und damit natürlich auch den Bau der noch kommenden Panzerkreuzer. Und zu allerleicht kommt der Haupttriumph der Partei des Stahlhelmmannes Scholz: in Preußen muss die gleiche Regierung gebildet werden wie im Reich... Mit den aufgezählten Forderungen ist der Anspruch der Volkspartei noch nicht erfüllt, sie kommt mit besonderem Nachdruck, daß sie auch für die Reichswehr, für die Steuer- und Wirtschaftspolitik und für die Sozialpolitik Zusicherungen haben will."

Alles an dem, was die Leipziger Volkszeitung hier schreibt, ist nichts als die Wahrheit. Nur eines muß noch hinzugefügt werden: alles das „soll“ nicht bewilligt werden, alles das ist von der SPD bereits geschluss. Die Leipziger Volkszeitung weiß das so gut wie wir. Wenn sie schreibt, „durch den Gang der bisherigen Verhandlungen wird dem Vorwärts die Lehre erteilt, daß weder Persönlichkeiten noch ihre gute Wille, die aus den Klassengegnern sich ergebenden Interessengegenläufe in der Politik einfach beseitigen können“, so vergibt sie hinzu zu sagen, daß die sozialdemokratische „Führung“ der kommenden Koalitionregierung, die sie gestern noch verlangte, bereits alles getan hat, um zwar nicht „Klassengegnäufe zu beseitigen“, aber alle Forderungen der Bourgeoisie bedingungslos anzunehmen. Es ist darum nur ziemlich schulischer noch als der Verrat Hermann Müllers und Konsorten, wenn die L. P. ihrem Geständnis den Satz anfügt: „Für die Sozialdemokratie glaubt der Sozialistische Presse Dienst auszuspielen zu können, daß sie in den noch bevorstehenden Verhandlungen bis an die Grenze des für sie Möglichen gehen wird, aber darüber, daß es eine solche Grenze gibt — fügt er hinzu —, werden sich die anderen, für eine Regierungsbildung in Frage kommenden Partner höchstens im klaren sein.“ Aus dem ganzen Reich blieben die Parteigenossen in diesen Tagen mit der Erwartung nach Berlin, daß die Grenze von den führenden Genossen nicht für weiter gesehen werde als sie tatsächlich ist.

Das ist ein ebenso niederrächtiger wie ausichtsloser Versuch, die sozialdemokratischen Arbeiter über den tatsächlich bereits erfolgten Verrat des Parteivorstandes, wenn auch nur einen Tag lang, hinwegzutäuschen.

Was die Leipziger Volkszeitung preisgibt, wird unterstrichen und noch erweitert durch ein anderes „linies“ Blatt, die Breslauer Volkswoche. Sie schreibt: „Es muß deutlich ausgesprochen werden, daß es durch die ungeschickte (?) Taktik unserer leitenden Parteinstanzen nun willkürlich dahin gekommen ist, daß nicht entsprechend dem Wahlergebnis wir unsere Bedingungen stellen für die Bildung der Regierung und daß die Regierungsbildung unter dem Zeichen unserer Forderungen zu stande kommt, sondern daß umgekehrt die anderen... ihrerseits versuchen (sie „versuchen“ nicht nur), der Sozialdemokratie Vorchriften zu machen...“. Die Forderungen der Volkspartei sind für uns ganz unannehmbar. Dasselbe gilt für die Zentrumsforderungen. Das Zentrum hat unseren so überzeugt nach der Regierungsteilnahme drängenden Genossen einen niedlichen Ratschluß zuteil werden lassen... da sehen die Genossen, wie weit sie mit ihrer Methode gekommen sind.“ Die Breslauer Volkswoche befähigt sich dann noch besonders mit dem Verbleiben von Braun: „Nicht nur, daß die Arbeiterschaft nach den Erfahrungen des letzten Jahres das letzte Misstrauen gegen diesen Vater des Bürgerblöds und einer ganz sozialreaktionären Schlichtungspolitik empfindet, die Partei kommt dadurch auch in eine unmögliche Lage, da sie seit Jahren aus energisch gegen diesen Mann gekämpft hat. Hermann Müller hat denn auch seine Quittung vom Zentrum schon erhalten. Der „Deutsche“, das Blatt Stegerwalds, hält ihm das bereits vor... Nun, was will Hermann Müller darauf erwidern?“

So vernichtet ein Teil der SPD-Presse selbst den Schwund von der „Erziehung der Scholzianer“, so gelingt sie selbst die ungeheurelle Beträuferei ihrer Partei an den 9 Millionen Wählern ein. Das Echo in den Massen wird nicht ausbleiben. Die von uns wiedergegebenen Stimmen der sozialdemokratischen Zeitungen beweisen am besten, was in den Massen vor geht.

3000 Mark Geldstrafe gegen die Rote Fahne

wegen Beleidigung des Oberlandesrichters v. Epp

München, 15. Juni. (Eig. Druckbericht.)

Die heutigen Verhandlungen im Amtsgericht gegen die verantwortlichen Redakteurin Feindard Reich der Roten Fahne, wurde wegen Beleidigung und übler Nachrede das Urteil gefällt, und zwar steht jetzt 3000 Mark Geldstrafe oder 30 Tage Gefängnis. In der Urteilsbegründung wird betont, daß die Angeklagte den General von Epp als Arbeiterschlächter und Mörderbesie bezeichnete. Das wäre zweifellos eine schwere Beleidigung. Der General von Epp sei damals beauftragt gewesen, Bayern von den roten Banden zu befreien und Ordnung zu schaffen. Hinzu käme noch, daß der Artikel im Wahlkampf geschrieben sei, was verschärfend wirkte.

Geraus mit Max Hoelz?

Vor sieben Jahren wurde Hoelz durch das Ausnahmegericht zu lebenslanger Zuchthausstrafe verurteilt. Hoelz wurde nicht nur für seine Beteiligung am Aufstand des mitteldeutschen Proletariats abgeurteilt, er wurde auch beschuldigt, den Gutsbesitzer Heck erhöhen zu haben. Hoelz hat sich zu allen politischen Handlungen, die sich aus der revolutionären Aktion ergeben, bekannt, aber die Tötung des Heck aus entschieden bestritten. Obwohl ihm während der Hauptverhandlung begrüßte Zweifel an der Mordabschuldigung gegen Heck geäußert wurden, hat das Ausnahmegericht Max Hoelz wegen Totschlags verurteilt und auf dauernden Verlust der politischen Rechte erkannt. Max Hoelz hat diese Verurteilung wegen Totschlags als ein Fehler teil bestimmt. Am Herbst 1926 hat der reichste Hauptbelastungszeuge Arbeiterschule seine Freiheit ausgetauscht und gleichzeitig das Zeugnis der Witwe des Geistlichen von der Verteidigung als völlig unglaublich nachgewiesen. Der Oberstaatsanwalt in Halle, Dr. Luther, hat eine neue öffentliche Verhandlung über die standeshohen Borgänge bei der Verurteilung durch Abwägung des Krieche-Projektes zu verhindern versucht. Er wurde hierbei durch die Hallenser Richter gedopt.

Der Oberstaatsanwalt hat sich jetzt gezwungen geschen, die Berechtigung des Wiederaufnahmeantrages der Verteidigung an-

zuhören. Einige Organisationen Juristen erhielt. Aber es sind weiter noch nicht gegangen! Jeder Arbeiter muß es verstehen, seine Pflicht halten, in seiner Organisation darüber zu bringen, daß von ihr aus ein Vertreter zur ersten Sitzung des Komites erscheint wird, die am Donnerstag dem 21. Juni 1928, 19.30 Uhr, im Restaurant „Brandenburger Hof“, Berliner, Ecke Peterstraße, stattfindet. Auch aus den Betrieben müssen Vertreter kommen. Jeder klassenbewußte Betrieb soll must erscheinen!

Die Funktionäre der Roten Hilfe fordern wir auf, am Montag den 18. Juni, 19.30 Uhr, im „Brandenburger Hof“ zu sein, wo die Durchführung des Kampfes um die Amnestie bis ins einzelne besprochen werden wird. Mitgliedsbuch ist vorzulegen!

Genosse, Arbeiter! Wir haben eine schwere Aufgabe! Zeigt alle, daß sie zu Lösen vermögen! Vaht euch durch die Gewalt der Amnestieende nicht beitreten; keiner darf auf seinem Posten fehlen, denn es kommt auf jeden an!

Dresden, am 15. Juni 1928. Der Bezirksvorstand der Roten Hilfe Deutschlands, Bez. Sachsen

Zum Fall Körner

Eklärung zu dem Ausschluß Körner aus der Internationalen Arbeiterhilfe

Der Landesvorstand der Internationalen Arbeiterhilfe Sachsen hat auf Grund des Berichtes der Revisionskommission für Kreisital und im Zusammenhang mit den bei früheren Revisionen festgestellten Ergebnissen einstimmig beschlossen, Max Körner aus der Internationalen Arbeiterhilfe auszuschließen.

Max Körner hat durch unerantwortliche Übernahme von größeren Darlehen zu Lasten des Kinderheims und durch eine nach keiner Seite hin zu vertretende Schuldenwirtschaft sowie durch die dem LV verschwiegene Verpfändung des Heimes (die nach Bekanntwerden vom LV sofort aufgehoben wurde) den Staat der Ortsgruppe Kreisital und des Landesvorderländerheims auf das schwerste geschädigt. Trotz wiederholter Aufforderungen, die nach mehrmaligen Revisionen durch den Landesvorstand an ihn ergangen sind, hat er es unterlassen, eine ordnungsgemäße, den Betrieb des Heimes klar erkennende Buchführung durchzuführen. Der Landesvorstand würde dies für Unfähigkeit gehalten haben, wenn er nicht durch eingehende Belehrung und Verfragung Körner und bestimmte von Körner durch Unterschrift angetraute Vorschläge die Möglichkeit einer geordneten Kosten- und Buchführung gegeben hätte.

Hinzu kommt weiter, daß Körner wesentlich den Landesvorstand durch unwahre Angaben über den finanziellen Stand der Ortsgruppe und des Heimes auf das großblütige gestellt hat und noch in allerleichter Zeit bei einer der Revisionen erläuterte, keine Auskunft über die offensichtlichen Verpflichtungen geben zu können. Er hat es weiterhin unterlassen, durch eine genaue Eintragung der gelauften Waren, die Möglichkeit einer Berechnung von Einnahme und Ausgabe zu geben. Dabei wurde in der Heimfassade ein törichtlicher Fehlbetrag bis zum 22. Oktober 1927 von 182 Mark ohne den erzielten Verdiensttauschlag, der mit etwa 220 Mark angezeigt werden muß, festgestellt. In derselben Kasse wurde in der Zeit vom 22. Oktober bis 1. April ein weiterer Fehlbetrag von 60 Mark festgestellt. Infolge der von Körner nicht angelegten Warenbücher, die der Landesvorstand anfangt hat, konnte ein heute noch offensichtliches Konto von 115 Mark nicht aufgestellt werden. Obwohl der Landesvorstand angesichts dieser schweren Verschwendungen Körners Unterablagen nicht angenommen hat, muß er eine schwere Schädigung der Organisation in finanzieller und ideeller Art und ein an Betrag grenzendes Täuschungsmittel Körners der Ortsgruppe Kreisital wie auch dem Landesvorstand gegenüber feststellen.

Zu dieser Erklärung des Landesvorstandes wird uns weiter mitgeteilt, daß Körner bei den mehrfach fortgesetzten Revisionen reichlich Gelegenheit gehabt hat, sich zu rechtfertigen. Es auf der erweiterten Landesvorstandssitzung der RH im Februar d. J. auf der die Ortsgruppe Kreisital mit acht Vertretern anwesend war, verheimlichte er immer noch den wirtschaftlichen Stand des Kreisitaler Unternehmens und verschwieg offensichtliche Rechnungen. Die selbe Methode wandte er bei den nachfolgenden Revisionen an. Als ihm dies durch Herbeileitung von Kontoumsätzen unmöglich wurde, versuchte er die Schuld von sich abzuwälzen und andere Funktionäre zu belästigen. Körner hat heute weder bei der Partei noch bei dem Landesausschuß der FAJ Einpruch gegen seinen Ausschluß erhoben. Wir beginnen uns heute mit dieser Feststellung, sind aber in der Lage, mit der Veröffentlichung weiteren Materials Körner vor der Arbeiterschaft in das richtige Licht zu rücken.

Die Malmgreen-Gruppe der Nobile-Expedition gefunden?

Kopenhagen, 15. Juni. Nach einer bisher noch unbestätigten Meldung des Berichtersatzers der Zeitung Politiken, soll die von der „Hobby“ ausgeführte Hundeschlitten-Hilfsexpedition die ans drei Mann bestehende Malmgreen-Gruppe, die sich nach dem Schiffbruch der „Italia“ in südlicher Richtung in Marsch gesetzt hatte, gefunden haben.

Wie aus Kingsbay gemeldet wird, hat die „Citta di Milano“ einen Kontakt mit der Italia-Mannschaft gehabt. Da kein Anhaltspunkt etabliert wurde, daß er und die seines jüngsten Höhlten. Man weiß nicht, ob man daraus folgern darf, daß es ihm gelungen ist, so weit in die Nähe der Küste vorzudringen, daß er Hoffnung hat, das Land zu erreichen, oder ob Nobile damit nur entdacht will, daß er mit baldiger Hilfe rechnet. Seit der Strandung der „Italia“ hat Nobile die beiden anderen Gruppen nicht mehr gesehen. Die Sachverständigen berichten sich dahin aus, daß der Teil der Beladung des Frachtraums der mit der „Italia“ abgetrieben wurde, möglicherweise sehr weit nach Osten verschlagen worden ist und sich in der Gegend des König-Karl-XII-Landes befindet. Die Braganza hat am Donnerstag morgen auf der Fahrt nach Nordosten die Normandie passiert. Nördlich der Malfors-Gruppe hat das Schiff Karlsburg gefunden und macht jetzt den Berth, die Eisbergen zu durchbrechen. Der russische Eisbrecher steuert direkt auf Kap Emden zu. Kaiser Larsen hat gemeldet, daß er ein Hundeschlitten mit 2 Begleitern an Land gelegt habe. Sie sollen durch das Nordeiland vordringen und dort Petons auslegen.



Flugzeugabsturz
im Häusermeer
in Kopenhagen

Paul Dräger spricht die Bezirks-Parteiarbeiter-Konferenz abend in der

Gothaer Hof / Thema: Bericht vom ADGB-Kongress, der Gewerkschaftslongtreß des ADGB, unsere nächsten Gewerkschaftsmonat / Partei- und Verbandsbuch legitimiert

Phosgen stört sie nicht die Regierung

Dem kommunistischen Antragsteller im Landtag wird das Wort verboten — Es kommt in der Sitzung des Landtagsberichtes vom 14. Juni

Bohsbad — Die Kommunisten für die Zeit erinnern an die Kriegszeit

(Begründung des Landtagsberichtes vom 14. Juni)

Die Sitzung vom 14. Juni nahm nach der Ablehnung des Aufklärungsantrages mit der Beratung der kommunistischen und demokratischen Antragen wegen der

Phosgen-Vorlage in Sachsen

Ihren Fortgang. Der Redner der kommunistischen Fraktion, Gen. Schreiber, rechnet bei der Begründung der Anfrage mit den imperialistischen Rüstungsbelastungen ab, die in allen Teilen der Sowjetunion, einschließlich der Sozialdemokratie, ihre Verbündeten finden. Nur die Völkerempörung, die durch die Katastrophe in Homburg ausgelöst wurde, zwingt heute auchburgerliche Verbündete ja zu tun, als ob sie gegen die Kriegsmilitärs Stellung nehmen würden. Die Entwicklung aber bestätigt, daß alle Parteien, außer den Kommunisten, die Kriegszeitungen unterstützen. Das zeigt sich insbesondere bei den Reichswehrvorrüstungen, die auch mit Hilfe der Sozialdemokratie durchgeführt wird.

Dem kommunistischen Redner wird das Wort entzogen!

Bei diesem Teil der Ausführungen entzieht der deutsch-nationale Staatspräsident Dr. Göring dem Gen. Schreiber das Wort. Ein Regierungsvertreter gibt anschließend eine geradezu hohesdurchsetzte Antwort auf die Anfragen. Zugegeben wird, daß bei der Firma Hennig in Radebeul

7000 Kilogramm Phosgen

liegen. Die Regierung sei zweifelhaft, dennoch habe man nun mehr nach befriedende Schutzmaßnahmen getroffen. Die Regierung vermöge natürlich nicht zu sagen, was im Falle eines Krieges zum Schutz der Bevölkerung getan werden könne. Der Volkspartei König produziert sich in lächerlicher Rede auch als Verteidiger des Phosgenlagers der Firma Hennig. Er bestreitet, daß die Bevölkerung beunruhigt sei. Diese Haltung eines bürgerlichen Vertreters charakterisiert die Strupplosigkeit, wie die Gesellschaft bei Gefährdung von Menschenleben im Interesse des Profit's am Tag legt.

Elsterbad kein Volksbad.

Nunmehr folgt die Beratung des Kapitels „Elsterbad“. Es bestreitet der kommunistischen Fraktion begründet

Genoss Opis

eingehend nochmals die alten Auseinandersetzungen der Arbeiterschaft auf Umstellung des Soates als Volksbad. Die Denkschrift der Regierung zeigt die entgegengesetzte Tendenz, und es ist bestreitend, daß im Ausdruck die sozialdemokratischen Vertreter im Gegensatz zu den kommunistischen für diese Denkschrift stimmen. Die Kommunisten fordern weiterhin im Interesse des Personals die Erfüllung der dort beschäftigten Arbeiter zu Staatsarbeitern, weiter die Herabsetzung der Mieten in den Staatsbädern auf die der Altbauwerke. Gleichzeitig fordert die kommunistische Fraktion, die Ausführung zur Rechtlichkeit zu ziehen, durch deren unverantwortliche Arbeit ein Arbeiter beim Einbruch einer Hochquellenleitung tödlich verunglückt, und die Verletzung der Familie des Arbeiters auf Staatsarbeiten. Die Kommunisten wollen, daß die Erfüllung ihrer grundlegenden Forderungen im Interesse der Arbeiterschaft zumindest eine Brüderlichkeit Renditeabschluß ist; sondern noch viele nur im Zusammenhang mit dem Kampf um die Umgestaltung der Gesellschaftsordnung durchgesetzt werden kann. Zur Teilnahme an diesem Kampfe ruft die Kommunistische Partei die jüngste werktägliche Versammlung, insbesondere die Arbeiter des Elsterbades (Bronn) h. Komm.). In der Abstimmung werden alle kommunistischen Anträge abgelehnt. Gegen die Umstellung Elsters zum Volksbad stimmen alle Parteien außer Kommunisten und Sozialdemokratien. Die Sozialdemokratie stimmt mit dem Bürgerblod und den Nazis auch gegen den Mietpreisantrag für die Arbeiterschaft. Das Staatskapitel wird genehmigt.

Zum Kapitel Kunstwesen

hat die kommunistische Fraktion eine Unzahl wichtiger Anträge im Interesse der freien Künstlerkunft gestellt, die eingehend nom

Genoss Käglauer

bestanden werden. Die Kommunisten wenden sich gegen die Genehmigung von 50.000 RM Staatsaufbau für den Erneuerungsbau an der Dresdner Frauenkirche. Insbesondere über hinausgeht die neu geöffneten öffentlichen Räume der Frauenkirche, deren Verherrlichung an das Kultusministerium notwendig ist. Gleichzeitig fordert sie die Umgestaltung des inneren Turmhause der Akademie im Sinne der Fortschritte der letzten Künstlerkunft. Mitteilung der freien Künstlerkunft bei der Aufenthaltskunst und Umwandlung eines sozialistischen Kultes (der Oberbaudirektion) im Sinne dieser Fortschritte. In der Begründung wendet sich Genoss Käglauer gegen die Eigentums- und Korruptionspolitik des Guts des Beamten „Künftlers“; das die freien und auch die jüngsten bestreiten Künstler in unglaublicher Weise herausfordert. Die Beratungen im Ausdruck haben gezeigt, daß die unverantwortlichen Stellen der freien Künstlerkunft vollkommen fremd gegenüberstehen. Dafür sind die verfehlten Auflösungen bestimmter einflussreicher Deute herabstreichlich, die z.B. Entfernung über Ankündigungen vom „Schengenfeld“ ihrer Tächter abhängig machen. Eine solche „Unterzeichnung“ wird die Kunstspritze politisch der Bourgeoisie überhaupt. Wir sind der Meinung, daß der Künstler nicht für den kapitalistischen Kunstmarkt schaffen soll, sondern muß auch die sozialistische Hilfe in der Richtung der Unabhängigmachung vom Kunstmarkt und der Förderung des Talents und der Bildungsmöglichkeit lenken. Die Herrschaft der größtentheil begüterten Künstler muß deshalb gebrochen werden. In dieser Richtung bewegen sich auch die kommunistischen Anträge. Was in Bezug auf Förderung der Kunst, in bezug auf Nachförderung von Kunst und Volk von den Kommunisten vertreten wird, zeigt das Beispiel der Entwicklung der Kunst in der Sowjetunion. Die Entwicklung der Kunst hängt also aufs innigste zusammen mit der Gesellschaftsordnung. Die heutige Gesellschaft in Deutschland und in Sachsen hat weder Geld noch Verständnis für die entwiedlungsfähigen und forschtrichtlichen Künstler. Sie wird bestreitet von einem ekelhafteng spießigen Geist und wird geformt durch ein treffendes Wortspiel: Sachsen Kunstpolitik wird geführt von — „Müller und Schnitzel“ (Vobhauser Sehr richtig! b. d. Komm. und auf der Tribüne, die mit Künstlern besetzt ist).

In der Abstimmung wird zwar eine Erhöhung der Unterhaltungssumme für notleidende Künstler auf 65.000 RM beschlossen, alle kommunistischen Widerstandsangebote aber werden abgelehnt. Mit den Stimmen der „Demokraten“ und „Ulfstädtern“ wird die Summe von 10.000 RM für die Förderung der Volksbühnevereine abgelehnt. Nur Kommunisten und Sozialdemokratien stimmen dafür.

Beim Kapitel „Heil- und Pflegeanstalt“ war im Ausdruck ein Antrag angenommen worden, der die Streichung der acht Stellen für Geistige vor sieht. Außerdem steht ein kommunistischer Antrag auf Bewilligung von 300.000 RM zur Errichtung einer Heil- und Pflegeanstalt für geisteskrank gemachte Gefangene.

gese zur Rechtsausschusssitzung am 14. Juni. Nach der Beratungskritik der Sitzungssitzung die Sitzung auf. Die Regierung bestätigte der Zusammendrung auf der Basis der Sitzung und „Justizministerium“ lehnen auf Dienstag, 19. Juni, ab.

Keine Hilfe für die Invaliden

Kein Geld für den Wohnungsbau der Schwerriegelschädigten

Im Rechtsausschusssitzung des Sächsischen Landtages verlangten die Kommunisten aus Gründen von 500.000 RM für die Errichtung von Wohnungen für Schwerriegelschädigten. Über 600 Anträge liegen von Schwerriegelschädigten vor. Die im Ausgleichsfall eingesetzte 1 Million Reichsmark reicht nicht im entferntesten, die dringendsten Fälle zu erledigen. Der kommunistischen Antrag wurde abgelehnt, weil angeblich für diese Zwecke kein Geld da sei. Zur Befreiungsbauten, Polizei und Justiz stehen aber unbeschränkte Millionen zur Verfügung. Mit 100.000 Wörtern erkennen zwar die Bürgerblodparteien die Notwendigkeit der Mehrbewilligung an, aber den Antrag lehnten sie ab.

Einem Antrag der Sozialdemokratie, der den Neuerfreien Betrag für die Zahlung der Mietzinsteuer von 2800 auf 3200 RM forderte, stimmen die Kommunisten zu. Mit dieser Höherziehung allein wäre aber vor allem Dingen den Invaliden und Rentnern noch nicht geholfen. Sobald in einem Haushalt erwachsene Kinder mit Einkommen vorhanden sind, wird nicht nur allein das Einkommen des Wohnungsinhabers für die Zahlung der Mietzinsteuer zugrunde gelegt, sondern das Gesamtinkommen der Familie. Dadurch entstehen die schlimmsten Härten. Unfall, das die erwachsenen Familienangehörigen eine Hilfe für das Alter sind, werden sie zu einem Fehl, mit der die Invaliden durch die Steuer stranguliert werden. Die kommunistische Fraktion forderte deshalb, daß für die Errichtung der Mietzinsteuer nur das Einkommen des Wohnungsinhabers maßgebend ist. Wie von einer Tarantel gelochten führen die Vertreter der Bürgerblodparteien an der Spitze der deutsch-nationalen Landgerichtspräsident Dr. Wagner und der demokratische Finanzminister a. D. Dr. Dehne in die Höhe und machen in übler Entrückung die größten Bodysprünge. Nach Herrn Abg. Dr. Dehne geht es nicht an, daß Einkommen aus Renten steuerfrei sein können. Nach seiner Aussöhnung würden diese Erläuterungen den Wohnungsbau in Frage stellen. Der Redner der kommunistischen Fraktion, Gen. Schreiber, wies

feststellend nach, daß die tatsächliche Errichtung dieser Zwecke nicht nur den 10-12-Zimmer-Wohnungen der Bourgeoisie, wie sie nach den sozialen Grundsätzen geboten, wenn ihnen die Steuern entzogen werden. Die Finanzierung hat nichts einzubauen, doch die Aufzinsstruktur von 7 auf 1 Prozent genügt nicht und damit den Kapitalisten rund 40 Millionen Reichsmark aufzufordern. Gegenüber dem „Gesetzesänderungskomitee“ wurde auch vom uns

„Gesetzestext“ eine Befreiung bedeutet, so daß die Befreiung die mißbraucht wird. 4 Prozent Mietzinsteuer, 10 Prozent Befreiung bedeutet so eine Befreiung, die mißbraucht wird. 10 Prozent verlangen und damit die Miete für die Invaliden erhöhen. Die Regierung erklärte, daß eine solche Auslegung der Verordnung ungünstig ist und die Invaliden keine Entgelte nicht zu zahlen brauchen. Wir fordern die Invaliden auf, überall dort, wo von den Haushältern die Preise verlangt werden und dieelben zurückverlangen. Unsere Anträge auf die oben geschilderten Errichtungen wurden von der Bürgerblodregierung abgelehnt. Auch hier zeigt es sich wieder, daß die Arbeiterschaft und Invaliden brauchen im Landen Sturm verstören müssen, wenn die unverträglichen Belastungen bestreitigt werden sollen. Das kann nur geschehen durch Stärkung der kommunistischen Bewegung. Darum hinein in die SED!

Die SED stimmt für die Subventionen der Leipziger Messe

Im Haushaltsausschusssitzung A des Sächsischen Landtages wurde am Mittwoch dem 18. Juni das Kapitel Handel und Gewerbe beraten. Dieses Kapitel ist ein ausgedehnter Liegenschaftsopitikel für die Industriellen und bestimmte Güter der Gemeinschaftsindustrien. Es erfordert einen Zuschuß von über 1 Million RM. Darunter befinden sich 200.000 RM für die Leipziger Messe. Genoss Käglauer kritisierte die Liegenschafts- und Subventionspolitik der Bürgerblodregierung. Er wendete sich insbesondere gegen die Genehmigung von 200.000 RM als Sonderbeiträge für das Mietzinsteuer für die Mietermessen in Leipzig. Immer neue Mekapole machen aus der Exposition während für den Wohnungsbau kein Geld vorhanden ist. Am übrigen stehen die Mekapole während des ganzen Jahres leer. In den Etat des Mekomes hat der Landtag innererlei Einsicht. Er weiß überhaupt nicht, wie die Gelder verwendet werden. Dabei werden nur Direktoren die höchsten Gehälter geschah und ein risikoreicher Vermögensapparat aufgezogen. Die Arbeiterschaft hat kein Interesse an den Mekapole-Gebäuden. Wenn die Unternehmen aus Reformgründen Mieten erhalten, dann sollen sie dieelben auch finanziieren. Herr Liebmann (SED) sprang der Regierung bei und erklärte, daß die SED den Mitteln für die Messe zustimme, da dieselbe eine notwendige Entwicklung sei. Der Linke Liebmann hat damit wieder einmal sein warmes Herz für die Unternehmer offenbart. Gegen die Stimmen der Kommunisten wurde das Kapitel angenommen.

Zum Verbandstag der Lederarbeiter

Am Sonntag dem 17. Juni findet der 12. Verbandstag des Deutschen Lederarbeiterverbandes in Dresden statt.

Der Lederarbeiterverband gehört zu den wenigen Verbänden in Deutschland, die ihre Verbandstage nur einmal in drei Jahren zusammenrufen. Der 12. Verbandstag tagte im Juni 1925 in Hamburg. Solche drei Jahre sind nemlich fast der letzten Tugend verfallen. Jeder Lederarbeiter, dem die Interessen der Lederarbeiterchaft u. darüber hinaus der gesamten Arbeiterschaft nahelegen, wird in vielen Tagen die Ergebnisse dieser drei Jahre summieren und die nötigen Lehren daraus ziehen. Was haben diese drei Jahre dem deutschen Lederarbeiter gebracht? Einige Zahlen über Löhne und Arbeitszeit geben die Antwort.

Die fortwährenden Stundenlöhne für Lederarbeiter der höchsten Qualifikation waren am 31. Dezember 1925 und 31. Dezember 1927 in den verschiedenen Betriebsgebieten wie folgt:

	31. 12. 1925	31. 12. 1927	in Prozent
Berliner Bezirkstatistik			
Wirtschaftsgebiet Homburg	40 Pf.	59 Pf.	112
Normaldeutsche Bezirke			
Bund	40 Pf.	52 Pf.	100
Sachsen-Anhalt	78 Pf.	87 Pf.	14.11
Thüringen	72 Pf.	90 Pf.	11.1
Hannover	82 Pf.	88 Pf.	7.8
Bonn	78 Pf.	90 Pf.	5.2

So steht die Steigerung der Bezahlloge aus. Der geringere Teil der Lederarbeiter arbeitet aber im Effort, die Effizienz, die Arbeit und aber nicht erhöhen. Der Jahresbericht des Lederarbeiterverbandes für 1927 lädt dazu:

„Auch steht die Lederarbeiter nicht in dem Maße in die Höhe gegangen hin wie die Stahlarbeiter. Dies gilt sowohl für die Loh- und Gehaltsarbeiter als auch für die Werkgehilfen. Besonders in den letzten Jahren konnte man bei Lohnregelungen immer wieder beobachten, daß die Unternehmer unter Kosternung die Lohnsätze im gleichen prozentigen Maße zu erhöhen wie die Zulohnen den Kostentrag entsprechen und ferner auch Gehälter für sich hohen konnten.“

Der Zentralparteitag muß auch sehen, daß die Mehrheit der Arbeiterschaft liegt, die in der Zulohnung die Lohnsteigerung nicht erachtet hat. Der Lohnhöhungswiderstand ist nach den höchstlich übereinstimmenden Zahlen des Reichsstatistischen Amtes im vorliegenden Zeit von Dezember 1925 bis Dezember 1927, von 141,2 auf 151,8 um 7 Prozent gestiegen. Dazu kommt noch die Zulohnung der Steigerung der Arbeitsleistung in den Lederbetrieben, die ganz und gar der Steigerung der Lohnes ausdrücklich ist, denn die Fertigung der Betriebe und die Produktionsmethoden sind seit dieselben geändert. Der Jahresbericht lädt dazu:

„Dabei fällt alle Betriebe werden bei der gleichen Belegschaftstärke wie vor dem Kriege mehr produzieren als früher, trotz dem Arbeitsaufwand und doch kaum mehrzeitigen technischen Verbesserungen eingeführt wurden. Ja, es gibt Betriebe, die mit einer bestimmten Belegschaft niedrigere und manchmal noch mehr produzieren als in der Vorriegszeit. Dies ist nur auf die gezielte Intensität der Arbeit zurückzuführen, wofür dem Arbeitern lange nicht der vollständige Erfolg in Form einer ausgleichenden Erhöhung der Löhne zugeteilt wird, denn die Fertigung der Betriebe und die Produktionsmethoden sind seit dieselben geändert. Der Jahresbericht lädt dazu:

„Zum Beispiel die Mekapole mit dem Zollamt der Bourgeoisie, wie sie nach den sozialen Grundsätzen geboten, wenn ihnen die Steuern entzogen werden. Die Finanzierung hat nichts einzubauen, doch die Aufzinsstruktur von 7 auf 1 Prozent genügt nicht und damit den Kapitalisten rund 40 Millionen Reichsmark aufzufordern. Gegenüber dem „Gesetzesänderungskomitee“ wurde auch vom uns

am Ende 1927 aber 2149 Personen; in der Arbeiterschaft liegen die Zahlen von 103 auf 147.

Das Jahr 1927 war ein Jahr der guten Konjunktur in der Lederindustrie. Wodurch ist es zu erklären, daß dieses Jahr in Millerndorf für die Lederarbeiter ausgeschlossen ist? Vor dem Kriege war es eine Selbstverständlichkeit, daß ein Jahr der guten Konjunktur auch eine wesentliche Besserung der Lage der Arbeiterschaft mit sich brachte. Statt dessen haben wir dieses Jahr tatsächlich ein Sinken des Reallohnes und eine Verlängerung der Arbeitszeitzeit festgestellt.

Wollen wir eine Erfahrung zur die Riesenlöhne der Arbeiterschaft in den letzten Jahren finden. Je reicht es aus, wenn wir nur ein paar Zahlen anführen. Im Jahre 1927 führte der Lederarbeiterverband 197 Lohnhöhungserhebungen, an denen insgesamt 84.371 Beschäftigte beteiligt waren. 84.371 Beschäftigte waren in Bewegung, und nur 857 brachten es zum Ziel. Im Jahre 1927 gab der Verband für Streik- und Gewerbegefechte Unterstützung zu kommen, zum 16.000 RM aus, während z.B. für Gehälter in der Haushaltswirtschaft rund 38.000 RM in demselben Jahre verbraucht wurden. In eindrucksvollem Deutlich heißt das: der Verband hat aufgebracht, eine Kampforganisation zu sein. Ohne Kampf aber ist der Verband nicht auszuhalten.

Der Zentralparteitag legt zum Verbandstag Anträge vor, die aber keine Revision des bisherigen Kurses bedeuten. Im Gegenteil, der Verband soll immer mehr und mehr in den Kampf des Feindes hinein. Der Zentralparteitag und die Zentralparteidienststelle sind nach drei Jahren gegen den Willen der Opposition einmarschiert, welche mittler ausgebaut wurde, weiter auszubauen. Im Jahre 1927 können den erwähnten Zugaben für Streik- und Gewerbegefechte Unterstützung von 16.000 RM für Streik- und Gewerbegefechte, von 4.000 RM und für Streikgebühren von 31.000 RM gegenüber. Der Verband ist förmlich in einen Unterstützungsverein verwandelt worden, der jetzt nach dem Willen des Zentralparteidienstes weiter auf diesem Weg läuft.

Um unserer Ansicht des Hauptantrages heißt es: „Im internationalen Kampf der Arbeiterschaft der Welt in einer Internationalen Organisation. Die größte Lederarbeiterorganisation der Welt, der Lederarbeiterverband der Sowjetunion, wird zweckmäßig Gründungen in die Rückerholung und Internationale nicht eingerichten. Die Lederarbeiterorganisation wird den Kampfesgriffen ihres Verbands gegenüberhalten.“

Die Opposition innerhalb des Lederarbeiterverbandes, die heraus ist, den Verband auf die Seite des revolutionären Klassenkampfes zu bringen, wird ihre Arbeit fortsetzen. Solche Aufgaben stellen sich die Mekapole Lederarbeiter.

1. Der Verband muss nun einen wirtschaftsfähigkeitsorientierten Unterstützungsverein in eine revolutionäre Klassenkampfgruppe überführen.

2. Es muss endlich damit Schluß gemacht werden, daß die Zulohnen der gewerkschaftlich organisierten Lederarbeiter durch die Verbandsaufsichtsorgane verringert werden. Die Wohlfristabstimmungen bei den Verbandsabgeordneten müssen aufgehoben werden. Die Wohlfristabstimmungen bei den Verbandsabgeordneten müssen aufgehoben werden.

3. Der Verband muss für die Einheit der internationalen Lederarbeiterkraft entscheiden. Es muss zu diesem Zweck ein Weltkongress aller Organisationen der Lederarbeiter und Schuhmacher gefordert werden.

4. Der Lederarbeiterverband muss Mittel und Wege annehmen, um in Deutschland einen einheitlichen Verband für die gesamte herstellende und bearbeitende Lederindustrie zu schaffen.

Die Wahlen zum Internationalen Schuh- und Lederarbeiterkongress haben gezeigt, daß ein Drittel aller abgegebenen Stimmen für die SED, für die revolutionäre Opposition gegeben haben. 18.658 abgegebene Stimmen hat die SED, 5549 Stimmen bekamen. Das ist geschehen, langsam, aber der Appell und die Zeitung in den Händen des

Das Dresdner Stadtparlament aufgesessen

Rößl denunziert / Döllitzsch lädt die Tribüne räumen / Ungeheure Erregung der Kriegsbeschädigten

Am Donnerstag ist die Dresdner Stadtverordnetenversammlung aufgesessen. Ohne nennenswerten Grund ließ der sozialdemokratische Stadtverordnetenvorsteher Rößlisch bei der Beratung des Kapitels Wohlfahrtsamt — da von der Tribüne einige Zwischenrufe gemacht worden waren — die Tribüne räumen. Den wirtschaftlichen Anlaß zu den Zwischenrufen batte das provolatorische Verhalten der sozialdemokratischen Fraktion, die während der Aussführungen des Genossen Neuhof sich in wütigen Witzeleien erging, ergeben. Insbesondere war es der Fraktionsführer der SPD, Rößl, der dem Vorsteher einen Kriegsbeschädigten zum Kauschmick denunzierte. Zwiefellos hätte es andere Mittel gegeben, wenn es der SPD und ihrem Stadtverordnetenvorsteher daran gelegen hätte, die Ruhe herzustellen. Daran aber hatten sie gar kein Interesse! Wenn es nach dem Willen dieser Sozial-Demokraten gegangen wäre, hätte das Stadtparlament unter Ausschluß der Öffentlichkeit weiter getagt. Das lehnten die Kommunisten selbstverständlich kategorisch ab!

Interessant war, daß Rößl mehrmals den sozialdemokratischen Stadtverordnetenvorsteher aufforderter, von sich aus die Tribüne öffnen zu lassen, was dieser aus Prestige-gründen (!) den Kriegsbeschädigten gegenüber (!) ablehnte. Natürlich billigten die Sozialdemokraten die Haltung von Döllitzsch. Auch hier zeigte sich dabei ganz deutlich, daß die angeblichen „Linken“ sich geradezu überstürzen in der Beweisführung, daß sie die Politik des Hauptvorstandes: Ziel Große Koalition, nicht nur im Landtag, sondern auch in den kleinen Parlamenten durchzusetzen bemüht sind. Die Werkstätigen — besonders aber die Kriegsbeschädigten — werden der SPD auf ihr schamloses Verhalten die Antwort nicht schuldig bleiben.

In der am Donnerstag stattgefundenen Sitzung der Dresden Stadtverordneten sollte vor allem die Fortsetzung der Gewerberatungen durchgeführt werden. Vorher kam eine Anzahl Dinge zur Sprache.

Der Rat sabotiert die Einführung des Achtstundentages.

Gedreht ein Standort ist es, wie der Rat die Belüftung der Stadtverordneten sowohl im Interesse der Arbeiter liegen, sabotiert — so lehnt er z. B. die Durchführung eines Antrags der Stadtverordneten vom 8. März, der folgende Maßnahmen zur Beschaffung von Arbeit für die Erwerbslosen fordert:

- a) dafür zu sorgen, daß in allen städtischen Betrieben und Anstalten und in den für die Stadt arbeitenden Unternehmen ein schlichtlich Rostandsarbeiten der Achtstundentag eingehalten wird,
 - b) bei der Reichsregierung und dem Reichstag mit Unterstützung des Deutschen Städtebundes die strengste Durchführung des Achtstundentages sowie die des Siebenstundentages für die Bergarbeiter zu fordern,
 - c) auf demselben Wege wie unter b) für dafür einzulehnen, daß der sechsstündige Arbeitsstag für Jugendliche älter 18 Jahren reichsgerichtlich festgelegt wird,
- Ansicht ab. Die Stadtverordneten blieben bei nochmaliger Abstimmung auf ihrem Standpunkt stehen.

Für Erhöhung des zollfreien Fleischkontingents.

Einen entsprechenden von der kommunistischen Fraktion gestellten und angenommenen Antrag erklärte der Rat kolossal für erledigt. Doch wurde folgendes Gutachten (ursprüngliches Wiederholungsgutachten des Genossen Schneider)

Gutachten:

Kollegium wollte bejahen.

1. vom dem Schreiben des Rates Kenntnis zu nehmen,
2. die entsprechende des Konsumvereins „Vorwärts“ für Dresden und Umgegend vom 27. März 1928 und die der Dresdner Fleischerinnung und der Bezirksgruppe Sachsen des Reichsverbandes des deutschen Fleischer-Einheits- und Großhandels e. V. Hamburg vom 9. Juni 1928 als erledigt zu erklären,
3. erneut vom Reichstage die Erhöhung des zollfreien Fleischkontingents zu fordern und weiter zu fordern, sobald die Dresdner Bevölkerung mindestens dasselbe Quantum wie vor der Herabsetzung zugeteilt wird,
4. den Rat zu eruchen, dem Beschuß unter 3. beizutreten, mit Mehrheit angenommen. Daraufhin folgte die

Fortsetzung der Staatsberatung.

Zum Kapitel Volksküche ergeht

Genosse Schwarze

des Wort. Er geißelt, daß wiederum bei wichtigen Positionen große Summen gestrichen worden sind. Bei anderen muß festgestellt werden, daß viel zu wenig Geld zur Verfügung gestellt wird. Insbesondere fordern wir, daß der handwerkliche Unterricht viel mehr ausgeholt und ausgedehnt wird. Um dies zu ermöglichen, stellt Genosse Schwarze entsprechende Anträge. Auch die Schulsozialkasse muß ausgebaut werden, vor allem ist notwendig, daß dem Personalmangel schließlich abgeholfen wird, damit eine sachgemäße Behandlung der Kinder ermöglicht wird.

Außerdem hat seinem Antritt hat der sozialdemokratische Bürgermeister Dr. Böhmer einmal erklärt: „Die Volksschulen sind noch oft das Stiefkind der Gemeinden.“ Wenn man den Schulerfolg ansieht, dann muß man schon sagen, daß Dr. Böhmer die Schulen nicht bloß wie Stiefelkind, sondern noch schlimmer, wie Alchenbrodel behandelt. Die Streichungen sind geradezu katastrophal! Während bei den Volksschulen 181 000 Mark gekürzt werden sollten, beträgt die gekürzte Summe bei den höheren Schulen — obwohl dort viel weniger Schüler sind — nur 168 000 Mark.

Das ist charakteristisch! Franke (SPD) erzählt etwas von „Belastigungsnachweis“ und „Bruderkampf“, um dann die niedrigste Streichung bei den höheren Schulen zu verteidigen. Im übrigen schwiegt er sich über alles andere aus.

Genosse Schrapel

zeigt den Grund dieses Schweigens auf: Die SPD ist mit den Streichungen, die der Sozialdemokrat Dr. Böhmer zur Belastigung des Staats durchgeführt, einverstanden, daher das Schweigen! Was die Frage des Werktunterrichts betrifft, so stellt Genosse Schrapel nochmals den Antrag, für ungeliebte Jugendliche — nicht nur Burzlin — mindestens zwei Stunden Werktunterricht auf Kosten der Stadt durchzuführen. Vergleichbar suchen nach diesen Ausführungen Bürgermeister Dr. Böhmer und Stadtkonsulent Dr. Hartmann zu beweisen, daß sie „Freunde der Volksschule“

und auf deren Aufforderung beruht seien. Unterstellt ist das zum Beweis der Aufrichtigkeit ihrer Ausschüttungen. Dr. Böhmer glaubt bestimmt lieber zu erwähnen, daß in Dresden für einen Kind der Volksschule 2½ Pfund in einem Jahr ausgeschlagen werden. Nach ihm müste — allerdings vorausgesetzt — Stadtkonsulent Dr. Hartmann bestätigen, daß

für einen höheren Schüler 4½ Mark ausgegeben werden. Das ist das Doppelte von dem, was im einen Volksschüler übrig ist. Kann das? Standort und die Freundschaft der Bluber-Bücher-Leser sicher getestet werden?

Bei der Abstimmung werden die kommunistischen Anträge angenommen.

Das nächste Kapitel betrifft das

Wohlfahrtsamt.

Als Redner der kommunistischen Fraktion spricht

Genosse Neuhof.

An Hand von Dutzenden Beispiele der einzelnen Positionen heißt es, daß auch hier ganz ungeheuerlich gestrichen worden ist. Dennoch beharrt sich der Rat nicht nur darauf. Mit allen möglichen Editionen werden die Kriegsbeschädigten, Autoregenbetriebe, Invaliden usw. „begüßt“, um ihnen die bewilligten Bettelpennige zu verleugnen, vor allem zu schmälen. Gewiß ist bei diesen Positionen die Summe erhöht worden, doch werden sich die betreffenden Kategorien vor allem die Kriegsopfer, nicht sozialen Lösen.

Wie die Kriegsbeschädigten behandelt werden

zeigt ein Fall drastisch: Seit Jahren kämpft ein Kriegsbeschädigter um Anerkennung seiner Kriegsbeschädigung. Endlich kommt ihm dies. Eine Nachzahlung, die er zu erhalten hofft, wird vom Ausserordentlichen für bezogene Unterstützung ganz rigoros gewandt! Doch damit nicht genug: Ein Urteil um Bewilligung eines Darlehens lehnt dasamtliche Fürsorgeamt, das die Nachzahlung geplant hat, mit dem Bemerkten ab, „daß er ja eine Nachzahlung zu erwarten habe!“ Hader geht der Standort wahrhaftig nicht! — Während dieser ruhigen, lädiichen, aber idioten Ausführungen des Genossen Neuhof unterhalten sich die Sozialdemokraten ganz laut und reizen in sinnlich provoziender Weise. Wie. Darüber gerieten die Tribünenbesucher, die sich vor allem aus Kriegsbeschädigten zusammensetzen, in bedrückten Zorn und machten einige Zwischenrufe. Daraufhin wirkte ausgerechnet die SPD.

Rößl „entdeckte“ den Kriegsbeschädigten Kranz und forderte den sozialdemokratischen Vorsteher, ohne daß dazu ein Grund bestand, auf, ihn von der Tribüne zu verweisen!

Rößl Denunziation hatte Erfolg:

Der sozialdemokratische Vorsteher Döllitzsch rief die Tribünenbesucher kurz zur Ordnung. Als die Ruhe nicht schnell genug herstellte wurde,

ließ er kurzerhand die Tribünen räumen! Begann eine ungeheurende, ohne vorläufigen Grund, eine Polizeiappelle, erhebt die aktante Kommunikation ihrerseits Protest. Sie verlangt die sofortige Wiederaufnahme der Tribünen.

Die Sitzung wird daraufhin auf kurze Zeit unterbrochen. Es ist dies das erstmal in Dresden! Sehen haben die Sozialdemokraten im Dresdner Rathaus sich so kaputt und so offen für die Polizeiappelle ausgesprochen wie hier. Daher ist es ausgedacht mit den Opfern des Krieges zu rechnen. „Ja, wie weit sie bis schon von den Ausgebüten entfernt. Die Handlungswelt der angeblichen Linken“ SPD im Sächsischen Landtag und im Dresdner Rathaus zeigt mit aller Klarheit die Kriegsbeschädigung, die die SPD in Sachen vollzieht.

Große Koalition im Reich!
Große Koalition in Ländern und Kommunen!

das ist ihr Ziel!

Nach Wiedereröffnung der Sitzung fordert die kommunistische Fraktion die sofortige Erfahrung der Tribünen. Rößl (SPD) erklärt, daß dazu gesellschaftsordnungsmäßig keine Möglichkeit besteht! Das konnte nur der Vorstand tun. Im Übrigen habe der Vorstand ganz richtig gehandelt. Ausgerufen Rößl, der er den Vorständen bewußt zur Räumung der Tribünen drängte und einzelne denunzierte, nimmt moralisch Entlastung über die Tribünenbesucher, um dann dem Vorstand ebenfalls ein Vertrauensvotum auszustellen. Er forderte — weil er die schwache Haltung der SPD erkannte — den Vorstand dann auf, von sich aus die Tribünen zu öffnen. Sein Prestige kann doch darunter nicht leiden.“

Der sozialdemokratische Vorsteher Döllitzsch lehnt dies fastig ab und sieht etwas von „Aktionen“, die „in einer wahren Art und Weise“ gemacht werden sollen. Dabei vergibt er, daß seine eigenen Parteifreunde dies erst bewußt proponiert haben!

Nach einer nochmaligen kurzen Unterbrechung, bei der die SPD, insbesondere Döllitzsch, auf ihrem Standpunkt — aus Preisgabe gegen die Arbeiter! Motto: Der Tanz des Patriarchen ist auch grau — verharren, erklärt die kommunistische Fraktion, eine Täuschung unter Ausschluss der Öffentlichkeit unter keinen Umständen mitzumachen.

Lendel (Aufwarter) beantragt Abbruch der Sitzung.

Ein Manöver der SPD

Rößl beantragt die Absehung der Staatsberatung und Entscheidung der zeitlichen Tagesordnung unter Ausschluss der Öffentlichkeit!

Bei der Abstimmung wird der Antrag Lendel mit Mehrheit angenommen und damit gegen Mitternacht die öffentliche Sitzung abgebrochen.

Parous Metallwaren, Haushaltungsartikel und Lebensmittel gekauft. Der Kriminalpolizei gelang es nunmehr, durch unaufgeklärte Erörterungen den Täter in einem 20 Jahre alten Schmiedegesellen Kurt Schlegel von hier zu ermitteln und festzunehmen. Er konnte bisher zu 15 derartigen Einbrüchen überführt werden, die er auch zugegeben hat. Das umfangreiche Diebesgut hatte er in seiner Wohnung und in einer Luke auf der Arbeitsstube verstaut. — Weiter gelang es der Kriminalpolizei den ersten Einsteigebroich festsuzunehmen, der, wie berichtet, am vergangenen Dienstag zwischen 10 bis 12 Uhr auf der Eisenstraße vor der Straße aus durch das offene Fenster in die Erdgeschosswohnung eines Kaufmanns eintrang und kostbare Decken und Schmuckstücke stahl. Es handelt sich in diesem Falle um den bereits wegen gleicher Straftaten vorbestrafte Handwerker Paul Bernhardi von hier.

Der Geißelgeld in Schrebergärten. Von einem aussehenden Geißelgeld schwer beimgemessen werden gegenwärtig die Gartendolonisten der ländlich und wüstlich gelegenen Vorstadt Dresden. Der Tisch tritt in kurzen Zeitabständen bald hier und bald dort auf und bei jedem ländlichen Gewerbe nach einer bestimmten Arbeitsmethode aus. Er leitet durchweg über die Jalousie von einem Garten zum anderen, nimmt das erforderliche Handwerkzeug, insbesondere Steinmeilen, Hadern, Seile zu Sägen mit und sucht sich eine Laube heraus, wo er gernzt. So ist ein Einbruch in die lohnt. Danach erbricht er den Hightail und schlüpft honungslöslich alles an, was ihm in die Fänge fällt, in der Haupthalle oder hinter und Türen. Auf die Weise erheblich er fürstlich in der Kolonie an der Radeburgstraße in Vorstadt Trachenberge 12 verschwendete haben, darunter 3 Kattländer. Am Tisch fand man verschiedenste Handwerkzeug vor, das er aus einem anderen Arbeit entwendet hatte. In einem Halle habt er auch ein Wetzring aus Aluminium mit brauner Gläserfassung und Drahtriemen. Einigen Tagen wurde der dreiste Tisch bei einem verdeckten Einbruch von einem Gartenbesitzer überrascht, doch gelang ihm, zu entkommen.

Die „Stufe“ in Dresden. Am 21. und 22. Juni hält die Studiengesellschaft für Automobilstraßenbau (StK Berlin-Charlottenburg) in Dresden ihre vierte Hauptversammlung ab. Der öffentliche Tagung findet am 21. Juni, vormittags 10.30 Uhr, im Konzertsaal des Ausstellungspalastes, Lenbachplatz 8, statt. Es sprechen u. a. Prof. Dr. Obh. Hannover, über „Geopolitische Faktoren beim Ausbau des deutschen Hauptstraßenbaus“, und Prof. Dr. Hirsh, Berlin, über „Rinnungungsprobleme von Deutschlands Verkehr“.

Tödlicher Unfall

Königstein. Am Donnerstag abend wurde der Königstein hier wohnhafte Arbeiter Otto Regel beim Radfahren auf der Schönauer Straße von einem Pkw überfahren. Die Verletzungen waren so schwer, daß er auf dem Transport nach dem Krankenhaus starb. S. war im Radfahren noch nicht sicher.

Brand

Sanda. Am Donnerstag vormittag brannte das Wohnhaus, Stahlgebäude und die Scheune des Wirtschaftsverbandes Sanda, im Friedebach vollständig nieder. Die Brandursache ist noch nicht festgestellt.

Niederbodisch. Am Donnerstag früh brannte das den Niederbodischen Bühl in Niederbodisch gehörende Wohnhaus bis auf die Grundmauern nieder. Die Ursache des Brandes ist unbekannt.

ALLER GUTEN DINGE SIND DREI:



Zum 1. Deutschen Arbeiter-Sängerbundesfest in Hannover

16. bis 18. Juni 1928

Vom 16. bis 18. Juni wird in Hannover das 1. Bundesfest des "Deutschen Arbeiter-Sängerbundes" (DAS) stattfinden, zu dem nach Angabe der vom Bundesvorstand herausgegebenen Propagandahäfte etwa 40 000 Arbeiterländer aus allen Gauen Deutschlands ihre Mitwirkung zugesagt haben. Ein derart großangelegtes Fest, dessen organisatorische Durchführung allein schon eine beachtenswerte Leistung ist, kann nur den einen zweck haben, der breiteste Öffentlichkeit zu zeigen, was das Ziel des DAS ist und inwieweit die Mitgliedschaft des DAS dieses Ziel bereits erreicht hat.

Da der DAS eine Arbeiterorganisation ist, die sogar lösungsgemäß nur organisierte Arbeiter aufnimmt, so sollte man erwarten, dass das Programm des 1. Arbeiter-Sängerbundesfests vor allem zeigen würde, in welcher Hinsicht sich die Arbeiter-Sängerbewegung von der bürgerlichen Sängerbewegung unterscheidet, und was kann es hierbei natürlich nicht genügen, dass eben in der bürgerlichen Sängerbewegung Bürger singen, während in der Arbeiter-Sängerbewegung Arbeiter singen. Man sollte vielmehr erwarten, dass sich das Ziel der Arbeiter-Sänger grundsätzlich von dem Ziel der bürgerlichen Sänger unterscheidet, da die organisiatorische Trennung der gesamten Sängerbewegung sonst sinnlos sein würde. Wir müssen also erwarten, dass das Ziel der Arbeiter-Sängerbewegung in irgendeiner Weise mit den Zielen der gesamten Arbeiterbewegung, d.h. mit dem Ziele des Sozialismus in Zusammenhang steht und dadurch nicht nur von dem rein gesellschaftlichen Vergnügenstiel der bürgerlichen Liedertafelhänger, sondern auch von dem kulturellen Ziel der ersten bürgerlichen Chorvereinigungen grundsätzlich abweicht.

Wie sieht das Programm des 1. Deutschen Arbeiter-Sängerbundesfests nun tatsächlich aus? Das Programm ist laut Propagandahäfte Nr. 2 in folgenden Gruppen eingeteilt:

1. Acht Spieldenkmäler mit Orchester,
2. ungezählte Saalkonzerte ohne Orchester,
3. Plakonzerte und
4. ein Massenkonzert im Stadion.

Daneben figuriert als "Sonderveranstaltung" eine Aufführung der sozialistischen Kantaten „Arbeiter-Auferstehung“ und „Eiserne Welt“.

Schon die Tatsache, dass man die Aufführung der sozialistischen Kantaten mit Orchester nicht in die Gruppe der Spieldenkmäler aufgenommen hat, beweist, dass es sich hier nur um eine Konzession an unbehagliche proletarische Arbeiterländer handelt, denen man auf diese Weise den Mund vollzupfen hofft, ohne doch durch das "Sonderkonzert" den bürgerlich-kulturellen Charakter des ganzen Festes wesentlich zu ändern. Zum Überraschung wird aber dieses Sonderkonzert in Nr. 3 der Propagandahäfte auch noch mit folgendem Satz angekündigt:

"Ein interessantes Experiment (!) ist auch die Aufführung zweier neuer Kantaten, die Probleme der Arbeiterkunst behandeln."

Wer die Aufführung von Kantaten, die Probleme der Arbeiterkunst behandeln, lediglich als ein "interessantes Experiment" wertet, der beweist damit, wie völlig fern ihm unsere Ansicht liegt, dass die Förderung einer die Probleme der Arbeiterkunst behandelnden Kunst die zentrale Aufgabe der Arbeiter-Sängerbewegung sein müsste. Und so sind auch die an den Sängern abzählbaren proletarischen Chorwerke, die innerhalb des ungeheuer umfangreichen Programms der Saalkonzerte, der Plakonzerte und des Massenkonzerts vorgesehen sind, lediglich als schwache Konzessionen zu bewerten, die der aus bürgerlichen Fachleuten zusammengesetzte, trotzdem aber auf Veranlassung der Bundesleitung "künftiger" völlig selbstständig handelnde" Musikausschuss den noch proletarisch eingestellten Arbeiterländern glaubhaft machen zu müssen. Und die außerordentlich starke Hervorhebung dieser wenigen proletarischen Chorwerke in allen für die Arbeiterpressen bestimmten Propagandahäften ist ein bewusst demagogisches Manöver zur Erfüllung der Arbeiterkunst über den wahren Charakter des Programms der Arbeiterkunst.

Tatsächlich tritt außer der Gauchgruppe Hamburg, die das bereits genannte Sonderkonzert mit den beiden sozialistischen Kantaten bestreitet, nur noch der Solinger Volkschor mit einem Programm "Arbeit, Kampf und Freiheit" und der Gau Sachsen mit "Tendenzielnden" in der Gruppe Saalkonzerte auf. Das Massenkonzert im Stadion aber bringt in der Abteilung Gemischte Chöre zwar die Internationale in der Bearbeitung von Scherchen, aber danach den Einleitungshor "Das Leben bringt große Freude" und zwei sogenannte Freiheitslieder, die von jedem bürgerlichen Reichsschlageramtligat gejubelt werden, nämlich "Morgenrot" und "Wann wir freireiten seit an Seit". In der Abteilung Frauenhöre gibt es aber überhaupt nichts Proletarisches oder auch nur Freiheitliches und in der Abteilung Männerhöre kommt dann wieder der Rotgardistenmarsch nebst zwei bis zum Überdruss überall gesungenen Uthmann-Chören unmittelbar nach "Das Wandern ist des Müllers Lust".

Und in den Plakonzerten, deren Programme nicht veröffentlicht sind, wird es voraussichtlich ähnlich zugehen, wie in diesem Massenkonzert, wenn nicht gar noch schlimmer.

Und nun noch zu den Spieldenkmälern, von denen vier sogar durch den Rundfunk über den Deutschlandseiten verbreitet werden sollen. Hier zeigt sich das von jedem proletarischen Einschlag völlig freie bürgerliche Kulturstreben der maßgebenden Instanzen des DAS in Reinkultur: 1. Konzert "Bach-Kantaten"; 1. "Jauchet Gott in allen Landen"; 2. "O Ewigkeit, du Donnerwort"; 3. "Kun ist das Hell und die Kraft ...". Das ist nicht mehr "kulturrevolutionäre Neutralität", sondern Kunst im Dienste der religiösen Propaganda". Und mag Bachs Musik noch so wertvoll sein, um so stärker wird die religiöse Propagandawirkung sein, die seine Kantaten ausüben. Und selbst wenn man aus künstlerischen Gründen auch einem Arbeitergesangverein mit gelegentlich freidienstlichen Anschauungen die Verpflichtung mit Bachschen Kantaten gestatten wollte, so gehören doch solche Werke unter keinen Umständen auf das 1. Deutsche Arbeiter-Sängerbundesfest. Denn hier sollte gezeigt werden, wie sich die Arbeiter-Sängerbewegung von der bürgerlichen Sängerbewegung unterscheidet, und nicht, dass sie sich völlig im Schleppanz der bürgerlichen und religiösen Kunst befindet. Man sollte ancheinend gerade der breitesten Öffentlichkeit beweisen, dass die deutschen Arbeiterländer bei der dauernden Beschäftigung mit bürgerlicher und religiöser Kunst den letzten Rest von proletarischem Empfinden eingekehrt haben und deshalb sogar stets darauf sind, mit der Aufführung geistlicher Werke ihrer eigenen freidenstlichen Auffassung im Interesse der Kunst" ins Gesicht zu schlagen.

Von Beethoven, der beträchtlich zeitlebens ein Revolutionär war (wenn auch selbstverständlich der Zeit entsprechend ein bürgerlicher Revolutionär mit zwar kriegerfeindlichen, aber nicht gerade religiösenfeindlichen Ansichten), von Beethoven, der die 9. Symphonie geschrieben hat mit ihrem Hymnus an die Verbrüderung aller Menschen durch die Freude, von diesem uns so nahestehenden Beethoven bringt das 1. Deutsche Arbeiter-Sängerbundesfest als Spieldenkmal ausgerechnet die "Missa solennissima", ein Werk, das Beethoven unter der Einwirkung unerträglicher äußerer Lebensumstände und unter Einwirkung jahrelanger Taubheit in völliger Verzweiflung über seine Hoffnungslosigkeit kurz vor seinem Tod schrieb und das daher ganz im Gegensatz zu allen früheren Werken des revolutionären Meisters von mythisch-religiösem Charakter ist und auch künstlerisch keineswegs etwas als Meisterwerk allgemein anerkannt wird.

Wir stehen keineswegs auf dem Standpunkt, dass alle Oratoriens grundätzlich aus den Programmen der Arbeiter-Sänger-vereine ausgeschlossen werden müssten. Aber auf einer Demonstration des DAS haben ausgeprochene religiöse Propagandawerke nichts zu suchen. Und wenn man schon "Spieldenkmäler" und "Sonderkonzerte" veranstalten wollte, so hätte man die "Sonderkonzerte" verlegen lassen, als

totalistischer Tendenz aufführen müssen. Und wenn solche Werke zur Zeit in Deutschland noch nicht gefunden sind, so hätte man sich nicht damit begnügen dürfen, ein einziges, zufällig in Holland erschienenes Werk dieser Art ins Deutsche übertragen zu lassen, sondern man hätte durch ein großzügiges Preisauswahlkreis, den die Schaffung neuer Werke dieser Art anregen müssen. Leben in dem kleinen Holland Dichter und Komponisten, die proletarische Kunstwerke schaffen können und wollen, dann müsste es doch merkwürdig zugehen, wenn sich in dem großen Deutschen Reich nicht noch mehr proletarisch eingestellte Dichter und Komponisten gefunden hätten, wenn man sie nur gleich hätte. Und die 3 Jahre, die man zur organisiatorischen Vorbereitung des Festes verwandt hat, hätten bestimmt auch zur Neufeststellung eines oder sogar mehrerer großer proletarischer Chorwerke ausgereicht.

Aber man will in Wirklichkeit ja gerade beweisen, dass der DAS ein durchaus stetlicher Bestandteil der bürgerlichen Volkskulturbewegung ist. Und man hat daher das bürgerliche Werk für gemischten Chor auch nur angenommen, um mit ihm und einem neuen deutschen Männerchorwerk in einem Sonderkonzert ein "interessantes Experiment" anzustellen, von dem man im Stillen zu hoffen scheint, dass es mißlingen und es die Förderung proletarisch eingestellter Arbeiterländer nach neuen Werken gleicher Art im Keim erstickt möge. Wir wünschen unerlässlich dem "interessanten Experiment" das beste Gelingen, auf das es auch gegen den Willen des Musteraustausches der wahre Höhepunkt des 1. Deutschen Arbeiter-Sängerbundesfests werden möge.

Arbeiter-Sommerfest-Rennen Königsfeld, Turntag den 19. Juni, 20 Uhr, im Vereinshaus Albert-Monatsversammlung mit Auseinandersetzung der Badische-Sommer-

Reise-Turn- u. Sportfest, 10. Feiertag, Pirna, Ruhland, Spillen, Die

Reise- und Lichtenstein soll ero

All. Eltern der 20., 21., 22., 23., 24., 25., 26., 27., 28., 29., 30., 31., 32., 33., 34., 35., 36., 37., 38., 39., 40., 41., 42., 43., 44., 45., 46., 47., 48., 49., 50., 51., 52., 53., 54., 55., 56., 57., 58., 59., 60., 61., 62., 63., 64., 65., 66., 67., 68., 69., 70., 71., 72., 73., 74., 75., 76., 77., 78., 79., 80., 81., 82., 83., 84., 85., 86., 87., 88., 89., 90., 91., 92., 93., 94., 95., 96., 97., 98., 99., 100., 101., 102., 103., 104., 105., 106., 107., 108., 109., 110., 111., 112., 113., 114., 115., 116., 117., 118., 119., 120., 121., 122., 123., 124., 125., 126., 127., 128., 129., 130., 131., 132., 133., 134., 135., 136., 137., 138., 139., 140., 141., 142., 143., 144., 145., 146., 147., 148., 149., 150., 151., 152., 153., 154., 155., 156., 157., 158., 159., 160., 161., 162., 163., 164., 165., 166., 167., 168., 169., 170., 171., 172., 173., 174., 175., 176., 177., 178., 179., 180., 181., 182., 183., 184., 185., 186., 187., 188., 189., 190., 191., 192., 193., 194., 195., 196., 197., 198., 199., 200., 201., 202., 203., 204., 205., 206., 207., 208., 209., 210., 211., 212., 213., 214., 215., 216., 217., 218., 219., 220., 221., 222., 223., 224., 225., 226., 227., 228., 229., 230., 231., 232., 233., 234., 235., 236., 237., 238., 239., 240., 241., 242., 243., 244., 245., 246., 247., 248., 249., 250., 251., 252., 253., 254., 255., 256., 257., 258., 259., 260., 261., 262., 263., 264., 265., 266., 267., 268., 269., 270., 271., 272., 273., 274., 275., 276., 277., 278., 279., 280., 281., 282., 283., 284., 285., 286., 287., 288., 289., 290., 291., 292., 293., 294., 295., 296., 297., 298., 299., 300., 301., 302., 303., 304., 305., 306., 307., 308., 309., 310., 311., 312., 313., 314., 315., 316., 317., 318., 319., 320., 321., 322., 323., 324., 325., 326., 327., 328., 329., 330., 331., 332., 333., 334., 335., 336., 337., 338., 339., 340., 341., 342., 343., 344., 345., 346., 347., 348., 349., 350., 351., 352., 353., 354., 355., 356., 357., 358., 359., 360., 361., 362., 363., 364., 365., 366., 367., 368., 369., 370., 371., 372., 373., 374., 375., 376., 377., 378., 379., 380., 381., 382., 383., 384., 385., 386., 387., 388., 389., 390., 391., 392., 393., 394., 395., 396., 397., 398., 399., 400., 401., 402., 403., 404., 405., 406., 407., 408., 409., 410., 411., 412., 413., 414., 415., 416., 417., 418., 419., 420., 421., 422., 423., 424., 425., 426., 427., 428., 429., 430., 431., 432., 433., 434., 435., 436., 437., 438., 439., 440., 441., 442., 443., 444., 445., 446., 447., 448., 449., 450., 451., 452., 453., 454., 455., 456., 457., 458., 459., 460., 461., 462., 463., 464., 465., 466., 467., 468., 469., 470., 471., 472., 473., 474., 475., 476., 477., 478., 479., 480., 481., 482., 483., 484., 485., 486., 487., 488., 489., 490., 491., 492., 493., 494., 495., 496., 497., 498., 499., 500., 501., 502., 503., 504., 505., 506., 507., 508., 509., 510., 511., 512., 513., 514., 515., 516., 517., 518., 519., 520., 521., 522., 523., 524., 525., 526., 527., 528., 529., 530., 531., 532., 533., 534., 535., 536., 537., 538., 539., 540., 541., 542., 543., 544., 545., 546., 547., 548., 549., 550., 551., 552., 553., 554., 555., 556., 557., 558., 559., 560., 561., 562., 563., 564., 565., 566., 567., 568., 569., 570., 571., 572., 573., 574., 575., 576., 577., 578., 579., 580., 581., 582., 583., 584., 585., 586., 587., 588., 589., 590., 591., 592., 593., 594., 595., 596., 597., 598., 599., 600., 601., 602., 603., 604., 605., 606., 607., 608., 609., 610., 611., 612., 613., 614., 615., 616., 617., 618., 619., 620., 621., 622., 623., 624., 625., 626., 627., 628., 629., 630., 631., 632., 633., 634., 635., 636., 637., 638., 639., 640., 641., 642., 643., 644., 645., 646., 647., 648., 649., 650., 651., 652., 653., 654., 655., 656., 657., 658., 659., 660., 661., 662., 663., 664., 665., 666., 667., 668., 669., 670., 671., 672., 673., 674., 675., 676., 677., 678., 679., 680., 681., 682., 683., 684., 685., 686., 687., 688., 689., 690., 691., 692., 693., 694., 695., 696., 697., 698., 699., 700., 701., 702., 703., 704., 705., 706., 707., 708., 709., 710., 711., 712., 713., 714., 715., 716., 717., 718., 719., 720., 721., 722., 723., 724., 725., 726., 727., 728., 729., 730., 731., 732., 733., 734., 735., 736., 737., 738., 739., 740., 741., 742., 743., 744., 745., 746., 747., 748., 749., 750., 751., 752., 753., 754., 755., 756., 757., 758., 759., 760., 761., 762., 763., 764., 765., 766., 767., 768., 769., 770., 771., 772., 773., 774., 775., 776., 777., 778., 779., 7710., 7711., 7712., 7713., 7714., 7715., 7716., 7717., 7718., 7719., 7720., 7721., 7722., 7723., 7724., 7725., 7726., 7727., 7728., 7729., 7730., 7731., 7732., 7733., 7734., 7735., 7736., 7737., 7738., 7739., 7740., 7741., 7742., 7743., 7744., 7745., 7746., 7747., 7748., 7749., 7750., 7751., 7752., 7753., 7754., 7755., 7756., 7757., 7758., 7759., 7760., 7761., 7762., 7763., 7764., 7765., 7766., 7767., 7768., 7769., 7770., 7771., 7772., 7773., 7774., 7775., 7776., 7777., 7778., 7779., 7780., 7781., 7782., 7783., 7784., 7785., 7786., 7787., 7788., 7789., 7790., 7791., 7792., 7793., 7794., 7795., 7796., 7797., 7798., 7799., 77100., 77101., 77102., 77103., 77104., 77105., 77106., 77107., 77108., 77109., 7711

„August Bebel vor die Pistole fordern“

Aus der Geschichte des Niederganges der deutschen Sozialdemokratie / Wie die Revisionisten die Partei von innen her vergifteten / Die Zerstörer der Einheit der Arbeiterbewegung am Werk

Wir haben in den letzten Tagen mehrfach der Arbeiterschaft Vorgänge in Erinnerung gebracht, die für die Geschichte der proletarischen Bewegung Deutschlands von unauslöschlicher Bedeutung waren: den Kampf, den die Sozialdemokratie damals noch eine revolutionäre, marxistische Partei, unter August Bebels Führung auf dem Dresdner Parteitag im Jahre 1903 gegen die revisionistischen Elemente und ihre Tendenzen zur Verbürgerlichung der sozialistischen Bewegung führte.

Heute ist die Saat, die die Revisionisten seit Jahrzehnten sätten, aufgegangen, die Sozialdemokratie hörte längst unter der Einwirkung der revisionistischen Vergiftung auf eine Klassenpartei des Proletariats zu sein, und schwankt voll und ganz in die Reihen der bürgerlichen Parteien ein. So muß es für jeden Arbeiter von ungeheurer Bedeutung sein, den Kampf, den heute die Erbin der revolutionären Traditionen der Partei August Bebels, die K.P.D., gegen die Nachahmungen jener Revisionisten, die Führer der heutigen SPD, auskämpft, an dem damaligen Ringen Bebels und der Wehrhaft der Sozialdemokratie um die unvergleichlichen Grundsätze der Partei zu messen.

Der Rückblick auf die Vergangenheit der deutschen Arbeiterbewegung, in der gerade der Dresdner Parteitag einen besonderen Glanzpunkt darstellt, ist um so notwendiger in einem Zeitpunkt, da die SPD-Führer im Begriff stehen, ihre bisherige verräterische Politik durch den *Pakt der Großen Koalition* mit der Bourgeoisie öffentlich zu trüben und damit aufs neue das Andenken jener Partei zu schänden, die einst die Avantgarde des deutschen Proletariats darstellte, und deren Namen die Hermann Müller und Severing, Stampfer und Wels müheloslich für ihre bürgerliche und arbeiterfeindliche Koalitionspolitik in Anspruch nehmen.

Der Dresdner Parteitag der SPD fand unmittelbar nach dem großartigen Wahlerfolg statt, den die Partei nach dem Wahlkampf des Jahres 1902 bei den Reichstagswahlen zu erringen vermochte. Ein Stimmenzuwachs von über 200 000 oder etwa 43,7 Prozent war erzielt worden. Die Situation hatte statt 58 Abgeordneten nunmehr 81. In dieser Situation meldete sich Eduard Bernstein, der Theoretiker des Revisionismus, mit einem Vorricht zum Wort, der nicht als jöchler, als vielmehr wegen der sich daraus ergebenden Konsequenzen bedeutungsvoll war. Der Erfolg der Wahl müsse ja, so erklärte Bernstein, dass die Partei den Posten des ersten Vizepräsidenten im Reichstag bekleide, auch wenn damit der übliche Besuch bei Hofe für den betreffenden Sozialdemokraten verbunden sei. Hierin liege ein Stück Machterweiterung der Partei, ein praktischer „realpolitischer“ Schritt vorwärts auf dem Wege zum Ziel.

Bernsteins Vorschlag, der seiner ganzen Theorie der allmählichen Erfüllung einer Entwicklung zur Macht an Stelle der marxistisch-revolutionären Theorie entsprang, löste in der Sozialdemokratie einen Sturm der Entrüstung aus. Dieses tatsächliche Problem bildete die Hauptfrage des Parteitages, an der der Gegensatz zwischen der revisionistischen Klassennpolitik, die damals noch die Politik der Partei war, und der revolutionären, verbürgerlichten Entartung des rechten Flügels, in voller grundzählerischer Schärfe zur Ausstrahlung gelangte.

Die weitere Frage war die Mitarbeit von Sozialdemokraten an bürgerlichen Organen, wie Hardens „Zukunft“, wobei es sich hauptsächlich um die Mitarbeit extremen Revisionisten, wie Heinrich und Lily Braun, Wolfgang Heine, den ehemaligen Pastor Göhrte, den damaligen Sozialdemokraten Georg Bernhard, deutlichen Chefredakteur der Bonnischen Zeitung, und einige andere handelte. Auch in dieser Frage rissen sich die grundätzlichen Gegensätze zwischen den Revisionisten und der Partei auf, so dass sie die gesamte Debatte angespannt zu dem der Parteitag diese Frage machte, zu schärfsten prinzipiellen Auseinandersetzungen kam.

Wie diese Vorgänge sich bei den Revisionisten spiegelten, in welcher feindseligsten Verbissenheit und welchem abgrundtiefen Haß die geistigen Väter der heutigen SPD-Politik ihnen damals gegen die revolutionäre proletarische Klassenpolitik anstrebten, das Bildnis in mehr als lehrreicher Klarheit die Lebensbeschreibung Lily Brauns, die bekannten „Memoiren einer Sozialistin“. Lily Braun stammte aus einer aristokratischen Familie, war die Tochter eines Generals und schloß sich auf dem Umweg über die bürgerliche Frauenbewegung der Sozialdemokratie an. Sie bestellte in weiterer Folge den Schriftsteller Heinrich Braun, einen der schärfsten Revisionisten, der im Wahlkampf des Jahres 1903 Reichstagsabgeordneter der Partei wurde. Sie selbst gehörte auch zum extremer Flügel der Revisionisten, führte einen ununterbrochenen Kampf in äußerster Gehässigkeit gegen Genossen Clara Zetkin, die in ihren Memoiren unter dem Namen „Wanda Dobin“ vielfach unflätig geschildert wird. Am Dresdner Parteitag nahm sie wegen der Erkrankung ihres Kindes nicht teil. Sie selbst zitiert in ihrem Buch folgenden charakteristischen Ausdruck: „Und wenn die ganze Partei darüber zugrunde ginge, – ich bleibe hier.“

Neuerlich ausschließlich sind Lily Brauns Darlegungen über die Taktik der Revisionisten. Sie selbst vertrat einen schärfstmärker-draufgängerischen Standpunkt, wünschte, daß die Reden nicht vor dem Bruch mit der Partei zurückgedreht sollten. Die Revisionisten aber betrieben eine andere, schwätere und gefährlichere Taktik. Sie gaben scheinbar klein bei, stellten momentan die Prügel ein, um nur in der Partei bleiben und sie lang-

sam mit dem Gift ihrer bürgerlichen Tendenzen zerren und überrollen zu können. Diese zerstörende Taktik, deren schärfste Erfolge der Bruch der SPD am 4. August 1914, die Zersetzung der deutschen Arbeiterbewegung und die heutige verräterische SPD-Politik werden sollten, spiegelt sich klar in Lily Brauns Memoiren, die deshalb heute für die deutsche Arbeiterklasse, zumal für die SPD-Arbeiter äußerst lehrreich sind.

In den Abhängen dieses Buches die wir nachfolgend zum Abschluß bringen, lernt der sozialdemokratische Arbeiter die Ausläufe des Niederganges der ehemals revolutionären Partei des

deutschen Proletariats kennen, sieht er die Zerstörer der Einheit der deutschen Arbeiterbewegung am Werk. In der weiteren Entwicklung schwanden die SPD-Führer immer drohender in die Fronthaube des Sozialimperialismus ein, statt dem Imperialismus revolutionär zu begrenzen.

Die Kenntnis dieser vergangenen Dinge werden es jedem klugen bewußten Arbeiter in der SPD erleichtern, heute den Weg zu jener Partei zu finden, die allein in die guten revolutionären Traditionen der Sozialdemokratie aus ihrer Glanzzeit verkörpern und fortführen; der Kommunistischen Partei Deutschlands.

Der Dresdner Parteitag und die Revisionisten

Aus Lily Brauns „Memoiren einer Sozialistin“

Lily Braun schreibt: „In einem kurzen Brief, den ich von Heinrich über den Parteitag erhielt, hieß es: ... Die Lage der Dinge ist unbeschreiblich. Die eingeschlossene Lust in diesem halbdunklen Saal scheint gefüllt mit Sprengstoff. Das gewogene Tischendeneinander erhöht die Feindseligkeit ... Bebel ist jetzt für Freunde, die ihn beruhigen wollen, unannehmbar. Er hat sich stundenlang in sein Hotel zurückgezogen und hat den Ausdruck eines Käfiges, wenn er wieder erscheint. Warum? Niemand weiß es. Er soll sich während der Wahlkämpfe überanstrengt haben, sagen die einen; die Ehrlichkeit, die ein hänigischer Offizier ihm hinterließ und das, was an Provenienzen mit den Verwandten dieses Offiziers darum und darin hängt, soll ihn aufregen, meinen die anderen. jedenfalls kommt mehr denn je alles auf seine Haltung an, und sein Benehmen mit gegenüber läuft weniger Gutes hoffen. Leider kann er auf uns beide ganz besonders wildend zu sein. Als Wanda Dobin (gemeint ist Clara Zetkin) die Mitarbeiter an bürgerlichen Blättern als tödswürdiges Verbrechen kennzeichnete und dabei von den jüngsten „Genossen“ sprach, rief er wiederhol mit scharfer Bekämpfung dazwischen: „Und Genossinnen!“ Damit ist Du in erster Linie gemeint.“ Man spricht von einer Revolution, durch deren Unannehmbarkeit die Revisionisten hinausgedrängt werden sollen ...“

Seltsam wie fühlt, fast gleichgültig ich dieser Möglichkeit gegenüber blieb

Gegen Abend überfiel ich versteckt den neuen Parteitagssaal. Erst Bebels Rede ging an mich zu telefonieren. Er wählte die Sünden jener Wochenzeit auf, für die wir fünf Angeklagten geschrieben hatten: Vor genau zehn Jahren hatte deren Herausgeber ihn als „rote Grimden“ verurteilt. Ich staunte, sollte Bebel, der große Bebel, von so feinerlicher Empfindlichkeit sein, daß er gleichermaßen Abneigungsfähigkeit als unauslöschliche Hassgefühle empfand? Und im vorigen Jahre, während des Wahlkampfes, hatte dieselbe Redaktion mir gegen die Obstruktionspolitik der Sozialdemokraten ausgespielt. Wer das nicht sieht? Sollte er selbst mit seiner Verherrlichung hinter dem Berg halten, wenn er allen seinen Mitarbeitern die volle Meinungsfreiheit gewährte?

Ich las weiter. Ich rieb mir die Augen – vielleicht war ich es jetzt, die liebte – der Kopf lag an mir zu drücken. Ich las noch einmal. Aber ich irrte mich nicht. Hier stand es ganz deutlich und noch unzertastbar durch den flüchtigen Textfall: „mit dem es befreit worden war: „Es gibt unter uns Menschen, die ein loses Blatt nützen.“ Elemente, die moralisch tief rechnen und ...“ „Ahnen gehörte nichts anderes,

Griff mir nicht eine sohe Faust an die Kehle –, traten die Augen nicht schon aus ihren Höhlen? Und der Vater unter mir, auf dem ich stand, schwante er nicht? – Meine Familie, meine Freunde, meine Freunde – alles hatte ich der Partei geopfert – und jetzt kam dieser Mann und behauptete mich, weil ich ein paar literarische Kritiken in ein Blatt geschrieben hatte, das ihm nicht paßt! Ein böser Kritiker, der mich hätte den traurigen Mut, mich vor der ganzen Welt für ehlos zu erklären? Ich sprang vom Stuhl – vergaß mein frisches Kind, und lief ins Nebenzimmer. Dort in der alten Truhe lag sie noch, meines Vaters Witwe! Wenn ich ein Mann wäre! Meine Hand krallte sich um ihren Griff, mein Körper rückte den Hahn. Wenn mein Vater noch lebte! Vor ihrer Mündung würde er den Räuber meiner Ehre fordern!

„Mama,“ rief es von nebenan. Ich rutschte mit der Hand über meine heiße Stirn und warf mit einem spöttischen Abwinken über die romantische Anwendung, die ich eben gehabt hatte, die alte Pistole in die Truhe zurück ...“

Inzwischen war die Abstimmung über die Erklärung des Parteivorstandes zur Frage der Mitarbeit von Genossen an bürgerlichen Freiunternehmungen vor sich gegangen. Mit überwältigender Mehrheit war sie zur Annahme gelangt. Ich lachte unwillkürlich laut auf. So orthodox war bisher nicht einmal die Kirche gewesen! Sie war viel zuslug dazu; sie benutzte jede Tribüne, wenn es galt, auch nur eine Seele zu gewinnen.

Nicht darauf kommt es an, wo Parteidienstleistungen schreiben, sondern was sie schreiben. Je mehr sie mit ihrer Überzeugung und ihrer Person in die Reihen der uns noch feindlichen Geislinnen eindringen, desto besser ist es für unsere Soziale, denn wir sind keine Sekte, die sich zu ihrem Gottesdienst in ihrer Kapelle versammeln, sondern eine Bewegung, die der ganzen Menschheit dienen und die Welt erobern will ...“

Das wäre eine unserer sozialistischen Grundsätze würdige Erklärung gewesen. Niemand beantragte sie. Nur vierundzwanzig – unter ihnen mein Vater, Göhrte, Bollmar – hatten den Vorstandbeschluss abgelehnt.

Und nun stand der zweite Streitpunkt: die Taktik der Partei, die Vizepräsidentenfrage, auf der Tagesordnung.

Bebel referierte. Nach allem Vorhergegangen erwartete ich eine mildtätige Philippita. Aber das was er sagte, übertraf jede Erwartung. War das derfelbe Bebel, der in Hannover so klug und einsichtig gewesen war?

„Sie und zu keiner Zeit waren wir in der Partei uneiniger als jetzt!“; das erklärte er, nachdem wir eben einmütig den größten politischen Sieg erlöst hatten! „So geht es nicht weiter, – jetzt müssen wir endlich reines Tisch machen!“ und: „Wer nicht partiert, der steigt hinaus!“ War das noch die Sprache des Führers einer demokratischen Partei, oder nicht vielmehr die eines Diktators? Er sprach von den Revisionisten als den Leuten, die mit der Bourgeoisie schwärmen, und verlangte, daß man sie öffentlich denunzieren müsse, damit die Genossen sich vor ihnen fürchten könnten. Er erklärte auf der einen Seite, um einen Gewerkschaftsantrag zu fallen zu bringen, daß es für die Fraktion viel zu schwierig sei, ganze Gesetzesvorlagen auszuarbeiten, und verschwerte auf der anderen, daß, wenn die Partei heute zur Herrschaft im Staate käme, sie schon morgen wissen würde, was sie zu tun habe. Der heimliche Haß gegen die Akademiter durch den et der Massen des Proletariats unterdrückbar mit sich verband, ohne zu fühlen, daß er dem ersten Grundzweck des Sozialismus dadurch ins Gesicht schlug, durchglänzte seine Rede.

„Seht euch die Akademiter dreimal an, ehe ihr ihnen Vertrauen leistet!“ „Stürmischer Beifall“ stand daneben. Und doch waren es Akademiter gewesen, die dem Proletariat die Organisation, seiner Bewegung die Grundlage und das Ziel gegeben

hatten. Schließlich warnte er noch vor „dem anderen Teil der Revisionisten, den Proletarien in gehobenen Lebensstellungen“. Und niemand lachte ihm ins Gesicht – und niemand wies mit den Fingern auf die, die Beifall lauteten: Gastwirte, Redakteure, Parteidienstleister, lauter ehemalige Proletarier in gehobenen Lebensstellungen. – und ihn selbst, der ein wohlhabender Mann geworden war. Nielen denn heute lauter Schieler von meinen Augen, war ich nur vorher blind gewesen?

Nach ihm sprach Bollmar. Er zeigte, wie die Partei seit Jahren angehoben der praktischen Forderungen des Tages ein Vorurteil nach dem anderen habe fallen lassen, wie zum einen Besitz ihrer Taktik geworden sei, was kurz vorher als hochwertigste Taktik gebrandmarkt worden war. Dann aber wandte er sich wieder gegen Bebel, – der erste und der einzige, der es mit der Autorität seines Namens zu tun vermeinte. Ein ungezügeltes Temperament schadet nicht nur auf Karrierefronten, sondern auch auf denen der Partei, rief er aus.

In welchem Ton hat Bebel sich an die Partei gewandt?

„Ich werde nicht dulden.“ „Ich werde den Kopf waschen...“

„Ich werde Abstand halten.“ „Ich, ich, ich – so hat der

Korporatist Cromwell zum langen Parlament gesprochen...“

Ich atmete tief auf. Auch eine Verteidigung meiner Ehre war die Auflage gewesen. Nur eins verstand ich nicht: er betonte die innere Einheit der Partei mit der selben Schärfe, wie Bebel sie gelegnet hatte. Wie konnte er nur? Waren alle die Wissensküche des Parteitages möglich gewesen, wenn eine innere Einheit bestanden hätte? Sie waren doch nichts anderes als Symbole der Herrlichkeit. Aber die Revisionisten schienen sich das Wort gegeben zu haben. Bollmars Ansicht nicht zu teilen, sondern in unterstreichen. Die beiden Männer, die ständig und wie mit Ihnen mit Recht diejenigen jenseits Programmforderungen der Sozialdemokratie kritisieren und einer Umdennerung für bedarflos hielten, erklärt natürlich das prinzipielle Gegenseitige nicht vorhanden seien. War das Freiheit oder nur Schwäche? Schwäche, die in ihren Folgen nicht gebannter ist als nie? Und ich befand mich plötzlich in Übereinstimmung mit einem der schärfsten Radikalen in der Partei. Das ist ja der Kammer des deutschen Realismus, daß er nie mit einem bestimmten Programm hervortrete!“ lagte Kautsky, nachdem er verlustig hatte, den auch einen Anteil an vorhandenen Gegensätzen als zwischen der Zusammenbruchs- und der Revolutionstheorie zu kennzeichnen, „die einen erwarten die Befreiung von der sozialen Revolution, die entweder von der allmählichen Entwicklung.“

Mein Mann rückte mir noch einmal: „Für die Partei wird diese traurige Tagung mit ihren zahllosen Hintergründen von Gemeinheit, Klassen und Verhetzung schließlich noch zum guten Ende führen. Der Resolution des Parteivorstandes zur Frage der Taktik sind ihre lebhaftesten Spuren, auf denen wir gespielt werden sollten, genommen worden, und ihre einmütige Annahme bleibt danach gesichert, was den Frieden in der Partei wieder herstellen wird.“

Sie antwortete umgehend: „Ich verstehe Dich und die anderen nicht. Selbst wenn die Resolution ihrem Wort laut noch annahmbar wäre, so ist sie es ihrem Sinn nach nicht, und Euer Ja bedeutet keinen Frieden, sondern Unterwerfung. Ich bedauere, bei der Abstimmung nicht zugegen zu sein. Ich würde – und wenn ich die einzige bliebe – laut und deutlich Recht legen.“

Als ich den Mortafat der Resolution zu Gesicht bekam, wurde mir die Haltung der Revisionisten vollends unerhörtlich. Wie viele unter ihnen hatten dem Eintritt des Sozialdemokraten Bissel (des heutigen extremen Reaktionärs) in das iranische Ministerium zugestimmt, hatten eine allmähliche Erobierung der Regierungsgewalt (!) überall für möglich, ja für wahrscheinlich erklärt, und jetzt beugten sie sich einer Resolution, in der es hieß: „Die Sozialdemokratie kann einen Anteil an der Regierungsgewalt innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft nicht erstreben. Wie viele verurteilten laut und leise die lediglich negierende Haltung der Partei gegenüber der Kolonialpolitik (!), und jetzt verpflichten sie sich selbst zum „engenischen Kampf“ gegen sie. Aber daß dreihundert Ja sagten, traf mich immer noch nicht so tief, als daß Heinrich unter ihnen war...“

Zweitens trafen wir mit unseren politischen Freunden zusammen – zufällig nur, denn die Revisionisten schienen nach Dresden noch mehr aus dem Wege zu gehen, als vorher. Einmal kamen wir in eine ernsthafte Unterhaltung, und ich verurteilte unumwunden ihre Annahme der Dresdner Resolution.

„Mir ist es sogar fraglich,“ sagte ich, „als ob Ihre Abstimmung nicht von einem gemeinsamen Austritt aus der Partei begleitet werden müßten.“ Aber ich stellte auf allgemeinen Widerruf.

„Damit hätten die Radikalen erreicht, was sie wollten,“ rief der eine.

„Wegen einiger Gegensätze in tatsächlichen Fragen werden wir doch die Partei nicht im Stich lassen,“ sagte der andere.

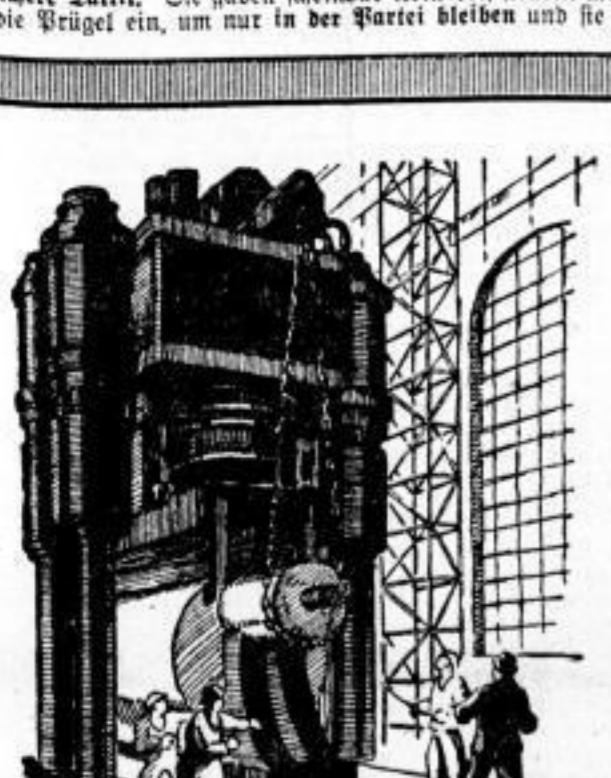
„Es wäre nichts als Hahnenkucki,“ erklärte einer der Gewerkschafter.

„Und wir würden zurückbleiben als Offiziere ohne Armee,“ meinte mein Mann. Ich ließ mich nicht überzeugen.

„Sie haben trotz allem Bekennnis zum historischen Materialismus aus der Geschichte nicht allzuviel gelernt,“ entgegnete ich. Noch immer ist die Entwicklung die gewesen, daß eine große Bewegung aus sich heraus neue Bewegungen erzeugt, deren Träger zunächst nichts sind als ein paar Vorläufer, als Offiziere ohne Armee. Und was nun gut die Gegenläufigkeit betrifft, so glauben Sie doch nicht ernsthaft an Ihre Geringfügigkeit.“

„Nein,“ antwortete einer der anderen, „aber ich glaube, und habe nach unserer bisherigen Entwicklung ein Recht dazu, daß unsere Ideen sich im Proletariat (? die Red.) von unten heraufdrängen. Wie schließen Siehohnerverträge mit den Unternehmern, und niemand zieht uns deshalb eines Vertrags der Klassengegenläufige; wie arbeiten in den Gemeinden, in den Landtagen, und keiner wagt uns deshalb wegen des Parteiens mit der bürgerlichen Gesellschaft anzulügen. Untere Genossenschaften langen an, wie unsere Gemeinschaften, zu einer einheitlichen Macht zu werden, und kein Radikalinsti hat uns noch vorgehalten, das gegen die Zusammenbruchstheorie verstößt und wie damit bis zum großen Kladderadatsch warten müßten.“

Ich schwieg. Der Mann der praktischen Arbeit mochte gegenüber meinen unklaaren Theorie doch wohl recht haben.



Schmiede das Eisen!
Wird für Partei und Presse jetzt nach der Wahl.
Nutzt die gute Stimmung für die K.P.D.

Unsere Schwächen in der Gewerkschaftsarbeit

Aus dem Bericht des Genossen Polomski auf dem 4. Kongress der Roten Gewerkschafts-Internationale.

Wir wollen mit unseren Schwächen beginnen. Sie haben daran, dass sogar bei der Ausarbeiter, d.h. in den sozialdemokratischen Parteien, noch immer in solchen Augen Schwächen bestehen, die meines Erachtens vollkommen klar sind.

Da ist z.B. die Frage der Zwangslösichtung. Kann es noch zweitens darum gehen, dass wir "ategorisch gegen die Zwangslösichtung des kapitalistischen Staates" Stellung nehmen müssen? Anscheinend nicht. Es gibt aber noch Mitglieder der KPD, die in dieser Frage noch immer schwanken. Sie meinen, sobald der Schiedsspruch gefällt ist, dann ist es das Recht, sich zu unterwerfen. Sie betrachten sogar die Zwangslösichtung als einen gewissen Segen. Das ist die erste, sehr ernste Schwäche.

Die zweite Schwäche und der zweite tatsächliche und politische Fehler besteht darin, dass unsere Avantgarde jedesmal, wenn eine Massenbewegung beginnt, nicht genau weiß, wo ihre Energie ansetzen muss. Während des letzten Konfliktes in der Metallindustrie entstand sogar eine ganze Theorie, die Aussage der revolutionären Arbeiter bestünde darin, die reformistischen Führer zum Kampf zu zwingen. Das Zentralorgan der KPD, Die Rote Fahne, proklamierte eine Lofung, die beschrieb: „...zwingt die reformistischen Führer, den Kampf einzugehen!“ Die übrigen Provinzzeitungen schrieben noch energischer: „Die Arbeiter müssen die Reformisten mit allen Mitteln veranlassen, in den Kampf zu treten.“ Es heißt sich heraus, dass unsere Avantgarde, die Massenbewegungen Teile der Arbeiterbewegung anlautet, die Arbeiter zum Kampf aufzufordern, ihnen sagt: „Ihr müsst die reformistischen Führer zwingen, die Streiks zu leiten, ihr müsst sie zwingen, sich an die Spine der Streiks zu halten. Sie sind die Führer eurer Bewegung und müssen die Streiks leiten.“ Und anstatt eigene Aktionen in die Wege zu leiten, nähren wir die Illusion, dass die Sozialdemokraten und die Amsterdamer Streiks leiten können. Sie können es nicht, denn sie müssen sich die Streiks leiten. Sie wollen dem Streik ein möglichst rasches Ende bereiten. Sie wollen die Bewegung möglichst früh ihrer Führer berauben, denn ein Momentum ist in allen Fällen gegen die Reformisten, die Massenaktionen sind stets dem linken Flügel der Arbeiterbewegung dienlich. Wir aber weisen die Massen an die reformistischen

Räuber ab, ab denen Reformisten führt den Kampf zu führen und als ob dann alles in Ordnung sei wird. Dadurch werden wir uns unterer tatsächliche Sicht g. Den Schrein nach ist es eine Masse, in Wirklichkeit aber hat es nichts mit unserer revolutionären Taktik gemein, die darin besteht, dass wir bei jedem einzelnen Konflikt die Massen mobilisieren und sie in Bewegung bringen. Das bedeutet, dass wir den Arbeitern lassen müssen, „dass ihr könnten durch einen Kampf gegen die Reformisten und die Amsterdamer etwas erreichen, denn die Amsterdamer Führer wollen keinen Kampf“. Das ist es, was wir zu sagen haben. Wenn wir aber anfangen, eine so kleine einschlägige Taktik durchzuführen, wie ich jüngst darlegte, dann verzerrt es uns selbst, wir verbreiten Illusionen. Das ist keine Strategie der Siege, sondern eine Strategie der Niederlagen.

Genossen, während desselben Konfliktes in der Metallindustrie gleichzeitig noch andere, höchst interessante Dinge. Worum geht es hier? Was ist der wahre revolutionäre Taktik? — doch darin, dass wir von den Forderungen ausgehen, die die Arbeitnehmer am meisten bewegen und auslösen, dass wir die Basis des Kampfes erweitern, vorstoßen wir. Erklären wir den Arbeitern, die in einer Lohnbewegung stehen oder für die Verbesserung des Arbeitstages kämpfen, das ist nicht so wichtig, wir müssen zugleich alle unsere ganzen Forderungen auf einmal aufstellen — es wäre das vielleicht eine sehr revolutionäre Tat, politisch und strategisch jedoch ein Schritt, der keiner Kritik standhält. In Deutschland wurde aber eine solche Taktik durchgeführt.

Rolporteur-Konferenzen

Methen, Montag den 25. Juni, 19 Uhr — Stadt Magdeburg Pirna, Mittwoch den 27. Juni, 19 Uhr — Volkshaus. Freiberg, Freitag den 29. Juni, 19.30 Uhr — Polomotiv Zittau-Obersbach, Sonntag den 1. Juli, 11 Uhr, Obersbach — Stadt Leipzig. Dresden-Borsigwitz-Leuben, Montag den 2. Juli, 19.30 Uhr — Haus Lindenauplatz. Bautzen-Bischöfswerda, Freitag den 6. Juli, 19.30 Uhr — Sonne — Gew.-Haus. Freital, Mittwoch den 4. Juli 19.30 Uhr, JASB — Kinderheim.

Öffentliches Finanzministerium

In der Bekanntmachung des Haushaltsausschusses A des Reichsverbandes gelangte das Staatsamt Finanzministerium zur Kenntnis. Der Ministerpräsident Dr. Bartscher forderte von der Regierung Auskunft, was sie seien habe, um die Anträge des Parlaments bezügl. der Betriebsaufnahme der Verwaltung im Finanzministerium durchzuführen. Bartscher bestätigte die Zusammenschaltung der vier Abteilungen des Finanzministeriums zu zwei Abteilungen. Beiderseits der Betriebsaufnahme Auskunft über die in der Presse enthaltenen Mitteilungen bezüglich der Angleichung der Gehalte über die Reaktionen in Sachsen und Thüringen. Die Entschädigung einzelner Beamter als Vertreter der Regierung in Aufsichtsräten und öffentlichen Unternehmen geht zur schriftlichen Kritik Auloh. Der Sonntag muss auch unterrichtet werden über den Stand der letzten Anleihe. Finanzminister Dr. Weber antwortete, dass das Finanzministerium eine Denkschrift über die Vereinfachung der Verwaltung im Finanzministerium ausgearbeitet habe; die Denkschrift sei jedoch nicht vorgelegt worden, da es die vom Reich geplante Vereinfachung der Landessteuergelekte abgewehrt werden musste. Die Preisempfehlungen über die Verhandlungen zwischen Sachsen und Thüringen entsprechen bezüglich der Steuergelekte nicht der Wahrheit. Die Beamten erhalten als Entschädigung für ihre Teilnahme an Aufsichtsräten um einen Beitrag, der nicht über ein Drittel ihres Gehaltes hinausgeht. Nachdem Herr Böckeler nochmals die Höherbelebung der oberen Beamten über den Rahmen der Beleidungsordnung hinaus infolge ihrer Tätigkeit in Aufsichtsräten um festgestellt hat, wird das Kapitel gegen die Stimmen der Kommunisten genehmigt.

Nerungen in der Postbestellung. Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost holt eine Tagung ab, bei der Beratungen über verschiedene Neuerungen im Postverkehr stattfinden. Unter den Beratungsgegenständen nahm die Vorlage über die Einführung einer Kleinpostabteilung eine bevorzugte Stellung ein. Beschluss wurde die Zulassung eines Briefträgers bis zu einem Gewicht von 1 Kilogramm, das in größeren Abmessungen als das bisherige Paket befördert werden soll. Ferner wurde — als neuer Sendungsgegenstand — die Schaffung eines mit der Postkarte zu befördernden Paketwagens im Gewicht bis zu 2 Kilogramm und mit den Abmessungen von 50:20:10 Zentimeter oder im Verhältnis von 40:20:10 Zentimeter gegen eine Einheitsgebühr von 80 Pf. beschlossen. Die beiden Gebührensätze gelten für alle Entfernungen. Die Neuerung fand Anfang bei allen Beteiligten.

Zimtlche Befreiungsmachungen

Freital

Die Malerarbeiten für den Neubau des 9-Familienwohnhauses an der Georgstraße und die Schlossarbeiten für den Neubau des 12-Familienwohnhauses an der Genossenschaftsstraße sollen vorgegeben werden. Kostenanschläge können im Stadtbauamt, Rathaus, Zimmer Nr. 10, entnommen und dort bis Dienstag, den 26. d. M., 12 Uhr wieder abgegeben werden.

Die Offnung der Angebote erfolgt zur angegebenen Zeit im Beisein etwaiger Bewerber und die Auszeichnung nach den Feststellungen über die Vergabe von Leistungen und Lieferungen für die Stadt Freital.

Rat der Stadt Freital, am 15. Juni 1928.

Am Freitag dem 15. Juni 1928 verschiedlich pünktlich und unermüdet nach längstem Herbenleben unsere gute Mutter, Großmutter, Schwester und Tochter

Frau Auguste Selma Neumann geb. Eifler

Im Alter von 80 Jahren.

Die Beerdigung findet Montag den 18. Juni beim Friedhof, Bereich Nr. 103, aus statt.

Familie Schubert u. Angehörige
Bertsdorf bei Zittau Nr. 105

Das gute Döhlener Bier

Pony-Reit- u. Fahr-Schule Stalmer
Für den riesigen Platz vollständig neu — zur Fertigstellung — zwölf Pferde, darunter 7 Reitpferde!
Unterhaltend für Jung und Alt!

Die Peuvag drückt alles

Ich bin wieder da mit der

Verlosungsbude
neben der Polizeiwache
Pa. Gummibälle und Revue-Puppen
gesetzl. gesch. dekorative Eimer

Wo gehen wir zur Vogelwiese hin? In altbekanntes

Bratwurst-Glöcklein
von EMIL LAUE
fr. Thüringer Bratwurst und Würstchen
Gutgepflegte Biere Stimmungsmusik

Schützenplatz Heidenau
Großes lustiges Taifunfeuerfelsrad!
Alles Jubelt, alles lacht,
wenn alles amüsiert sich!
Kaum kommt man rein, kann man vor Lachen schreien!

Die angenehmste Vergnügungsfahrt für jung und alt bietet

Müllers Riesen-Rad

Vogelwiese Heidenau

Meyer Bruno und das genügt

In Santkowitsch's Bogenhaus,
da ist 'ne Jagd, o Graus
Es sei besonders darauf hingewiesen
man kann gewinnen
denn es ist Preisschießen

Das albekannte Kühlers

Bratwurst-Glöcklein

steht neben der Auto-Bahn
Um gütigen Zuspruch bitten
Gebrüder Kühler

Zur Vogelwiese ist Max Dönicke's schwankendes Plattform-Karussell
eingetroffen / Um gütigen Zuspruch bitten der Besitzer

Zur Vogelwiese wieder eingetroffen
Weises Kettenflieger
Kinder-Fahrrad- und Auto-Karussell
Um zahlreichen Besuch bitten
der Besitzer

Paßphotos
Vergrößerungen
Richard Jähnig
Marienstraße 12

Vereine!
Berg, Rot- u. Grüne, Wachsfackeln
Illuminationskämpchen, Lampions
heftet billigst
Curt Mierisch
Pirna
Drogerie am Elster

Steppdecken
Ewald Kluge
Pirna, Lange Straße 17

Curt Hille
Heidenau, Heinrichstr. 3

Holz, Kohlen und Brikette

Karl Schachitz
Heidenau
Güterbahnhofstraße 41
Fahrräder
Nähmaschinen
Sprechapparate
Schalmelienplatten
verschiedene Aufnahmen
Reparaturen
Fotoladen

Inserate

habenden denkbar
besten Erfolg in der

Arbeiterstimme!!

Sten!

Zum Schützenfest vom 16. bis 19. Juni in Heidenau

Geys Figur-8-Zahn

Sten!

SLUB
Wir föhren Wissen.

LEUTERSDORF

Hugo Voos, Spiegelsummersdorf Bäckerei und Gastwirtschaft
Lebensmittel / Delikatessen Röhl Fleisch- und Wurstwaren Paul Müller, Abt. C. 86
Nieder-Kretscham empf. seines Lokalitäten u. Frühstücksmutter Familie QUEISSE, C. 87
Mett- und Wurstwaren S. Böck, G. 87, Meierei-Restaurant
Brot-, Weiß- und Feinbäckerei ALFRED HERFURTH Ortsamt D. 21b

63271

Colonial- und Grüntwaren
Rohlenhandlung

Julius Stroblach, Ottewitz D. 35

63272

Ofen- und Fliesengeschäft Max Hirschke

Ofenmeister, Hauptstraße 78c

63273

Spezial-Geschäft sämtl. Herrenartikel

Erwin Salomo, Hauptstraße, Abt. C. 52

63274

Reich. Klemmeyer, Herren- und Damen-Frisör

Spes. Bobikopftechnik u. Pflege, Bahnhofshotel

63275

KIRSCHAU

Drogen, Photohandlung
Erich Wagner

Bautzner Str. 39a

63281

Lebensmittelhaus

Johann Helmke (Inh. R. Goldberg)

Bautzner Straße 39c

63282

Glych. Grüntwaren, Lebensmittel

Reinhold Müller

63283

Gasthof „Z. Erbgericht“

Konzer- und Ballsaal

63287

Kauf bei den Inserenten der

Arbeiterstimme

HIRSCHFELDE

Ernst Halangk, Friedländer Str. 81
Gasthof und Fleischerei

63284

C. A. Frenzel & Sohn, Koszestr. 77, Feßwaren

und Weberal, chemische Reinigung

63285

Maurer Döpprecht

Brot- und Schneiderei

63286

Möbel- u. Polsterwaren/E. Finke

63286

Herren- und Damen-Pfister-Salon

Willy Neger, Görlitzer Straße 37

63287

Gasthof „Zum Hirsch“

mit Fleischerei, Am Markt

63288

Rudi Neugebauer

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei

63289

ERICH WENDLER

Tabakwaren-Groß- und Kleinverkauf

63290

Johannes Renzsch

Spirituosen / Weine / Liqueure

63291

GUSTAV BURGER

Textil- und Kolonialwaren

63292

Alwin Neumann

Gastwirtschaft und

Elektro-Installationen

63293

Gustav Rönsch

Riemer u. Sattler

Lederwaren

63294

OLBERSDORF

Möbel

kaufen Sie am billigsten

beim Selbstzeuger

Gebr. Heidrich

63295

MARIENTHAL

Beereweinschänke

63296

B. Kurze

Hohenhandlung

63297

Arthur Schwerdiner

Brot- und Weißbäckerei

63298

Martha verw. Hiltzsch

Gasthof und Feinderei

63299

Paul Glausch, Gasthaus

63299

FRISEUR BLAU

GÄBLER-STRASSE 6

63295

café, feine

Restaurant, Zigaretten, Zigarren

bei Max Engelmann, Linienstraße 8

63293

Reiseur, Stadt Böhm

Reiseur, Bahnhofstr. 22, Tel. 2475

63292

Schokoladen und Lebensmittel

von OT: ORG KREMS, Wetlingerstraße 1

63291

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei, Spezial-

Zum Verbandstag des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutsches Reich

Am Sonntag dem 17. Juni beginnt in Frankfurt a. M. die zweite ordentliche Generalversammlung des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands. Für die Mitgliedschaft des Einheitsverbandes, ca eine Viertel Million, die von dem Gesamtpersonal der Reichsbahn mehr als ein Drittel beträgt, ist diese Tagung von ganz besonderer Wichtigkeit. Drei Jahre sind seit der letzten Generalversammlung in Köln vergangen. In dieser Zeit haben sich die Existenzbedingungen der Eisenbahner nicht verbessert, im Gegenteil noch verschärft. Rücksichtslos wurde die kapitalistische Rationalisierung in den Reichsbahnbetrieben durchgeführt. Die Dienstdauervorleistungen werden nicht bezahlt, die Arbeitszeit für die unter die Vorrichtungen fallenden Arbeiter und Beamten ist so weit ausgedehnt worden, daß die übermenschlich lange Beschäftigung nicht nur für die Eisenbahner selbst, sondern auch für die Reisenden eine ständige Gefahr darstellt. Die sich besonders in letzter Zeit häufenden Unfälle sind Beweis hierfür. Aber was fragt die Generaldirektion der Reichsbahn danach? Für sie steht wie für jedes andere kapitalistische Unternehmen, nur die eine Frage, wie der Gewinn gesteigert werden kann.

Die Politik des Hauptvorstandes gegenüber der Reichsbahndirektion hat in der Mitgliedschaft eine starke Unzufriedenheit hervorgerufen. Denn immer noch sind die Eisenbahner die schlecht bezahltesten Arbeiter in Deutschland, immer noch werden die unzulässigen Ausbeutungsmaßnahmen gegenüber der gesamten Eisenbahnerfamilie durchgeführt. Das ist eine Folge der Niederlagenstrategie.

Wird die Generalversammlung einen anderen Kurs einschlagen? Wir sagen heute schon, daß diese mit aller Ressignation zusammengeschobene Tagung für die Beteiligung der verhängnisvollen, wirtschaftskriechenden Politik noch kein entscheidender Wendepunkt sein wird. Gewiß werden trotz des bei den Delegiertenwahl ausgeübten Terrors der Bürokratie, wobei diese sogar so weit ging zu erklären, wer nicht vorstandstreudlich sei, könne nicht zur Generalversammlung kandidieren, die Kommunisten und auch sozialdemokratische oppositionelle Arbeiter auf der Generalversammlung anwanden sein, und dort die Anträge der Opposition, die ebenfalls erst nach mehrmaliger Siebung an den Verbandstag gelangt sind, vertreten. Aber die willkürlich vorhandene oppositionelle Kraft in der Mitgliedschaft ist noch nicht stark genug, um eine Kursänderung in der Verbandspolitik zu erzwingen.

Die Verbandsmitglieder haben bereits bei der Delegiertenwahl ihren Protest gegen die Unterdrückung der Opposition dadurch zum Ausdruck gebracht, daß sie sich teilweise an der Wahl der Delegierten nicht beteiligt. Besonders in einigen Bezirken ist die sehr schwache Wahlbeteiligung ein Gradmesser für die Stimmung in der Mitgliedschaft. Schöffer und Breunig kennen diese Stimmung, denn nachdem von einer ganzen Reihe von Ortsverwaltungen, auch von jenen wo die sozialdemokratischen Arbeiter die Mehrheit haben, Anträge vorliegen, die den berüchtigten Terrorparagraphen 27 des Statuts, der die Wahlkreiseinteilung betrifft, dahingehend ändern wollten, daß der frühere Zustand, wie er vor der Kölner Generalversammlung bestand, wieder hergestellt werden soll, lehnt er ein und kommt ebenfalls mit einem solchen Antrag. Das ist ein Beweis dafür, daß der Protest der Mitglieder durch Nichtbeteiligung an der Delegiertenwahl der Bürokraten in die Knochen gefahren ist. Diese Anträge werden auf der Generalversammlung sicherlich angenommen und nur ein einziges Mal sind dann nach diesen revolutionären Bestimmungen die Delegierten gewählt worden. In dem bereits angezogenen Artikel beschäftigt sich der Vorstand, wie das nicht anders zu erwarten ist, mit seinen „Erfolgen“ bei der März-Vorhabenbewegung. Diese Vorhabenbewegung habe zwar nicht das erwartete Resultat gebracht, jedoch die Unzufriedenheit der Mitglieder, die sich aus ähnlichen Anlässen früher gegen die Gewerkschaft gerichtet habe, sei nicht vorhanden, obwohl sich die Kommunistische Partei die redliche Mühe gegeben habe, die Mitgliedschaft gegen die Vorhabenbewegung zu unterstützen.

Die Generalversammlung wird sich auch mit dem Problem der Organisationsform beschäftigen. Aus 18 Ortsgruppen liegen Anträge vor, in welchen die rechte Wille zur Vereinheitlichung der Organisationen im Verkehrsgewerbe zum Ausdruck kommt. Schon auf früheren Verbandstagen war dies der Fall, trotzdem haben die Führer des Einheitsverbandes die Stimmung der Mitglieder, die in angenommenen Anträgen und Resolutionen zum Ausdruck kam und den Industrieverband forderten, nicht Rechnung getragen. Wie erinnern hierbei an die

Haltung des Vertreters des Einheitsverbandes auf dem letzten Gewerkschaftstag.

Der Generalversammlung wird auch ein vom Vorstand eingereichter Antrag zur Einführung der Zentralenunterzeichnung stehen. Kennzeichnend ist, daß dieser Antrag nur vom Hauptvor-



Der abgebaut Eisenbahner macht „Attentate“ auf die Reichsbahn, daher die Katastrophen! (Foto nach Dörpmüller.)

hand gestellt wird. Nur eine einzige Delegation hat ein solches Antragen an die Generalversammlung durch Einreichung eines Antrages gestellt. Ihre Fassade liegt darin, daß auch die reformistischen Führer des Einheitsverbandes alle anderen eine Ausdehnung dieses Artikels der Gewerkschaftsvereinigung sehr schädlichen Unternehmens seien und damit einen weiteren Schritt rechtfertigen würden. Das ist falsch zum Punkt X der Tagesordnung. Die Fassade bei Vohn und Gehaltbewegungen betreffend, sollen nur den Delegierten zugestellt werden und sind infolgedessen nicht in der Verbandsordnung veröffentlicht. Unter Ausschluß der Öffentlichkeit soll dieser Punkt auf der Generalversammlung behandelt werden. Die gesamte Mitgliedschaft hat jedoch ein Recht darauf, sich vor der Generalversammlung die Autore des bezüglich dieses Tagesordnungspunktes fernen zu lernen. Wir wissen genau was den Hauptvorstand veranlaßt, die Sicherheitsmaßnahmen zu betreiben. Er befürchtet selbst aus den Reihen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft eine scharfe Kritik. Deshalb die geschlossene Sitzung auf der Generalversammlung.

Rund 700 Anträge sind eingebracht, obwohl die Bevölkerung noch einen Teil der von der Opposition gestellten Anträge nicht angenommen und diese infolgedessen nicht an die Generalversammlung gelangten, direkt zugegangen. Die Delegierten aus den Bezirken stehen vor wichtigen Entscheidungen. Die von ihnen gefassten Politiken sollen nach den Verbandsversammlungen auf weitere drei Jahre für die durchführende Politik maßgebend sein. Die Opposition wird trotz der verschärften Ausbeutungskampagne, die sich vor allem in der Verhöhung der Konservativen Gruppe zeigt, auf der Generalversammlung die Wege weisen, die von der gesamten Eisenbahnerfamilie beabsichtigt werden müssen, um endlich mit der wirtschaftsrechtlichen reformistischen Politik aufzustehen zu können. Es ist zweitens noch einmal anzumerken, unter Anwendung der schwierigen Mittel die Aufzähmung der Generalversammlung nach Leinen-Wahlen vorzunehmen. Sobald mehrerer solcher „Siege“ und das „Vertrauen“ der Mitgliedschaft zum Hauptvorstand wird noch in ganz anderer Weise zum Ausdruck kommen wie bei den letzten Delegiertenwahlen. Die Opposition im Einheitsverband jedoch wird alles ausspielen um durch eine rückhaltlose Kennzeichnung der reformistischen Politik und Wirkung des richtigen Weges zu verhindern, daß durch die wirtschaftskriechende Politik der Reformisten die Kampfesideen der Eisenbahner geschwächt werden. Auch die Forderungen dieser Generalversammlung werden nur dazu beitragen, daß sich alle auf dem Boden des Klassenkampfes liegenden Eisenbahner um die Fahne der Opposition scharen.

34. Generalversammlung der GEG

Mitus Berlin eröffnet die Generalversammlung mit einer der üblichen überchwänglichen Lobreden auf Heinrich Lorenz, der sein 25jähriges „Gesellschaftsjubiläum“ feiert. Er hebt besonders hervor, daß Lorenz trotz seiner 25jährigen Langlebigkeit als Angestellter der GEG und trotz seines Alters auch noch weiter auf seinem Posten bleiben wolle, was besonderen Dank verdient. Auf dem Tisch steht ein Strauß roter Nelken, von denen Mitus meint Lorenz könnte ihn jetzt nach Hause tragen, ohne wegen groben Unreins angesehen zu werden, wie es zur Zeit der Gründung der GEG der Fall gewesen sei. Lorenz dankt und kann er werde weiter nach besten Kräften am Werk arbeiten.

Geschäftsführer Hain-Homburg gibt den Geschäftsbereich. Er weist auf den Rückgang des Erwerbsvolumens hin, was auf eine erhebliche Verschärfung der Wirtschaftlichkeit“ schließen läßt. In der Handelsbilanz läge die Sicherung allerdings nicht zum Ausdruck, die sei nach wie vor passiv. Auf dem inneren Markt haben sich die Verhältnisse jedoch etwas gebessert, indem die starke Überbeschäftigung des privaten Handels aus der Inflationszeit zurückgegangen sei. Gegenüber dieser Stabilisierung in Deutschland sei in Amerika ein starker Rückgang der Konjunktur mit ungeheurer Arbeitslosigkeit eingetreten. Die Verbesserung der Wirtschaft drückt sich auch in den geleisteten Umlaufziffern der GEG und ihrer Eigenproduktion aus. Auch der Prozentsatz der GEG-Artikel zum Gesamtumfang der Konsumgenossenschaft sei gestiegen, obwohl besonders in Seifenartikeln noch viele Vereine sich durch die tiefe Reklame und die Gedankensetzung der Käufer verleiten ließen, diese Waren zu führen, statt der GEG-Artikel. Weiter schildert Hain, dann die Entwicklung der einzelnen GEG-Artikel. Interessant war die Feststellung, daß es noch Voreile gebe, die überhaupt keine GEG-Artikel führen. Er weist sich dann von der von der GEG gemachten Reklame und den geisthaften Namensmitteln zu: Filme, Plakate, Postkarten usw. Die finanzielle Lage habe sich gebessert, die Liquidität sei gestiegen. Dann macht H. die Mitteilung, daß die GEG aus dem Arbeitgeberverband der Tabakfabrikanten und anderen Arbeitgeberverbänden aussteigen werde, nachdem mit den Gewerkschaften gewisse Abmachungen getroffen worden seien.

Konsensbericht gibt Bödelein. Er beantragt Entlastung. Trigalle, Merseburg: Aus dem Bericht ging hervor, daß die wirtschaftliche und finanzielle Lage der GEG sich gebessert habe. Die Mittel müssen noch in weit größerem Maße zur Erweiterung der Betriebe benutzt werden. Margarinefabrikation

muss zu Angriff genommen werden. Spezialgeschäfte für Tabak, Fleisch u. Schuhe unternehmen, um die Verbrauchermaßen vor Wucher zu schützen. Forderungen an die Regierung allein werden nichts nützen, auch nicht an die neue Koalition regierung, da die SPD ja nicht gewillt ist, offen und rückhaltlos gegen das Privatkapital aufzutreten. Mobilisierung der Verbrauchermaßen sei notwendig. (Mitus entzieht ihm das Wort, da nicht die SPD zur Tagesordnung steht.)

Menge, Bünde (Sag): Die GEG hatte schon längst aus der Kampforganisation der Tabakfabrikanten austreten müssen. Gerade die Tabakindustrie zahlt die schlechtesten Löhne. Die Lohnforderungen der Arbeiter seien von der Unternehmerorganisation deren Mitglied die GEG sei, mit dem brutalen Mittel der Auspeppung beantwortet und abgewiesen worden. Wenn ich hörte, daß eine Arbeitnehmerin von der Tabakfabrik der GEG in Frankenberg nicht eingestellt wurde, weil sie von einer privatfabrik ausgesperrt gewesen sei. In Bünde, wo die Mehrzahl der Mitglieder der Genossenschaft Tabakarbeiter seien, sei die Erregung über diese Haltung der GEG sehr groß gewesen, und es sei schwer gefallen, sie von einem Boykott der GEG-Barre abzuhalten.

Lorenz verläßt die Mitgliedschaft in dem Arbeitgeberverband mit wirtschaftlichen Notwendigkeiten zu begründen. Der Austritt habe nur erfolgen können, nachdem die Gewerkschaft GEG-Schuh vor den eigenen Arbeitern zugleich habe. Die Eigenproduktion stehe und falle mit der Vermunft der Arbeiter. Für die Niedereinstellung der Arbeiterin sei der Wertmeister, nicht die GEG verantwortlich, die gerade in Frankenberg sehr an Arbeitermangel leide, weil an den teuren Märkten der Privatindustrie mehr verdient werde als an den geringen der GEG.

Die Generalversammlung beschloß bei einem späteren Tagesordnungspunkt, eine Million Reichsmark zur Gründung eines Ferienheimes für Arbeiter und Angehörige der GEG und der Konsumgenossenschaften bereitzustellen. Diese Stiftung soll den Namen Heinrich-Lorenz-Stiftung tragen.

Die übrigen Tagesordnungspunkte, Wahlen, Verteilung des Überschlusses, Bestellung von Prokuristen, wurde ohne Debatte erledigt.

Die 16. Generalversammlung der Verlagsgesellschaft Deutscher Konsumvereine schloß sich an. Auch die 8 Punkte dieser Versammlung wurden schnell und ohne wesentliche Aussprache erledigt.

duld länger zu beherrschen. Was weiß du von meinem alten Mann?"

"Hörne den Schrank und schau durchs Guddloch."

Der Großvater griff in die Tasche und holte den Schrankschlüssel hervor.

Mit wild pochendem Herzen trock Tommy in den Schrank und schob den kleinen Vorhang beiseite, der das Guddloch bedeckte.

In der geräumigen Stube sah in einem Lehnsessel ein alter Mann, der O'Keefes Schilderung völlig entsprach. Tommy schob die falsche Schrankwand zurück und betrat das Zimmer. Der alte Mann, der in einem Bilderbuch geblättert hatte, blickte auf und lächelte freundlich.

Wer sind Sie?" fragte Tommy.

Der alte Mann schüttelte den Kopf: "Ich weiß es nicht."

Tommy, von Freude überwältigt, ließ den alten Mann sitzen und es in das vordere Wohnzimmer zurück. "Er ist es, Großvater! Er muß es sein!" rief er begeistert.

"Das glaube auch ich."

"Wer brachte ihn zu dir?" erkundigte sich Tommy.

"Das geht dich nichts an, mein Sohn," lautete die Antwort. Tommy wurde verlegen; er hatte eben gräßlich gegen die hier herrschende Eitelkeit verstoßen, deren Hauptregel lautete: "Stelle keine Fragen!"

"Darf ich Harvey Word?" begann er stammelnd.

"Ja. Es wäre mir sogar lieb, ich brauche das Zimmer für einen Freund. Word und O'Keefe sollen herkommen und feststellen, ob der alte Mann tatsächlich der von Ihnen gesuchte ist. Wenn ja, so kann Ihr Word bei sich unterbringen und dort beschäftigen."

Mary schob die Tür und ein in einen großen Mantel gehüllter Mann trat ein.

"Guten Tag, Großvater." Er warf einen mißtraulichen Blick auf Tommy und blieb unschlüssig an der Tür stehen.

"Komm nur herein," beruhigte ihn der Großvater. Dieser Bursche ist ein Freund. Du kannst ruhig vor ihm sprechen."

Der Mann trat näher, schlug den Mantel zurück und warf seine Stoffblätter auf die Erde.

"Du sollst sie aufzubewahren, Großvater," erklärte er. "Ich hole sie nächste Woche wieder ab."

Der alte Mann nickte, rief Mary. Das Mädchen kam, hob wortlos die beiden Stühle auf und trug sie fort.

(Fortsetzung folgt.)

EJUS

ROMAN VON LAWRENCE H. DESBERRY

(18. Fortsetzung.)

Tagsüber war der Großvater fast immer allein, eine Richtsorgte für ihn, hielt die kleine Wohnung in Ordnung. Im Sommer saß der alte Mann am Fenster und blickte auf Dächer und Straßen hinab, im Winter tolle er den Lehnstuhl vor den großen Kachelofen. Und vom Morgen bis Abend las er Zeitungen. Er wußte alles, was sich in der Welt ereignete, hätte sofort Staatssekretär oder Minister des Krieges werden und dessen Posten mit weit mehr Verstand und Begabung bekleiden können als jene, die dazu ernannt worden waren. Der Großvater hatte von einem Onkel, der als Goldgräber in Alaska gewohnt, ein kleines Vermögen geerbt, das ihm bei seinen Bildern, ein kleiner Teufel und zwei kleinen Engeln, einen guten Eindruck machte. Der Teufel und die Engeln waren aus Holz geschnitten, die Kleider waren aus Stoffen, die der Großvater selbst gekauft und genäht hatte. Der Teufel trug eine Kappe, die Engeln einen weißen Rock und eine weiße Bluse. Der Teufel hatte eine dicke Schnauze und spitze Klauen, die Engeln waren sehr schön und niedlich. Der Großvater hatte sie sehr lieb und pflegte sie sehr gut.

Von Zeit zu Zeit ließ sich der Großvater von einem Erholungsort aus auf den Balkon schicken. Er bezahlte dem Komitee die daraus erwachsenen Kosten um sein Gewissen darüber zu beruhigen, daß er einem anderen armen Teufel die Erholung wegnehme. Der Bär und die Leiterin des Erholungsheimes waren stets tief gerührt über den frommen, ehrbaren alten Mann, und bat ihn auch im nächsten Jahr wieder zusammen, da sein Umgang so verehrend auf die übrigen wirkte.

Tommy gab an der Wohnungstür das alte wohlbekannte Zeichen, zwei kurze, zwei lange und noch einen kurzen Schlag. Mary kam, die Richtsorgte des Alten, öffnete ihm und führte den Burschen in das Wohnzimmer.

Der Großvater begrüßte ihn freudig: "Ich habe dich lange nicht gesehen, mein Junge. Wie geht es dir?"

"Gut" entgegnete Tommy und setzte sich auf einen niedrigen Hocker neben den Rollstuhl. "Du mußt mir helfen, Großvater!"

"Woher?"

Tommy erklärte nun, was er unternommen habe und daß er bisher erfolglos geblieben sei.

"Wie heißt der Engländer, der sich ebenfalls für das Aufinden des alten Mannes interessiert?"

Brian O'Keefe. Er ist Reporter am "Stern der Freiheit".

Der alte nickte bestätigend. "Und wer interessiert sich außer Dr. Word für ihn?"

"Jack Benson."

"Auch der ist zuverlässig."

Der Großvater überlegte eine Weile, lehnte sich am Kopf, paffte an seiner kurzen Pfeife. Tommy schwieg erwartungsvoll.

"Was würdest du sagen, Tommy, wenn ich zu dir spräche: schließe die Schranktür auf, geh in die „Burg“, dort wirst du den alten Mann finden?"

Tommy schnellte von seinem Stuhl empor.

"Großvater?"

Der alte blickte den Burschen lange prüfend an. "Du warst immer ein anständiger kleiner Kerl, Tommy, auf den man sich verlassen konnte. Hat dich das Leben unter den gesetzehenden Heuchlern nicht verdorben?"

"Du kennst doch Harvey Word," lautete Tommys Antwort.

"Ja. Auch der ist ein anständiger Mensch. Ein Feind der Gesellschaft. Sie hat ihm ja auch übel mitgespielt, diese Gesellschaft." Die schwarzen Augen des Großvaters begannen zornig zu funkeln. "Wenn ich es nur noch erlebe, wie diese Gesellschaft zerstört wird. Hast du je darüber nachgedacht, woraus sie besteht, Tommy? Aus einigen großen Räubern und Mörder, in deren Dienst alle gemeinen und niederrädrigen Elemente stehen, und aus Millionen von ausgebeuteten, entzweiteten Sklaven. Weißt du, was eine Pyramide ist, Tommy?"

Tommy wußte es nicht, aber er brummte ein ungeduldiges "Ja", er wollte etwas über "seinen" alten Idioten erfahren, nicht aber über eine gottoverdammte Pyramide reden, was immer das sein mochte.

"Siehst du, Tommy, die Pyramide ist unten bißt, es bedarf unzähliger Steine um die breite Fläche herzustellen, von der die Spiege getragen wird. Und auch unter System ist eine Pyramide; mit welchem Recht?"

"Großvater," unterbrach ihn Tommy, unfähig, seine Unge-

